

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Der Wenzelsplatz in Prag ist die Mitte der Stadt, die Mitte der Republik. Von dort geht die Erneuerung der Gesellschaft aus: immer wieder ist das Erbe des Prager Frühlings dort eingefordert worden. Dem deutschen Oktober folgte der tschechische November.

Das Buch der Kriegs- und Nachkriegszeit wird in diesen Monaten geschlossen. Ein neues Buch wird aufgeschlagen und Seite für Seite neu geschrieben. Wir wissen noch nicht, was der Inhalt sein wird, aber wir kennen einige der Themen: Menschenrechte und Menschenwürde, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Recht auf die Suche nach dem Glück.

Das Volk hat Geschichte gemacht auf eine ganz unerwartete Weise: entschlossen, diszipliniert, gewaltlos und unwiderruflich. Und wir können sagen, wir sind dabeigewesen.

Als vor Monaten dieses 89. Treffen des Bergedorfer Gesprächskreises vorbereitet wurde, da schauten wir auf Prag mit beklommenen Gefühlen: das deutsche Flüchtlingsdrama, wie sollte es sich zum Besseren wenden? Die Unterdrückung der tschechischen Opposition, Prozesse, Verbote, Polizeieinsatz.

Ich habe mich gefragt, ist das der Ort und die Zeit, über europäische Kultur zu sprechen? Es schien, als könne man nur bangen Herzens nach Prag gehen. Was sollte bis zu den ersten Dezembertagen noch geschehen, nachdem so lange nichts geschehen war?

Aber das Udenkbare ist geschehen. Der Mensch ist wieder in den Mittelpunkt der Politik getreten. Und damit erleben wir auch die Wiedergeburt unserer neuen europäischen Kultur. Deshalb bin ich der Meinung, daß wir die politische Dimension unserer Kultur in unser Gespräch mit einbeziehen müssen.

Es geht um das, was dem menschlichen Leben Richtung und Sinn verleiht, um das Recht auf die eigenen Gedanken, Werte und Ziele. Im politischen Alltag der geteilten Welt hatten wir uns im Westen allzu bequem eingerichtet mit dem Status quo. Jetzt beginnt die Zeit, da die Nationen des östlichen Mitteleuropas aus der Kälte kommen. Und wir im Westen werden einmal daran gemessen, ob wir die Chance begriffen haben, ob wir zur Stelle waren, ob wir Solidarität, Klugheit und Opfermut gezeigt haben.

Die Europäer im Osten waren bisher die Akteure, die im Westen die Zuschauer. Das Drama Europas erfaßt aber nicht nur den Osten. Es wird alle, auch uns im Westen, verändern. Aber zugleich wollen wir seinen Ablauf mitgestalten und zum Besseren wenden. Und deshalb ist die Frage nach der Zukunft der europäischen Kultur heute zu stellen.

Wir sind in Prag, in einer der alten Hauptstädte Europas. Es handelt sich um das Europa der Kathedralen, der Universitäten, der Künstler und ihrer großen Förderer.

Um das Europa der Reformation und Gegenreformation, das Europa der jüdischen Lebensformen und Literatur. Es handelt sich auch um das Europa der Ständekämpfe und Bürgerkriege, des Dreißigjährigen Krieges des 17. Jahrhunderts und der nationalistischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts. Und in unserem Jahrhundert darf man die totalitären Eroberungen nicht vergessen und die Unterdrückung der menschlichen Freiheit, die Prag nicht ausgespart haben. Die Steine von Prag haben alles dies gesehen, und wenn sie reden könnten, wäre ihre Erzählung der Roman Europas, tausend Jahre Geschichte der europäischen Mitte, manchmal als Komödie und noch öfter als Tragödie.

Deshalb aber sind wir hier: diesen Roman zu entziffern und zu fragen, was daraus für Gegenwart und Zukunft folgt. Denn Europa, das ist nicht nur der Westen, Europa ist auch die Mitte: an Elbe, Moldau und Donau. Und Europa ist auch noch östlich davon, und wo es endet, ist auf den Karten des Geistes und der Politik unbestimmt. Wir sind hier in Prag, um zu fragen, welches Bild von Europa wir erhoffen können und welches wir anstreben müssen.

Es war über Jahrzehnte intellektuelle Mode, die Bedrohung Europas von außen zu beklagen. Die Teilung Deutschlands und des Kontinents infolge des Zweiten Weltkrieges verlieh solchen Klagen viel Realität, wobei man sich vor der falschen These hüten muß, als seien das sowjetische Landimperium und der atlantische Seebund von gleichem Stoff, von symmetrischer Gestalt. Sie waren es nie, weder in ihrem Gefüge, noch sind sie es in ihrer Zukunftsfähigkeit.

Mit Bezug auf das heutige Treffen zwischen Bush und Gorbatschow bei Malta lassen Sie mich sagen: Amerika und die Sowjetunion sind nicht mehr die alleinigen Stars auf der Weltbühne. Die Menschen auf den Straßen von Ost-Berlin, Leipzig, Prag und Bratislava machen Politik, und die Staatsmänner müssen ihren Schritt danach ausrichten.

Aber in den vergangenen Jahren geschah das Erstaunliche: Europa entdeckte sich wieder. Das geschah nicht nur durch Michail Gorbatschow, der in visionären Wendungen vom "gemeinsamen Haus" sprach und damit teils Skepsis, teils Hoffnung weckte.

Es geschah auch dadurch, daß Amerika seiner europäischen Rolle ungewiß wird. Amerikaner suchen zu Hause, in der eigenen Hemisphäre und im Pazifik eine neue Vision, und dort identifizieren sie auch ihre eigenen großen Bedrohungen. In Fernost steigen neue Macht- und Wirtschaftszentren auf. Die Weltkarten, sowohl der ökonomischen Macht als auch der strategischen Macht, werden neu gezeichnet. An der ökonomischen Macht partizipiert Japan zusammen mit den "four little tigers", und an der strategischen Macht partizipiert Peking, wenn nicht heute, so doch morgen und übermorgen.

Aber auch die europäische Landschaft ändert sich, indem eine Reihe von Staaten zwischen Ostsee und Donaubecken ihr Gesicht und ihren Glauben nach Westen wenden und ihre religiösen und philosophischen Grundlagen neu zu definieren beginnen. Das Individuum wird wichtiger als das Kollektiv, die Vielfalt wichtiger als die Einheit, die Freiheit wichtiger als die Macht und der Mensch wichtiger als der Staat.

In Warschau und Budapest, in der DDR und in Prag hat ein politischer Umbruch stattgefunden, der einer friedlichen Revolution gleichkommt. Die Ursprünge liegen tief in dem verschütteten, aber niemals zerstörten Bewußtsein der europäischen Überlieferung von Christentum und Aufklärung.

Es gibt da einen Bestand aus Zeiten des Mittelalters und des 18. und 19. Jahrhunderts. Ich meine die Würde des Menschen und die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Vielleicht ist dies die größte Entdeckung am Ende des 20. Jahrhunderts, das wichtigste Element, auf dem alle Kultur zu bauen hat. Lassen Sie uns darüber sprechen, so philosophisch wie konkret, mit Pragmatismus und Vision, sowohl der Geschichte als auch der Zukunft zugewandt.

Aber lassen Sie uns eine andere Dimension nicht vergessen. Ich bin Unternehmer der produzierenden Wirtschaft, und ich habe die Chance des vorbehaltlosen Fragens und Denkens und des eigenverantwortlichen Handelns immer als Atemluft betrachtet, die das Erfinden und das Unternehmen braucht.

Meine Erfahrung sagt mir, ohne Freiheit gibt es keinen Markt, ohne Markt keine erfolgreiche Wirtschaft. Das aber muß, wie die Welt beschaffen ist, in friedlichen Bahnen bleiben, und wir müssen gemeinsam darüber nachdenken, wie dies zu bewirken ist: ohne Druck und Repression, sondern mit dem Mut zur Freiheit.

Doch der größte Teil der Anstrengung steht uns noch bevor. Diese Aufgabe kann und darf sich nicht darin erschöpfen, nur wirtschaftspolitische Reparatur vorzunehmen oder gar durch Auffüllung der bodenlosen Fässer der Staaten die Schwächen des alten Wirtschafts- und Wertesystems zu überdecken. In Polen, Ungarn und in der DDR, zuerst und vor allem aber in der Sowjetunion Gorbatschows, hat sich gezeigt, daß man tiefer vordringen muß: zu den Wurzeln menschlicher Spiritualität und zu den Quellen menschlicher Schöpferkraft.

Die Kräfte müssen wieder freigelegt werden, um wirtschaftliche Entfaltung und menschliche Freiheit verwirklichen zu können. Es reicht nicht, mehr Öl und Treibstoff zu geben, wenn die Maschine falsch konstruiert ist.

Wir erleben heute in Ländern des Ostens eine Rückkehr zu den Grundlagen des liberalen Staates und der civil society: Verfassung, Rechtsstaat, Gewaltenteilung, Öffentlichkeit sind die alten Werte, die zugleich auch die neuen sein müssen. Und nur auf diesen Werten können Staat und Gesellschaft gedeihen; nur im Gefüge dieser Werte kann wirtschaftlicher Erfolg wachsen in seiner Spannung aus Freiheit und Verantwortung, Kreativität und Bindung.

Jedes Land in Europa muß für sich den Weg finden, der seiner Geschichte, seinem Selbstverständnis und seinen Zielen gemäß ist. Aber erfolgreich wird dieser Weg nur sein, wenn er zwei europäische Voraussetzungen erfüllt:

1. Er muß in der gemeinsamen europäischen Kultur ruhen und sie stärken.
2. Er muß den friedlichen und offenen Austausch von Ideen, Gütern und Dienstleistungen in Europa einbeziehen.

Um diese zwei Voraussetzungen erfüllen zu können, ist es meines Erachtens erforderlich, daß wir das strategische Bedürfnis, das heißt die Sicherheit der Sowjetunion berücksichtigen. Ich meine, wir sollten mit dafür Sorge tragen, daß Michail Gorbatschow am Ruder bleibt.

Wir haben, wenn wir nach den Chancen der europäischen Kultur am Ende des 20. Jahrhunderts fragen, über die bestehenden Realitäten zu sprechen und sie abzuklopfen. Wir leben mitten in einer Zeitenwende. Unter diesen Umständen nach der europäischen Kultur zu fragen und ihre Zukunft auszumessen, heißt, die Grundlagen der Realität neu zu bedenken. Das lassen Sie uns tun.

Valtr Komarek und Kurt Biedenkopf danke ich für ihre Bereitschaft, uns in diese Tagung einzuführen, und Hans Heigert dafür, daß er die anschließende Diskussion leiten wird.

Kucera

Ich begrüße Sie im Namen all der Organisationen, die zusammen mit: der Körber-Stiftung dieses Treffen des Bergedorfer Gesprächskreises vorbereitet haben, nämlich die Tschechoslowakische Gesellschaft für Internationale Beziehungen, der Tschechoslowakische Ausschuß für Europäische Zusammenarbeit sowie die Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften. Herrn Dr. Körber als dem Initiator dieses Gespräches sage ich einen besonderen Willkommensgruß.

Wir haben uns im Mai dieses Jahres in Hamburg kennengelernt und sind uns dabei über diese Zusammenkunft in Prag einig geworden, wie man unseren Beziehungen neue Impulse geben kann, obwohl wir damals natürlich von anderen politischen Voraussetzungen ausgingen, als sie zwischenzeitlich eingetreten sind. Aber wir stimmten darin überein, daß der Dialog verschiedener europäischer Kräfte über die Gestaltung der Zukunft Europas nützlich sei. Deshalb habe ich mich auch zusammen mit den hier vertretenen tschechoslowakischen Organisationen sehr dafür eingesetzt, daß dieses Gespräch zustande kommen konnte. Angesichts der großen Ereignisse in der Tschechoslowakei wird vielleicht nicht alles so ablaufen können, wie wir das geplant haben. Auch ich werde nur zeitweise an dieser Tagung teilnehmen, weil ich noch andere politische Pflichten zu erfüllen habe, wofür ich um Nachsicht bitte.

Es ist vielleicht symbolisch, daß der Bergedorfer Gesprächskreis gerade in diesen Tagen in Prag zusammenkommt zu einem Zeitpunkt grundlegender Veränderungen in meinem Land. Zur gleichen Zeit treffen sich in einem anderen Teil der Welt die Vertreter der beiden Supermächte, Michail Gorbatschow und George Bush. Das ist sicher sehr wichtig, aber wir Europäer sollten nicht vergessen, daß über die künftige Entwicklung in Europa nicht nur die Mächtigsten zu befinden haben, sondern daß jedes europäische Land seine eigenen Vorstellungen beisteuern können muß.

Die heutige Zusammenkunft behandelt das Thema "Chancen für die europäische Kultur am Ende des 20. Jahrhunderts - Gemeinsamkeiten, Gegensätze, systemübergreifende Kooperation". Wir sind sehr froh, daß dieses Thema gerade hier in Prag besprochen wird, in einem Land, in dem große kulturelle Traditionen tief verwurzelt sind; Aber auch für Sie dürfte der Aufenthalt in der Tschechoslowakei nicht ohne Bedeutung sein, gerade jetzt, wo in diesem Land so große Erwartungen und Hoffnungen bestehen im Hinblick auf eine Erneuerung der traditionellen Werte der Demokratie und der gesellschaftlichen Perspektiven, was soziale Gerechtigkeit und die Wiedergewinnung eines echten Humanismus angeht. Wir sind an diesem Dialog sehr interessiert. Das, was in unserem Lande jetzt geschieht, spiegelt den ganzen europäischen Prozeß wider, wie er etwa in der Idee des Gemeinsamen Europäischen Hauses zum Ausdruck kommt. Es geht um die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft, um Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten.

Unser Land hat zur europäischen Kultur und zur Weltkultur sehr viel beigetragen und kann an diese Vergangenheit anknüpfen. Ich nenne nur die Namen von Komponisten wie Smetana, Dvorak, Janáček, Martinu, von Schriftstellern wie

Heigert

Wir leben in einer Zeit heftiger und erregender Veränderungen. Wie nie zuvor begreifen wir den Zusammenhang von Kultur und Politik, wobei freilich eine Rangordnung besteht. Theodor Heuss, unser erster Bundespräsident, hat einmal gesagt: Kultur ist ohne Politik zur Not möglich, Politik ohne Kultur hingegen nicht. Kultur braucht allerdings nicht nur geistige Anstrengungen, sondern auch gewisse Rahmenbedingungen. Sie bedarf der Unterstützung seitens des Staates und des Mäzenatentums privater Personen, um sich entfalten zu können. Prag ist gewissermaßen ein Stein gewordenen Dokument dieses Zusammenhangs.

Kultur ist nicht möglich ohne Entwürfe, ohne Improvisation, aus welcher dann die Innovation kommt. Auch der Bergedorfer Gesprächskreis hat dieses Mal in der Vorbereitung sehr viel improvisieren müssen angesichts der raschen Veränderungen in diesem Lande.

Zunächst hören wir das Referat von Herrn Komárek. Wir haben seinen Namen in den letzten Wochen häufig gehört und gelesen und sind gespannt, was er uns zu sagen hat. Gleich daran anschließend dann Herr Biedenkopf.

Komárek

Es ist für mich eine große Ehre, vor diesem respektablen Auditorium einige meiner Gedanken äußern zu dürfen. Da die Zeit knapp ist, will ich ganz offen reden und unsere gegenwärtige Lage in einigen kurzen Formulierungen charakterisieren.

Was die prinzipiellen humanitären Aspekte angeht, stimme ich voll den Thesen von Herrn Körber zu, der genau das zum Ausdruck brachte, woran wir uns in Zukunft orientieren sollten. In diesem Sinne gehe ich davon aus, daß die Tschechoslowakei ein integraler Bestandteil Europas ist. Was mich an der tschechischen Kultur unter anderem immer fasziniert hat, ist die Tatsache, daß viele Repräsentanten der deutschen Wissenschaft und Kultur von hier ausgegangen sind. Ich denke nur an Husserl, Freud, Fromm oder Rilke und natürlich an Kafka. Johannes Urzidil hat einmal gesagt, hier in der Tschechoslowakei habe eine spezifische Konfiguration bestanden, die ein vertrauensvolles Zusammenleben von deutscher, österreichischer, tschechischer und jüdischer Kultur ermöglichte und gewaltige Produktivkräfte des Geistes freisetzte. Im Grunde war hier eine Wiege der europäischen Kultur. In vielen Fällen läßt sich gar nicht so genau ausmachen, wer von diesen Kulturpersönlichkeiten woher stammt. Vielleicht ist das unter allgemein humanitären Gesichtspunkten auch gar nicht so wichtig.

Ich erwähne dies deshalb, weil ich der Meinung bin, daß wir uns gegenwärtig am Beginn einer ganz neuen europäischen Entwicklung befinden. Ausgelöst durch die Perestroika, die Umgestaltung in der Sowjetunion, hat ein Prozeß der Selbstbefreiung und Emanzipation der ost- und mitteleuropäischen Völker eingesetzt, der auch die gegenwärtigen Veränderungen in der Tschechoslowakei bestimmt. Hier addieren sich aber nicht einfach die Veränderungen der Länder Ost- und Mitteleuropas, sondern es handelt sich um einen neuen historischen Trend, der grundlegende Änderungen in ganz Europa bewirkt. Diese generelle Umgestaltung Europas hängt sicher auch damit zusammen, wie Herr Körber richtig gesagt hat, daß die beiden Supermächte und die großen Blöcke, die Europa gewissermaßen ausbalanciert, aber auch eingeengt haben, heute die europäische Bühne verlassen. Europa erhält endlich die Möglichkeit, es selbst zu sein.

Angesichts dieser neuen Lage müssen auch die westeuropäischen Regierungen ihre Einstellung ändern. Noch zu Beginn dieses Jahres gingen sie im Prinzip davon aus, daß Mittel- und Osteuropa gewissermaßen im eigenen Saft schmoren werden, während Westeuropa mit der Gestaltung des Gemeinsamen Marktes und durch weitere Schritte in Richtung politische Integration vorangeht. Ich habe kein Recht, irgend jemandem Ratschläge zu erteilen, aber ich bin der Meinung, daß es kurzfristig wäre, auf dieser Einstellung zu beharren, weil sich gegenwärtig eine sehr viel größere Chance für die ganze europäische Zivilisation bietet mit der Möglichkeit, die Situation in Ost- und Mitteleuropa sowohl menschenwürdig als auch ökonomisch effektiv zu lösen.

Die Fragen einer Neugestaltung Mitteleuropas einschließlich der Tschechoslowakei können jedenfalls nicht a priori auf den Schiffen im Mittelmeer gelöst werden. Die neue Ära, die auf der europäischen Kultur und Zivilisation aufbaut, sollte zugleich zum Ziel haben, daß es in der Weltpolitik nicht mehr kleine und große Völker gibt, sondern nur noch Völker und Menschen, die einander gleich sind. Das mag Ihnen vielleicht etwas zu erhaben klingen, wobei es mir durchaus um politischen und ökonomischen Realismus geht.

Lassen Sie mich ganz kurz über die Lage in der Tschechoslowakei sprechen. Das, was bei uns in den letzten zehn Tagen geschehen ist, bedeutet eine historische Wende, einen Umbruch, und ich bin davon überzeugt, daß es dazu keine Alternative gibt. Diese Wende ist endgültig. Ich will keineswegs ausschließen, daß es Versuche geben wird, die Geschichte wieder zurückzudrehen; ich rechne auch mit Provokationen und halte Formen bewaffneter Übergriffe gegen das Volk nicht für ausgeschlossen. Das wird aber an der generellen Lage nichts mehr ändern. Das historische Ereignis, das wir hier erleben, besteht darin, daß ein System, das auf einem unantastbaren kommunistischen Modell begründet war, eines der letzten stalinistischen Modelle in Europa, total zusammengebrochen ist. Dieses System, dieses Modell weist keine historische Inspiration mehr auf, es hat keine Kraft mehr, um sich zu erneuern. Es bleiben lediglich noch einige der alten Mafias, der alten Machtstrukturen bestehen, die die Lage natürlich sehr komplizieren können. Angesichts des Verlaufs der Ereignisse in der Tschechoslowakei bin ich fest davon überzeugt, daß hinter der neuen historischen Wahl unser ganzes Volk steht. Das ist keine kurzzeitige emotionale Äußerung, sondern hier kommt eine langfristige historische Entwicklung zum Ausdruck.

Der Sieg des Sozialismus in diesem Land war damals einerseits eine Folge der Nachkriegseuphorie, verbunden mit einer verständlichen antifaschistischen Stimmung und einer emotionalen Dankbarkeit gegenüber dem sowjetischen Volk für die Befreiung und für die erste Hilfe nach dem Krieg. Auf der anderen Seite wurde diese Entwicklung aber von Anfang an von Stalins imperialen Interessen bestimmt, und das stalinistische System wurde sehr schnell nach Europa exportiert und bei uns

unbarmherzig und kompromißlos etabliert. Es folgten die blutigen Prozesse der 50er Jahre mit einer entsprechenden Festigung dieser Struktur, wobei unsere Stalinisten mitunter härter vorgingen als Stalin selbst. Dies ist im Laufe der Zeit allen fortschrittlichen Menschen in der Tschechoslowakei bewußt geworden, und sie begannen, ihre Emanzipation anzustreben und eine Reformpolitik zu konzipieren, die in der bekannten Entwicklung des Jahres 1968 kulminierte.

Es ist für mich unbegreiflich, daß es heute immer noch Staaten gibt, die nicht wissen, welchen Standpunkt sie zum Jahre 1968 einnehmen sollen. Die Entwicklung im Jahre 1968 war im Grunde der heutigen ähnlich. Damals waren aber die Hoffnungen in alternative sozialistische Lösungen noch nicht erschöpft. Sie wissen, daß sich eine gewaltige patriotische Bewegung unter der Parole "Sozialismus mit menschlichem Antlitz" erhob. Das ganze Volk unterstützte diese Entwicklung, und die Menschen waren nicht nur zehn Tage - wie jetzt;-, sondern das ganze Jahr über auf der Straße, noch ein halbes Jahr nachdem die sowjetischen Panzer im Lande waren.

Jeder wußte, wie die Lage war, und trotz der fünfzehn Millionen lebender Zeugen wurde die Geschichte völlig umgekehrt dargestellt, nämlich als eine schleichende Konterrevolution. Alle waren gezwungen, darauf zu schwören, wenn sie überleben wollten. Es fand eine scharfe politische und ökonomische Verfolgung statt, die vor allem die intellektuellen Schichten unseres Volkes betraf. Allmählich entstand bei uns ein ganz und gar dichotomes Gebaren zwischen offiziellen und privaten Tätigkeiten, zwischen einer offiziellen und einer privaten Sprache mit entsprechenden Verhaltensweisen. Die überwiegende Mehrheit der Menschen war sich die ganze Zeit über bewußt, daß das System, das hier dominierte, sich historisch erschöpft hatte.

Die Menschen haben versucht, Kompromisse einzugehen, damit sie sich geistig und wirtschaftlich weiterentwickeln konnten. Denn auch in dieser schwierigen Lage liebten die Menschen einander, heirateten, brachten Kinder zur Welt, die Ärzte betreuten ihre Patienten. Wir sind älter geworden, einige von uns starben. Der menschliche Zusammenhalt unseres Volkes, die gegenseitige Verständigung, das intellektuelle Verhalten der Menschen waren immer europäisch, so, wie es auch in diesen Tagen spontan zum Ausdruck kam. Was wir heute anstreben, ist nicht eine neue Identität des Volkes, sondern seine endgültige Befreiung von dieser jahrzehntelangen Dichotomie. Am Ende standen gegen das Volk im Grunde nur noch wirklich antihuman orientierte Machtmafias und eine unsinnige, unmenschliche Ideologie. Deshalb bin ich fest davon überzeugt, daß diese Emanzipation des Volkes endgültig und unwiderruflich ist.

Es kann Schwierigkeiten geben, und Kompromisse können notwendig sein, die unter Umständen wie ein kleiner Rückfall erscheinen mögen. Aber es gibt geschichtlich gesehen nur einen Weg und der weist nach vorn hin zu einer Reintegration mit Europa, mit der europäischen Kultur und Zivilisation. Auf diesem Weg gibt es zwei Hauptkomponenten: die pluralistische Demokratie und die Marktwirtschaft. Auch in Westeuropa gibt es heute eine gesamtgesellschaftliche Synthese von, vereinfacht gesagt, sozialistischen und kapitalistischen oder liberalen Faktoren. Und ich meine, in der Tschechoslowakei sollte jetzt nicht eine breite Diskussion darüber stattfinden, wie bei uns letztlich die Synthese aussehen könnte. Das sollen die Menschen in freien Wahlen selbst entscheiden. Das kann ja auch von Fall zu Fall durch Wahlen wieder geändert werden, so wie das in den westlichen Ländern geschieht.

Worauf es vor allem ankommt, ist, daß wir mit breiter Mehrheit einen demokratischen Weg einschlagen, um eine neue europäische und starke Tschechoslowakei entstehen zu lassen. Demokratie und Markt sind in erster Linie Orte für das Spiel freier menschlicher Kräfte und für eine Vielzahl individueller Versuche. Wenn unsere Gesellschaft bisher entfremdet und bürokratisiert war, müssen wir jetzt ihre Vermenschlichung erreichen. In dieser Hinsicht stehen bedeutsame konkrete Reformen an, die alle Bereiche unserer Gesellschaft betreffen, das Schulwesen, Gesundheitswesen genauso wie die Presse, aber auch grundlegende Änderungen der bis jetzt noch verstaatlichten Kultur.

Des weiteren geht es um eine Zivilisierung des Machtapparates. Ich wende mich gegen eine Politisierung unserer Streitkräfte, die bisher mehr eine Armee der Partei gewesen sind; denn die ganze Offiziersgarde unterstand der Parteinomenklatur. Das gleiche gilt für den Sicherheitsapparat und auch für den Staatsapparat, die Ministerien und andere Organe. Ich halte es für notwendig, diese Apparate schnell zu entpolitisieren und zu entideologisieren. Die in diesen Organisationen bestehenden Parteikomitees sind aufzulösen. Vor allem muß der Rechtsstaat wiederhergestellt werden, Zivilrechtsnormen sind einzuführen. Denn die internen Regeln der Leitung und Steuerung dieser Organe orientierten sich bisher mehr an militärischen Ordnungen und widersprechen dem Zivilrecht.

Ich wollte diese Fragen und Probleme in unserem Lande so offen ansprechen, auch wenn Sie hier möglicherweise mehr an einer wissenschaftlichen Debatte interessiert sind. Aber auch dafür ist es wichtig, daß man die Dinge beim rechten Namen nennt. Darin besteht vielleicht der eigentliche Unterschied zwischen Wissenschaft und Diplomatie.

Ich möchte mich jetzt noch einigen Fragen der künftigen Zusammenarbeit zuwenden. Auch wenn ich von Haus aus Ökonom bin, vertrete ich die Ansicht, daß eine gute ökonomische Zusammenarbeit nicht ohne Kultur und eine neue Moral denkbar ist. Im künftigen Europa muß die Kultur die eigentliche Integrationskraft darstellen und nicht die Politik. Ich halte die Kultur überhaupt für den wichtigsten Integrationsfaktor der menschlichen Gemeinschaft. Deshalb sollten wir uns über die Zusammenhänge von Kultur, Politik und Ökonomie in Europa klarwerden und nicht immer nur über strategische Lösungen nachdenken. Ich werde jetzt vornehmlich die wirtschaftlichen Perspektiven darlegen.

Ich will ganz offen sagen, daß die Tschechoslowakei ohne eine Verständigung mit Westeuropa keine schnellen ökonomischen Erfolge erreichen kann. Es geht mir dabei nicht primär um Anleihen und Hilfsmaßnahmen. Zunächst sollten wir die objektiven ökonomischen Möglichkeiten analysieren und erst dann über konkretere Fragen sprechen.

In unserem Lande gibt es zwei völlig entgegengesetzte Ansichten, was die Wirtschaftslage angeht. Die einen meinen, um die tschechoslowakische Wirtschaft sei es im Grunde gar nicht so schlecht bestellt, während die anderen sagen, die Lage sei katastrophal. Es ist wichtig, welcher Meinung man sich anschließt. Denn würden letztere recht behalten, brauchten wir vor allem karitative Maßnahmen. Im ersten Fall dagegen könnten wir eine Zusammenarbeit ankurbeln, die sowohl für unsere Wirtschaft als auch für die ausländischen Unternehmer gleichermaßen interessant wäre. Aufgrund meiner 40jährigen Praxis in der tschechoslowakischen Ökonomie, wobei ich in den letzten fünf Jahren an umfangreichen Analysen der Wirtschaftsproblematik im Institut für Prognosen mitgearbeitet habe, meine ich, daß die tschechoslowakische Wirtschaft relativ stabil ist und über recht solide ökonomische Ressourcen verfügt.

Lassen Sie mich einige Daten nennen, um dies näher zu charakterisieren. Wir produzieren gegenwärtig im Jahr etwa 15 Millionen Tonnen Stahl, 100 Millionen Tonnen Braunkohle, 25 Millionen Tonnen Schwarz- oder Steinkohle und erzeugen 90 Milliarden Kilowattstunden elektrische Energie. Des weiteren erwähne ich 1,2 Millionen Tonnen Plastikstoffe, 550 Millionen Meter Baumwollgewebe, 135 Millionen Paar Schuhe und nicht zuletzt $2\frac{1}{2}$ Milliarden Hektoliter Bier. Im Maschinenbau haben wir 1,2 Millionen Beschäftigte. Bei den 15 klassischen Kennziffern, an denen die industrielle Entwicklung gemessen wird, stehen wir in zehn Fällen immer noch an erster Stelle im Weltmaßstab, während wir bei den restlichen fünf den zweiten oder dritten Platz einnehmen. Aber das betrifft die klassische Industriestruktur und besagt nichts im Hinblick auf moderne Elektronik oder Chemie.

Dennoch sind die industriellen Voraussetzungen nicht schlecht. Das, was wir industriell erzeugen, reicht nicht nur für unsere 15 Millionen Einwohner, sondern für etwa 40 Millionen. Deshalb ist diese Industrie auf Integration angewiesen. Bisher hatten wir große Absatzmärkte in der Sowjetunion, was uns ein relativ anständiges Lebensniveau ermöglichte. Außerordentlich problematisch ist jedoch, daß unsere Industriestruktur durch eine Hypertrophie der Schwerindustrie geprägt ist, also total unmodern ist. Dabei sind wir sicher immer noch besser dran, etwa im Vergleich zu Portugal oder Mexiko. Unsere Lage gleicht eher der von England in den 50er Jahren. In der Agrarproduktion sind wir vollkommen autark; auch hier weist die Pro-Kopf-Produktion Spitzenwerte auf. Das Hauptproblem wiederum stellt die Struktur dar, was sich in der mangelnden Qualität und zu hohen Kosten niederschlägt.

Die Infrastruktur ist im Schatten der hypertrophen Schwerindustrie zwar zurückgeblieben, aber durchaus akzeptabel. Dank Maria Theresia haben wir immer noch das dichteste Verkehrsnetz in Europa. Es gibt hier eine gute Besiedlungsdichte. Mit anderen Worten: Wir sind immer noch ein zivilisiertes Land.

Ich habe darüber vor kurzem mit amerikanischen Kollegen gestritten, die der Ansicht waren, unsere fehlende Wettbewerbsfähigkeit auf den westlichen Märkten sei eine Folge der geistigen Verödung des tschechischen Volkes unter dem Joch fünfzigjähriger kommunistischer Herrschaft. Ich habe dem entgegengehalten, daß unser Volk immer noch über genügend geistige Kräfte verfügt, aber daß es an einer entsprechenden ökonomischen Motivation fehlt und daß sich schlechtes Management und Kadernomenklaturen negativ auswirken. Nicht zuletzt liegt es auch an einer schlechten moralischen Einstellung. Unsere Betriebe exportieren natürlich lieber in die Sowjetunion oder nach Bulgarien, wo man ihnen alles abnimmt, als in den Westen, wo die Kunden sehr anspruchsvoll sind. Zudem werden die Betriebe nicht an den Deviseneinnahmen beteiligt; sie haben also gar nichts davon, wenn sie ins westliche Ausland exportieren. Derartige Motivationsdefizite lassen sich überall nachweisen.

Demgegenüber dürften unsere Arbeiter und Ingenieurkader, was Allgemeinbildung und berufliche Qualifikation angeht, nur wenig hinter dem Westen zurückstehen, und sie sind sicher nicht schlechter als in Italien oder in Spanien. Entscheidend ist, daß die über hundertjährige handwerkliche und industrielle Tradition in unserem Lande, aber auch die demokratische Tradition, die Fähigkeit, sich anzupassen, jederzeit wieder verfügbar sind.

Einen weiteren Vorteil stellt unser niedriges Lohnniveau dar. Während im Westen der Nettostundenverdienst circa 10 Dollar beträgt, liegt er bei uns vielleicht bei zwei, zweieinhalb, höchstens drei Dollar. Theoretisch dürfte es für westliche Firmen also interessant sein, bei uns zu produzieren.

Lassen Sie mich nur noch einen Zahlenvergleich geben. Unser Nachbarland Österreich verdient jährlich allein am Fremdenverkehr 9 Milliarden Dollar, während der gesamte tschechoslowakische Export in die Länder mit konvertierbaren Währungen nur in einer Größenordnung von 4 Milliarden Dollar liegt, also nicht einmal die Hälfte der Einnahmen ausmacht, die Österreich mit dem Fremdenverkehr erzielt.

Ich wollte Sie nur in groben Umrissen über die Möglichkeiten unserer Ökonomie informieren, die in der Tat in großen Schwierigkeiten steckt. Vor allem ist die Technologie in der Industrie zurückgeblieben, so daß ein hoher Bedarf an strukturellen Veränderungen, an einer Modernisierung besteht, wozu uns aber die Mittel fehlen. Was wir brauchen, ist vielleicht nicht so sehr eine Art Marshallplan - ein Begriff, der bei uns sehr belastet ist-, als vielmehr moderne Managementschulung. Wir müssen unseren Außenhandel liberalisieren und die verschiedenen Kooperationsformen ausprobieren, also Joint-ventures und ähnliches. Wir brauchen Kontakte zu westlichen Firmen. Unser Problem ist eine unvertretbare hohe Autarkie. Hier öffnet sich eine ganze Skala von Fragen für vernünftige Verhandlungen, wobei konkrete Gespräche mit Managern sehr dienlich sein können.

Ich möchte zum Abschluß sagen: Ich glaube an die Chance eines neuen Europas. Ich glaube an unsere kulturelle Verständigung, ohne die auch die ökonomische Zusammenarbeit nicht funktionieren kann. Gerade die Kultur kann Integration ohne großen Aufwand bewirken, einfach durch die Kraft menschlicher Ideen. Das könnte uns bereits in kurzer Zeit helfen, neue Kommunikationsmöglichkeiten zu finden, bisherige Hindernisse in Politik und Ökonomie abzubauen und den Weg zu einer neuen europäischen Integration zu öffnen.

Biedenkopf

"Chancen für die europäische Kultur am Ende des 20. Jahrhunderts" heißt unser Thema. Dabei möchte ich weniger nach den Chancen der europäischen Kultur fragen, sondern vielmehr danach, ob Europa ohne die europäische Kultur eine Chance hätte. Und die Antwort von Herrn Komárek auf diese Frage lautete völlig zu Recht: Die europäische Kultur ist unsere Chance, die Chance für ein integriertes Europa.

Ich verstehe hier Kultur im gleichen Sinne wie mein Vorredner und möchte dazu einen Satz von Herrn Rován zitieren, den er zu einem anderen Anlaß geschrieben hat: "Jede Art von Tätigkeit kann auf kultivierte oder auf barbarische Weise betrieben werden." Ich will mich um die kultivierte Art des Betreibens bemühen.

Kultur wird also hier verstanden im Sinne der Gestaltung unserer natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt nach den Grundsätzen der Humanität, und zwar auf der Grundlage einer gemeinsamen Wertbasis, eines europäischen Wertkonsenses, dessen, was wir gemeinhin als abendländische Kultur bezeichnen. Dieser Wertkonsens umfaßt demokratische Kontrolle staatlicher Macht, Sicherung der Rechte der Menschen vor staatlicher und auch gesellschaftlicher Machtwillkür durch Rechtsstaatlichkeit, Pluralität der Meinungen. Pluralität heißt nicht Beliebigkeit, sondern meint Vielfalt innerhalb eines normativ gesetzten Rahmens. Die Sicherung und Erhaltung dieses normativen Rahmens ist eine ebenso politische wie kulturelle Leistung. In dieser Hinsicht lassen sich Politik und Kultur nicht mehr sinnvoll trennen.

Unter diesen Bedingungen sind die Erscheinungsformen politischer und gesellschaftlicher Ordnungen, die Herr Komárek in seinem Rückblick auf die tschechoslowakische Entwicklung der endvierziger, fünfziger und sechziger Jahre beschrieben hat, barbarisch zu nennen. Denn sie entsprechen nicht diesem vorgenannten Wertkonsens; sie liegen außerhalb der europäischen Kultur. Von daher ist die Feststellung sicher zutreffend, daß die von Herrn Komárek beschriebene Emanzipation der Menschen in der Tschechoslowakei, aber ebenso in Polen, in Ungarn und in der DDR von der stalinistischen Ordnung auch eine Emanzipation der europäischen Kultur von einer barbarischen Ordnung ist.

Das europäische Haus im Sinne einer europäischen Friedensordnung ist ohne diese Kultur undenkbar; es wäre auch gar nicht gestaltbar. Die europäische Kultur liefert gewissermaßen die Grundlage für die gegenseitige Verständigung, Kommunikation und Dialogfähigkeit, aber auch für die Zusammenarbeit. Allgemeiner formuliert: Sie liefert die Kohäsion, die aus der Vielfalt eine Einheit entstehen läßt. Die europäische Kultur verhindert, daß aus dem Bau des europäischen Hauses ein Turmbau zu Babel wird, der an Sprachverwirrung und Hybris scheitern müßte.

Hier möchte ich auch auf die große Bedeutung der Religion für die europäische Kultur hinweisen. Das hat sich gerade in den letzten Jahren und Monaten gezeigt, ist aber auch davor gültig gewesen. Die Kirchen haben - in Polen die katholische, in der DDR die evangelische Kirche - eine wichtige Rolle bei der Emanzipation der Menschen aus der barbarischen Ordnung gespielt. Die Religion war Schutzraum vor staatlicher Gewalt, um die Würde des Menschen zu bewahren. In diesem Sinne war sie ein Vorbote für eine zukünftige politische Ordnung, wo ihr die gleiche Aufgabe zukommt. Auf dem schmerzhaften Weg dieser Emanzipation, die jetzt in so großartiger Weise sich zu erfüllen beginnt, will ich ein wichtiges Ereignis erwähnen, nämlich die Wahl eines Polen zum Papst und dessen anschließende Erklärung, er werde die Verwirklichung der Menschenrechte zu einer zentralen Aufgabe seines Pontifikats machen. Ich habe darin ein erstes Indiz für die Überwindbarkeit der Teilung Europas in zwei Blöcke gesehen.

In diesem Zusammenhang nur eine Fußnote: Die Vorstellung der Weltmächte, man könne Europa durch Blockbildung stabilisieren, war immer unhistorisch. Sie war möglicherweise notwendig, um Zeit für eine Neuordnung Europas unter friedlichen Bedingungen zu gewinnen. Das ist eine Frage für Historiker. Aber die Trennung Europas in zwei diametral entgegengesetzte ideologische Blöcke konnte auf die Dauer keine stabile Ordnung gewährleisten. Unter Sicherheitspolitik haben wir bisher vornehmlich verstanden, wie man den Status quo in Europa sichern kann; in Zukunft wird es um die Beantwortung der Frage gehen: Wie man in Europa den Wandel, die Entwicklung, die Vielfalt sicherheitspolitisch zu begleiten hat; wie man also fähig wird, diese Prozesse, die immer auch Unvorhersehbares enthalten, unter friedlichen Bedingungen zu gestalten.

Ich möchte noch zwei weitere Funktionen des kulturellen europäischen Wertkonsenses erwähnen. Das eine ist die soziale Dimension, die Verankerung des sozialen Gewissens auf der Grundlage der Solidarität. Das Zweite - und das wird uns in der Zukunft vor allem beschäftigen - ist die in der modernen europäischen Kultur angelegte Tendenz zur selbstzerstörerischen Expansivität, die es gilt, unter Kontrolle zu bringen. Das manifestiert sich insbesondere in der Auseinandersetzung um den Umweltschutz. Kultur in diesem Sinne ist die Gestaltung von Umwelt und Gesellschaft nach durch den menschlichen Geist vorgegebenen Ordnungsvorstellungen. Wir sprechen ja im Deutschen sehr bewußt von "Kulturlandschaft". Das gilt nicht nur für die Agrarwirtschaft oder für das Handwerk, sondern in hohem Maße auch für die hochentwickelte Industriegesellschaft.

Es geht also um die kulturelle Bändigung der in jeder industriellen Gesellschaft angelegten Kräfte, und zwar in dreifacher Hinsicht. Erstens um die Bändigung dieser industriellen Kräfte selbst, insbesondere um zu verhindern, daß sie zu Machtquellen werden, die die menschliche Freiheit und Vielfalt gefährden können. Zweitens um den Schutz des Menschen vor den Folgen der Industrialisierung; also das, was wir unter dem Begriff "soziale Frage" zusammenfassen. Und schließlich drittens um den Schutz der Natur und damit mittelbar auch des Menschen als Teil der Schöpfung vor den Konsequenzen unkontrollierter industrieller Expansion.

Ich stimme mit Herrn Komárek übrigens vollkommen überein, daß die Gestaltung einer hochentwickelten Wirtschaftsordnung eine im höchsten Maße kulturelle Leistung ist; ohne eine entsprechende kulturelle Substanz kann eine solche Wirtschaftsordnung nicht organisiert werden. Das heißt, Staaten, die die kulturellen Grundlagen mißachten, sind aus objektiven Gründen unfähig, eine hochentwickelte Industriegesellschaft zu schaffen. Diese Erkenntnis dürfte auch der sowjetischen Revolution von oben zugrunde liegen, zumindest dürfte sie denjenigen einsichtig sein, die dazu geraten haben.

Alle drei von mir eben erwähnten Aspekte werden in der kommenden Zusammenarbeit eine entscheidende Rolle spielen. Ihre Bewältigung ist zugleich eine Aufgabe der wirtschaftlichen Integration Europas. Nur Wirtschaftsordnungen, die grundsätzlich diesen drei Anforderungen genügen, entsprechen der europäischen Kultur und sind in einem ganz praktischen Sinn, Herr Komárek, kompatibel mit der Europäischen Gemeinschaft.

Das erste ist die Bändigung der industriellen unternehmerischen Kräfte vor Selbstzerstörung durch unkontrollierte Freiheit. Karl Marx hat ja eine richtige Beobachtung gemacht, als er von der Expropriation der Expropriateure sprach, daß ohne eine normative Ordnung die unkontrollierte Inanspruchnahme unternehmerischer Freiheiten zur Selbstzerstörung eines offenen Systems durch

immer stärkere Konzentrationsprozesse führen kann. Diese Gefahr der Selbstzerstörung wird durch eine marktwirtschaftliche Ordnung überwunden. Sie überläßt die Gestaltung der Wirtschaft nicht im Sinne von "Laissez-faire" sich selbst. Sie begreift die Wirtschaft vielmehr als einen gestaltungsbedürftigen Prozeß, als Ordnungsaufgabe. Deshalb ist begrifflich unkorrekt, Planwirtschaft und Marktwirtschaft in dem Sinne zu unterscheiden, die erstere beruhe auf planvollem Handeln, die zweite sei ungeplant. Auch die Marktwirtschaft ist eine geplante Wirtschaftsordnung, in der der Staat die Marktprozesse durch normative Vorgaben sichert, sie insbesondere davor schützt, sich selbst zu zerstören.

Die Bindung der Wirtschaftsordnung durch Wettbewerbsrecht, Kartellverbot, Monopolkontrolle und vergleichbare, in der Europäischen Gemeinschaft zu praktischen Gestaltungsformen ausgeprägte Einrichtungen gehört in diesen Bereich. Sie setzt planvolles Handeln des Staates voraus. Sie ist aber auch eine kulturelle Veranstaltung insoweit, als alle Beteiligten im Sinne eines Grundkonsenses darin übereinstimmen müssen, daß diese Art von normativer Ordnung Bedingung für eine freiheitliche Wirtschaft ist. Dieser Konsens stellt sich weder von selbst her, noch hält er sich von selbst aufrecht. Er bedarf der ständigen Erneuerung und damit auch der Mitwirkung der kulturellen Kräfte. Insofern ist Kultur mit der Wirtschaft auf das engste verbunden und nicht etwa ihr überlegen.

Zum zweiten die soziale Dimension. Dabei ist es nicht die Aufgabe des Sozialen, Schäden, die aus der Entfaltung des wirtschaftlichen Tuns entstehen, hinterher zu korrigieren. Die soziale Dimension ist vielmehr ein integraler Bestandteil der Gesamtordnung. Das ist ein erheblicher Unterschied. Wir haben in Europa heute, wenn auch mit unterschiedlichen Ausprägungen, die Probleme der sozialen Frage im Grunde gelöst. Das ist eine große politische und kulturelle Leistung. Im ausgehenden 19. Jahrhundert war man noch weithin der Überzeugung, daß das unmöglich sei.

Wir haben damit auch eine Reihe von Prämissen widerlegt, die unter den damaligen Bedingungen plausibel erscheinen konnten. Dazu gehört vor allem die Prämisse, daß die soziale Bedrohung des Menschen vom Eigentum ausgeht. Das ist nachweislich falsch. Vielmehr geht diese Bedrohung von einer fehlgestalteten Form der Verfügungsmacht über das Eigentum aus. Das ist aber ein fundamentaler Unterschied. Deshalb haben sich in der europäischen Kultur Organisationsformen entwickelt, die uns in die Lage versetzen, die mit dem Eigentum verbundenen Motivationsstrukturen zu aktivieren, ohne die mit dem Eigentum verbundenen Gefährdungen in Kauf nehmen zu müssen. Ich denke etwa an die Bindung durch Elemente und Institutionen der Mitbestimmung, der Sozialsysteme, der Tarifautonomie, also der gewerkschaftlichen Organisationen und anderes mehr.

Die entscheidende Erkenntnis, die daraus gewonnen wurde, ist auch für unseren weiteren Dialog mit den osteuropäischen Staaten fruchtbar und wichtig: daß der Staat als Gesamtheit der hoheitlichen Institutionen nicht in der Lage ist, sich selbst zu bändigen. Vielmehr muß er durch das Recht gebändigt werden. Deshalb war es ein Irrtum anzunehmen, die Übertragung von Eigentum auf den Staat würde gleichzeitig das Problem des Mißbrauchs von Verfügungsmacht lösen.

Der Staat muß durch das Recht gebändigt werden. Deshalb ist die Verwirklichung von Rechtsstaatlichkeit zugleich eine außerordentlich wichtige kulturelle Aufgabe. Denn nur die Kultur kann dem Recht die Kraft verleihen, den Staat zu bändigen. Ein rein formales Prinzip würde immer wieder außer Kraft gesetzt. Der ungebändigte Staat zerstört aber, wie wir erfahren haben, die menschliche Würde und den Menschen selbst.

Der dritte Aspekt betrifft die ökologische Frage. Sie ist auch im bisher schon freien Europa noch nicht gelöst. Sie ist erkannt, aber noch nicht gelöst. Gerade in diesem Bereich könnten alle europäischen Staaten, die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft wie auch diejenigen Staaten, die durch einen erfolgreichen Emanzipationsprozeß jetzt wieder an dieser kulturellen Entwicklung aktiv teilnehmen werden, originäre Beiträge leisten, um die ökologische Frage zu bewältigen.

Für uns alle stellt sich die Aufgabe, wie man eine Gesellschaft und ihre Wirtschaft sowohl organisatorisch wie normativ gestaltet, damit sie langfristig nicht ihre eigenen Grundlagen zerstört. Diese Aufgabe ist auch bei uns nicht gelöst. Wird sie nicht gelöst, dann droht nach meiner festen Überzeugung eine neue Gefahr der Rebarbarisierung der westlichen Gesellschaft, nachdem die barbarischen Ordnungen der Vergangenheit überwunden sind. Sie würde die europäische Kultur erneut ungeheuren Konflikten aussetzen, die ihr fragiles Gebäude leicht zum Einsturz bringen und der Rebarbarisierung Tor und Tür öffnen könnten.

Ein letzter Punkt. Die Kultur in Europa ist die entscheidende Voraussetzung für den Frieden. Das alte System der Unterdrückung ist zusammengebrochen. Hier war ich, Herr Komárek, besonders beeindruckt, als Sie feststellten, der Zusammenbruch des alten Systems habe kein Chaos erzeugt, sondern es sei gelungen, die unter diesem System begrabene kulturelle Struktur wieder zum Leben zu

erwecken. Das heißt, die europäische Kultur hat die Menschen aufgefangen und sie in die Lage versetzt, den Weg zu neuen Ordnungen auf friedfertige Weise zu beschreiten, ohne das Chaos auszulösen, das üblicherweise mit revolutionären Prozessen verbunden ist. Das ist für sich genommen schon eine große politische und kulturelle Leistung. Es zeigt aber auch, daß die überwundene Ordnung eine aufgezwungene fremde Ordnung war.

Allerdings liefert die Kultur keine ausreichende Anleitung für die Organisation der Gesellschaft. Von daher muß die Bemühung um die politische Neuordnung auf der Basis dessen, was wir jetzt wiedergewonnen haben, weitergeführt werden. Dabei ist Vielfalt ein entscheidendes Kriterium. Es gibt für die Gestaltung der modernen Industriegesellschaft im normativen Rahmen der europäischen Kultur keine Gestaltungsmonopole. Man kann die Gesellschaft durchaus verschieden organisieren. Wir tun das auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Wir haben unterschiedliche Mischformen in den Volkswirtschaften, wir haben unterschiedliche Sozialsysteme, die miteinander in Wettbewerb treten. Wir sind an diesem Wettbewerb interessiert, weil nur so im Prozeß der Evolution immer wieder die beste Antwort auf die sich dauernd verändernde Realität gefunden werden kann, an die wir unsere Institutionen anpassen müssen.

Dieser Anpassungsprozeß muß im Wettbewerb der Institutionen vor sich gehen unter einer Bedingung: Alle angebotenen Lösungen müssen mit unserem Wertkonsens vereinbar sein. Der Wertkonsens muß erhalten bleiben. Und ich möchte noch einmal betonen, daß das nicht von alleine geschieht. Die Aufgabe der Wissenschaft, der Medien, der Erziehung ist es, diesen Wertkonsens zu pflegen und zu vermitteln und die geschichtliche Substanz lebendig zu erhalten, auf der dieser Wertkonsens beruht.

Ich begrüße sehr, daß wir uns hier an dem Ort treffen, wo 1348 die erste zentraleuropäische Universität entstanden ist. Es ist die Geschichte Europas, die den Wertkonsens und alle seine Irrungen, aber auch Erkenntnisse und Erfahrungen daraus, überliefert hat. Indem wir den Wertkonsens erhalten und festigen, müssen wir zugleich dafür sorgen, daß wir Vielfalt ertragen können. Je stärker der Wertkonsens, um so größer die Vielfalt, die möglich ist, um so größer der kulturelle Reichtum und die Fähigkeit zur Toleranz.

Hier besteht eine unmittelbare Querverbindung zwischen der Aufgabe der Kultur und dem, was wir als Politiker und Wirtschaftler zu tun haben. Wenn es uns gelingt, die Kräfte freizulegen, von denen Herr Komárek gesprochen hat, indem wir Freiheit gewähren und zugleich die Gefahren einer als Beliebigkeit mißverstandenen Freiheit durch die Verankerung unserer Verantwortung in der europäischen Kultur bewältigen, werden wir in Europa einen ganz eigenen Prozeß der kulturellen und politischen Evolution erleben, der, davon bin ich fest überzeugt, vorbildhaft sein kann für die ganze Welt.

Heigert

Nach diesen beiden grundlegenden Referaten schlage ich vor, daß wir die Diskussion erst einmal sich frei entwickeln lassen, ohne uns von vornherein auf bestimmte Themen zu konzentrieren.

Rovan

Als ich das letzte Mal in Prag war, im Herbst 1966, begann gerade der Prager Frühling, der das Ende der Ära Novotny bedeutete. Für mich ist es bewegend, gerade jetzt wieder hier zu sein. Und wenn wir uns über das, was in den letzten Wochen und Tagen geschehen ist, gewissermaßen mit angehaltenem Atem freuen, dann möchte ich in einem Gespräch über europäische Kultur doch an all die Männer und Frauen erinnern, die in diesem Land in den vergangenen Jahrzehnten für die Freiheit der Kultur, die die Freiheit in sich ist, eingetreten sind. Ich erwähne stellvertretend für viele nur die Schriftsteller Milan Kundera, der heute in Paris lebt, und Václav Havel, aber auch den Philosophen Patocka, der, zumindest indirekt, als Opfer der Verfolgung gestorben ist. Einem Historiker fallen natürlich auch sofort Vater und Sohn Mazaryk ein, die zu denen gehören, die für die Freiheit aller Völker in diesem Land Wichtiges getan haben und, was den Sohn angeht, für sie gestorben sind.

Unter den Ereignissen, die Herr Komárek erwähnte, möchte ich nicht den schrecklichen Staatsstreich von 1948 und das klägliche Versagen der anderen Demokratien unerwähnt lassen. Als jemand, der am Krieg von 1939/40 teilgenommen hat, gehöre ich zu denen, die nie aufhören werden, unseren tschechischen Freunden gegenüber ein persönliches Schuldgefühl zu haben.

Schmidt

Herr Körber hat zu Beginn von der Renaissance der europäischen Werte gesprochen als eine wichtige Voraussetzung für den erfolgreichen Weg eines jeden Landes. Dem möchte ich voll zustimmen. Denn der gegenwärtige Aufbruch in den osteuropäischen Ländern, zu denen ich auch die DDR zählen möchte, läßt uns diese Renaissance der großen Werte europäischer Kultur erleben. Das gilt insbesondere für die Demokratie. Das ist eine der großen Lehren für mein Land und bestimmend für die Veränderungen, die sich bei uns friedlich, gewaltfrei, von unten, durch die Kraft des Volkes, durch demokratische Äußerung seines Willens vollzogen hat. Eine unabdingbare Konsequenz ist die Durchführung allgemeiner, freier, gleicher und geheimer Wahlen, die im Mai nächsten Jahres stattfinden werden.

Die freie Entfaltung des mündigen Bürgers und seine demokratische Teilnahme an den Angelegenheiten der Gesellschaft wird von der überwiegenden Mehrheit unserer Bevölkerung auch als ein Weg zur Wahrnehmung und Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes des Volkes der DDR verstanden. Ich hebe das deshalb hervor, weil mit diesem Prozeß für die DDR zugleich die Erneuerung der Legitimation als souveräner demokratischer Staat verbunden ist. Sie mögen sagen, damit werde überhaupt erst eine Legitimation ermöglicht, aber ich ziehe den Ausdruck Erneuerung der Legitimation vor.

Dabei verstärkt sich immer mehr die Überzeugung, daß die Befreiung des Volkes von der Bevormundung im Innern durch eine Partei- und Staatsführung, die sich das angemaßt hat, nicht dazu führen darf, sich nun in eine äußere Bevormundung zu begeben. Dies betrifft besonders die sich entwickelnden Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Mit anderen Worten: unsere Gesellschaft will nicht vereinnahmt werden, sondern ihren eigenen Weg entwickeln, wie es auch Herr Körber erwähnt hat. Dem dient die gegenwärtige Umgestaltung des politischen Systems, die Raum gibt für eine wirkliche demokratische Artikulation, für breite Diskussionen und dann für eine entsprechende Gesetzgebung durch ein neues Parlament.

Wenn wir von europäischer Kultur und Zusammenarbeit sprechen, dann ist natürlich von entscheidender Bedeutung die Frage: Wie steht es um die deutsche Nation in diesem Europa? Ich will deutlich sagen, daß meiner Auffassung nach die beiden deutschen Staaten bei aller Verschiedenheit ihrer sozialen Ordnungen eine tiefe nationale Komponente aufweisen, die sie verbindet. Die früher in der DDR propagierte Theorie, derzufolge sich in Deutschland zwei Nationen herausgebildet haben, war eine rein politische Zwecktheorie, die vor der Geschichte keinen Bestand hat. Das gilt auch für das bisherige, die Gesellschaft deformierende stalinistische System, das wir bisher als Sozialismus verstanden haben. Ich sage bewußt "wir"; denn ich habe dieses System im gewissen Sinne mitgetragen, indem ich in der Stellung eines Direktors am Institut für Internationale Politik und Wirtschaft tätig war. Ich kann mich hier nicht hinstellen und behaupten, ich sei seit 20 Jahren ein Widerständler gewesen. Aber man sollte jemandem nicht die Lernfähigkeit absprechen, wenn er sich bemüht, die Zusammenhänge wissenschaftlich zu analysieren und entsprechend zur Erneuerung der Gesellschaft beizutragen.

Ich gehe also von zwei Staaten einer deutschen Nation aus. Ich bekenne mich zur Einheit der Nation. Unser bisheriges System war jedenfalls nicht in der Lage, auch nur in Ansätzen eine sozialistische Nation zu formieren. Dieser Versuch hat sich als falsch herausgestellt; er hat insbesondere jene grundlegenden Werte und Erfahrungen außer acht gelassen, die über Jahrhunderte für die Bildung und Entwicklung der deutschen Nation in Europa maßgeblich waren. Damit leugne ich nicht all jene schrecklichen Ereignisse, die mit dem Namen der deutschen Nation in der europäischen Geschichte ebenfalls verbunden sind. Von daher haben wir in der DDR die Identität unseres Staates nicht zuletzt auf den Antifaschismus begründet und versucht, in diesem Sinne bestimmte Prinzipien zu verwirklichen.

Realität, wie das Bestehen einer Nation, ist aber auch die deutsche Zweistaatlichkeit, die sich im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung herausgebildet hat. Diese Realität ist Teil der Architektur europäischer Sicherheit, wie sie auch in den KSZE-Dokumenten anerkannt ist.

Ich würde es deshalb für einen schwerwiegenden Fehler halten, wenn jetzt überall die Wiedervereinigung als Tagesaufgabe verkündet wird, gewissermaßen als ein gesetzmäßig sich vollziehender Prozeß, den nichts aufhalten kann. Eine schnelle Wiedervereinigung oder Vereinigung liefe auf einen Anschluß der DDR an die Bundesrepublik hinaus. Vielmehr sollten beide deutsche Staaten ihre Chance begreifen und ihr Verhältnis im Sinne einer neuen qualifizierten Partnerschaft gestalten, die sowohl die Interessen der Menschen in den beiden deutschen Staaten als auch die Sicherheitsinteressen der Nachbarn berücksichtigt. Dazu gehört ebenso die Verantwortung der ehemaligen Siegermächte und die Einbeziehung der gesamteuropäischen Dimensionen. Gerade dies ist wichtig; denn auf der Tagesordnung steht vor allem die Annäherung aller Teile Europas und die

Überwindung seiner Spaltung. In diesem Sinne muß meines Erachtens die Gestaltung der Einheit Europas mit der Annäherung und Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten konform gehen. Deshalb begrüße ich den Gedanken einer Vertragsgemeinschaft zwischen den beiden deutschen Staaten, die konföderative Elemente und Strukturen einschließt. Eine solche Entwicklung würde sicher auch den Interessen unserer europäischen Nachbarn entsprechen.

Auf diese Weise würden sich die Beziehungen zwischen den beiden Staaten auch nicht als Hindernis für eine Überwindung der Spaltung Europas erweisen, sondern dem Prozeß zu einer europäischen Friedensordnung, einem gemeinsamen europäischen Haus förderlich sein. In einem solchen Europa werden sich auch, davon bin ich überzeugt, das Verhältnis der Staaten und Völker, die Frage der Grenzen und ihre Durchlässigkeit, ja das Nationale überhaupt neu stellen. Und damit auch die Frage, wie die Deutschen ihre nationale Gemeinsamkeit gestalten wollen.

Diesem Prozeß sollten sich alle europäischen Völker unterwerfen, auch die beiden deutschen Staaten. Insofern ist für mich die Geschichte offen. Das heißt, wenn wir die europäischen Interessen insgesamt berücksichtigen wollen, sollten wir die Frage der Wiedervereinigung in der nächsten Zeit nicht auf die Tagesordnung setzen. Natürlich weiß ich auch, daß der tatsächliche Verlauf geschichtlicher Prozesse sich nicht immer an unseren Wünschen orientiert. Dennoch sollten wir die gesamteuropäische Dimension ständig im Auge behalten.

Ich möchte noch ein paar Worte zu den Ausführungen von Herrn Biedenkopf sagen, mit dem ich in vielen Punkten übereinstimme, zum Beispiel, was er zur Frage des Eigentums gesagt hat. Indem man das Eigentum vergesellschaftet, erlangt man nicht zugleich eine Sozialbindung, wie sich bei uns gezeigt hat. Auch was das Verhältnis von staatlicher Normsetzung und marktwirtschaftlicher Entwicklung angeht, sehe ich Übereinstimmung.

Bei zwei Ihrer Formulierungen möchte ich jedoch Vorbehalte anbringen. Zum einen wende ich mich gegen eine etwas hehre Idealisierung, wenn Sie etwa meinen, die menschliche Gestaltung von Natur und Gesellschaft und ein entsprechender Wertkonsens seien nur für den Westen in Anspruch zu nehmen, während Sie die vierzigjährige Entwicklung in den osteuropäischen Staaten als Barbarei abqualifizieren. Gemessen an solchen Werten, haben Sie gesagt, habe Osteuropa gewissermaßen außerhalb der menschlichen Kultur gestanden.

Biedenkopf

Ich habe vom stalinistischen System gesprochen.

Schmidt

Über das stalinistische System muß man sicher diskutieren, aber man sollte die gesellschaftliche Entwicklung nie allein an Überbauelementen messen. Auf diese Weise würde man den gesamten Beitrag der östlichen Kultur negieren, etwa in der Literatur und Kunst, aber auch im Hinblick auf eine Geisteshaltung, die für die Entwicklung einer friedlichen demokratischen Revolution bestimmend gewesen ist. Das haben unsere Menschen ja nicht von irgendwelchen westlichen Politikern gelernt, sondern die geistigen Voraussetzungen dafür haben sich in unserer eigenen Gesellschaft entwickelt. Ich glaube, viele Menschen wären sehr verletzt, wenn man die Verhältnisse in unserem Lande insgesamt als barbarisch bezeichnen würde.

Sie haben dann im Zusammenhang mit der Umweltproblematik von Rebarbarisierungsgefahren auch im Westen gesprochen. Dieser Prozeß ist natürlich schon sehr weit vorgeschritten - wobei wir in der DDR keine Veranlassung haben, mit Steinen zu werfen; denn wir sitzen wahrlich im Glashaus. Aber die westliche Gesellschaft hat sicher in hohem Maße Anteil an der bestehenden Umweltgefährdung. Nach wie vor leben die westlichen Industriegesellschaften zu einem großen Teil auf Kosten der Millionen und Milliarden Menschen in der dritten Welt. Ist das etwa nicht barbarisch zu nennen? Ich denke auch an die Auswüchse der Drogengesellschaft, die heute weltweit bekämpft werden müssen. Derartige Entartungen sollten wir also nicht übersehen und uns vor neuen Legendenbildungen hüten.

Damit mache ich mich in keiner Weise zum Verteidiger eines stalinistisch deformierten Sozialismus und seines Überbaus. Was wir bisher unter Sozialismus verstanden haben, die bisherigen Formen und Methoden, ist gescheitert, aber damit höre ich nicht auf, an einen demokratischen Sozialismus zu glauben und mich für ihn einzusetzen.

Schließlich, Herr Biedenkopf, Sie sagen, die Blockbildung sei unhistorisch gewesen. Nun, dann müßten Sie vielleicht auch den Zweiten Weltkrieg als unhistorisch bezeichnen. Denn die Blockbildung war schließlich ein Ergebnis dieses Weltkrieges. Worum es heute geht, ist vielmehr, die überholte Blockbildung in ein gesamteuropäisches System einzubringen und die beiden Militärblöcke so

umzuwandeln, daß die politischen Rahmenbedingungen für eine gesamteuropäische Gestaltung ermöglicht werden. Wandel unter Wahrung der Stabilität zu erreichen, halte ich für die vordringliche Aufgabe.

Biedenkopf

Um gleich auf Ihren letzten Punkt einzugehen, Herr Schmidt: Ich habe gesagt, die Vorstellung, man könne durch die Blockbildung die europäische Ordnung auf Dauer stabilisieren, sei unhistorisch. Das halte ich nach wie vor für richtig. Das widerspricht der gesamten europäischen Geschichte; es ist im übrigen nicht das erste Mal, daß dies versucht wurde. Natürlich ist die Blockbildung als solche Teil der europäischen Geschichte, genauso wie der Zweite Weltkrieg. Beides waren Fehlentwicklungen.

Was die Barbarei betrifft, so habe ich Ihrem Einwand in meinem Referat ausdrücklich Rechnung getragen, indem ich zum Ausdruck brachte, die Substanz der europäischen Kultur hat sich in großartiger Weise darin gezeigt, daß es ihr möglich war, sich gegen das stalinistische System der Barbarei in friedlicher Weise durchzusetzen. Nur, Herr Schmidt: Wenn man diese Bedingungen europäischer Kultur in ihrer Vielfalt unter der Herrschaft des jetzt überwundenen Systems öffentlich äußerte, war das mit großen persönlichen Risiken verbunden. Die europäische kulturelle Substanz war in der Bevölkerung weiter vorhanden - das zeigte sich beispielsweise auch an der Unterdrückung wichtiger Kunstrichtungen, daran, daß eine bestimmte Literatur am Erscheinen gehindert wurde. Diese Dinge nicht zur Entfaltung kommen zu lassen, genau das ist Barbarei.

Voigt

Die Barbarei war in der europäischen Geschichte leider immer eine Option. Worauf es ankommt, ist, solche Elemente, die wir jetzt überwunden haben, nicht wieder zur Option werden zu lassen. Die Barbarei war auch nie eine Frage der Geographie. Die Stadt Frankfurt, wo ich heute meinen Wahlkreis habe, war 1938 barbarisch. Damals fanden Sozialdemokraten Zuflucht etwa in Prag, seinerzeit ein Hort der Demokratie und Freiheit. Das lag weiter östlich. Die Barbarei in Europa ist in den meisten Gesellschaften in Ost und West stets ein immanentes Problem gewesen. Das betraf nicht nur den Sozialismus, in welcher Form auch immer, sondern gleichermaßen den Kapitalismus, in welcher Form auch immer. Deshalb hilft hier Aufrechnung für die Vergangenheit sehr wenig.

Jetzt ein Wort zur Entspannungspolitik, deren erste Phase mit ihrer Politik der kleinen Schritte eine durchaus qualitative, das heißt eine revolutionäre Intention hatte. In der jetzigen zweiten Phase müssen wir versuchen, stufenweise Elemente der Reform in den revolutionären Prozeß einzubauen, damit dieser Prozeß nicht Destabilisierung und Chaos auslöst und damit von neuem Unfreiheit verursachen könnte.

Dabei sollten Erfahrungen der letzten Wochen festgehalten werden, weil durch sie Elemente der politischen Kultur deutlich geworden sind. Ich denke zum einen an die Friedfertigkeit, mit der die Veränderungen in Osteuropa, nicht überall, aber in den meisten Ländern, besonders in der Tschechoslowakei und in der DDR, vor sich gegangen sind. Diese Friedfertigkeit wurde symbolisiert durch Kirchen, Künstler und Kerzen, und das sind bessere Symbole als die Symbole der Bastille.

Ein zweites Element war das Spielerische; es wurde viel gesungen auf den öffentlichen Veranstaltungen von Künstlern, aber auch von den Massen selbst. Es wurde getanzt, zum Beispiel auf der Mauer, diesem schrecklichsten Symbol des kalten Krieges und der Nachkriegszeit. Es gab Konzerte in Berlin Ost und in Berlin West. Mit anderen Worten: Es wuchs Einheit von unten. Das Spielerische ist ein ganz wichtiges Element der politischen Kultur, das ich der Kultur der Bajonette der Französischen Revolution vorziehe.

Das dritte Element ist die Bedeutung des Wortes. Michail Gorbatschow ist ja in gewisser Weise ein kommunistischer Luther, ein Reformator, der zu den alten Quellen zurückkehren will, um Deformationen - damals der Kirche, heute des kommunistischen Systems - zu beseitigen, damit zugleich aber die Spaltung der Ideologie produziert, die er gar nicht beabsichtigt hat. Das Wort spielt jedenfalls eine große Rolle bei der Erneuerung der kommunistischen Bewegung, beispielsweise beim Dialog mit der Opposition und bei der Transformation der Macht. Die Politik des runden Tisches, des Dialogs ist ein Element der machtpolitischen Transformation durch das Wort, durch Aufrufe, durch Flugblätter und nicht durch bewaffnete Gewalt. Das Wort hat Waffen besiegt und nicht umgekehrt. Das ist zum ersten Mal in dieser Form in der europäischen Geschichte geschehen. Ich halte es für eine der ganz großen Errungenschaften der politischen Kultur, und ich hoffe, daß sie bewahrt wird.

Ich hoffe das nicht zuletzt deshalb, weil es auch andere Komponenten gibt, sowohl bei der Opposition wie bei der Regierung. Bei der Regierung zum Beispiel bereitet mir die Art und Weise, wie jetzt mehr

oder weniger einstimmig Verfassungsänderungen beschlossen werden, Probleme. Das gleiche ist der Fall, wenn ich sehe, wie ehemals führende Repräsentanten in der SED behandelt werden. Ich habe Honecker nie für einen heimlichen Sozialdemokraten gehalten; aber ich würde ihn nicht ins Gefängnis stecken. Man sollte nicht das Undemokratische und Unmenschliche an Strukturen in Gesellschaftssystemen dadurch versuchen zu entsorgen, daß man es jetzt auf einzelne Personen ablädt. Demokratische Kultur muß sich auch bewähren in der Art und Weise, wie man mit seinen ehemaligen Führern umgeht. Man darf sie nicht zu Unpersonen werden lassen. Ich denke noch mit Schrecken daran, wie damals Ulbricht plötzlich zu einer Unperson wurde; ich hoffe nicht, daß Leute wie Honecker jetzt in der gleichen Weise oder noch schlimmer behandelt werden.

Bei allem, was sie falsch gemacht haben: Das haben viele seit langem gewußt; es war nicht ein Problem nur dieser Personen, sondern des Systems. Worauf es ankommt, ist, daß man versucht, die Strukturen zu verändern, aber die Fehler des Systems nicht auf Personen abzuladen, sondern mit diesen in einer Weise umzugehen, die rechtsstaatlichen und auch rein menschlichen Kriterien entspricht. So wie sich der Stalinismus früher gegenüber den Oppositionellen unmenschlich und entwürdigend verhalten hat, sollte man jetzt nicht mit den Repräsentanten des Systems umgehen.

Ich hoffe, die Opposition in diesen Ländern wird die Kraft finden, mit den ehemaligen Kadern der kommunistischen Parteien nicht im Haß abzurechnen und an ihnen Rache zu nehmen. So wichtig es ist, Wendehälsen gegenüber kritisch zu sein, muß man auch eine gewisse Lernbereitschaft akzeptieren. Und schließlich wurde in der christlichen Tradition ja auch respektiert, daß aus Saulus Paulus wurde, ohne daß man dies als Opportunismus brandmarkte. Natürlich gibt es auch solchen Opportunismus, aber es gibt genauso Demokraten innerhalb der bestehenden Machtapparate, die bereits intern Alternativpläne entworfen haben, bevor die Wende offiziell wurde. Ich warne also davor, Rache zu nehmen.

Ein viertes Element möchte ich umschreiben mit: Die Nationen als Grundlage, Europa als Hoffnung. Überall in Osteuropa ist diese europäische Hoffnung proklamiert worden. Darin sehe ich eine große Chance. Das erinnert mich übrigens an das Hambacher Fest 1832 in Deutschland, als neben der Fahne Schwarz-Rot-Gold, die die beiden deutschen Staaten heute verbindet, die französische und die polnische Fahne gezeigt wurden. Heute würde auch die europäische Fahne dabei sein. Es gab also schon im vorigen Jahrhundert in den Nationalbewegungen ein Element des Pro-Europäischen. Nur wenn wir dieses pro-europäische Element bewahren, werden wir verhindern können, daß die Emanzipation der Nationen wieder in den alten Konkurrenzkampf der Nationalismen entartet, mit all den Deformationen, die sich daraus ergeben, an Gefahren, nicht nur für den Frieden, sondern auch für die Freiheit. Deshalb ist die Integration der nationalen Emanzipationsprozesse in die europäische Struktur für mich eine der Kernaufgaben der Politik in Ost und West.

Was bedeutet all das für Deutschland? Ich halte es für bemerkenswert, daß in der Deutschen Demokratischen Republik bisher kaum nationale Symbole gezeigt wurden, anders als in der Tschechoslowakei, in Ungarn oder in Polen, selbst als in der Sowjetunion. Dennoch ist die nationale Frage zwischen den beiden deutschen Staaten ein schwerwiegenderes Problem für die Struktur in Europa als die Nationalismen in allen anderen Staaten. Dieses Problem ist bisher nicht gelöst.

Ich meine, es besteht ein Bedürfnis der Menschen nach einem wachsenden Miteinander der beiden deutschen Staaten, und jede Politik, die dem nicht Rechnung trägt, wird dazu beitragen, daß sich dieses nationale Bedürfnis in einem neuen Nationalismus niederschlägt.

Wenn man das vermeiden will, muß man Verfahren entwickeln, um die nationalen Bedürfnisse mit europäischen Strukturen stufenweise in Einklang zu bringen. Das kann als eine Stufe eine Vertragsgemeinschaft sein, aber auch eine Konföderation. Ich schließe auch bundesstaatliche Lösungen nicht aus. Aber wer bundesstaatliche Lösungen anstrebt, der muß die Bündnisse überwinden wollen. Ich will das. Das stellt die Frage nach der europäischen Friedensordnung.

Ich bin für einen deutschen Bund, nicht für ein deutsches Reich. Dieser deutsche Bund, der die beiden deutschen Staaten umfaßt, kann aber nur das Ergebnis eines Prozesses sein. Worauf es entscheidend ankommt, ist, nicht das Ergebnis dieses Prozesses ein für allemal festzulegen, sondern im Prinzip alles zuzulassen, was die Bevölkerung will. Aber dieser Prozeß muß sich friedlich und in Stufen vollziehen in der Erkenntnis, daß die Deutschen nur an Einheit gewinnen können, wenn damit zugleich die europäische Einheit gefördert und der Friede gewahrt wird.

Mit anderen Worten: Es geht nicht um die Rückkehr zum klassischen Nationalstaat. Das wäre eine völlig falsche Alternative. Der Europarat beispielsweise kann ja durchaus zu einem gesamteuropäischen Parlament werden, wenn sich die EG etwa für osteuropäische Staaten öffnet. Auch in der Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Rechtsordnung oder in einer

Umweltschutzordnung ist so etwas angelegt. Wenn wir es schaffen, die früheren Nationalstaaten in ein gesamteuropäisches Geflecht von Institutionen, Verträgen und Interessen einzubetten, werden diese Nationalstaaten erst relativiert und dann überwunden werden. Dann ist es letzten Endes gleichgültig, ob die beiden deutschen Staaten eine Konföderation oder einen Bundesstaat bilden.

Wenn die Deutschen begreifen, daß der klassische Nationalstaat keine Zukunft mehr hat, werden sie ihr Zusammenwachsen so organisieren, daß die konkreten Probleme der Menschen in beiden deutschen Staaten besser gelöst werden und zugleich die anderen osteuropäischen Staaten näher an Europa heranrücken können. In dem Falle würde das deutsch-deutsche Zusammenwachsen Teil eines gesamteuropäischen Prozesses werden, anders als 1871. Insofern liegt die Zukunft der Deutschen in den vereinigten Staaten von Europa.

Fohrbeck

Leider ist der Verzicht auf die Nationalstaatlichkeit, also das, was Herr Biedenkopf und Herr Voigt hier vorgetragen haben, keineswegs Allgemeingut deutscher Politiker, nicht einmal in ihren eigenen Parteien. Im allgemeinen denken Politiker im Wahltakt von Vierjahreszeiträumen und haben überhaupt noch kein Konzept, wie die Nationalstaatlichkeit überwunden werden kann.

Um noch einmal auf die Barbarei zurückzukommen: Auch ausbeuten kann man auf kultivierte und auf barbarische Weise. Und schon die alten Griechen bezeichneten als Barbaren immer diejenigen, die nicht zu ihnen gehörten, die Fremden, die anderen, die man nur von außen sieht.

Ich meine, daß die Systeme in Ost- und Westeuropa im Grunde aus dem gleichen kulturellen Humus stammen und sich beide zu einem gewissen Extrem entwickelt haben. Auch der sozialistische Grundgedanke kommt unabweislich aus dem europäischen Wertehumus, und im Westen spielt er ja ebenfalls eine gewisse Rolle. Ich denke nur an den Versuch, in der Bundesrepublik eine Ordnungswirtschaft mit starker sozialer Komponente aufzubauen, während andere europäische Staaten vielleicht ein mehr liberalistisches, ellenbogenhafteres Konzept verfolgen. Herr Biedenkopf sprach ja davon, daß wir auch im Westen unterschiedliche Modelle haben.

Ebenso habe ich zur Blockbildung so meine eigenen Ansichten. Ob man es nun historisch nennt oder nicht, die europäische Geschichte ist gekennzeichnet durch den ständigen Wechsel von Blockbildungen, ob es sich dabei um Heilige Römische Reiche oder um andere imperialistische Totalitarismen handelte. Aber die Blöcke zerfallen wieder, und die Lebendigkeit der vielen Regionalismen tritt zutage. Und europäische Politik versucht, zwischen Blockbildung und Auflösung der Blöcke die Balance zu halten.

Auch im Augenblick findet Blockbildung statt; ich denke nur an die Malta-Konferenz, wo es der Sowjetunion und den USA nicht zuletzt um eine gemeinsame wirtschaftliche Blockbildung gegenüber Südostasien geht. Die Frage ist, ob dies unwidersprochen bleibt. Auch die EG betreibt Blockbildung, wiewohl weniger unter klassischen staatspolitischen Gesichtspunkten als im Sinne wirtschaftlicher Konfrontation. Auch da ist Blockbildung am Werke, die durchaus eine Bedrohung etwa für ein Osteuropa darstellt, das im Augenblick über keinen entsprechenden Zusammenhalt verfügt.

Wie steht es um die europäische Kultur, die in unserem Thema beschworen wird? Als Direktorin eines unabhängigen Zentrums für Kulturforschung habe ich in den letzten 20 Jahren die Erfahrung gemacht, daß Kultur durchaus nicht so selbstverständlich der Humus ist, wie das hier offenbar vorausgesetzt wird, sondern man muß für die kulturelle Entwicklung doch recht viel tun.

Und auch bei den Eingangsreden hatte ich eher den Eindruck eines Schauspiels, bald Komödie, bald Tragödie. Herr Komárek bittet als Vater einer armen Familie für seine Kinder; er geht zum Großmogul, Herrn Biedenkopf, und erzählt ihm, daß er trotz seiner relativen Armut noch manches zu bieten hat. Schließlich sei es um die Wirtschaft seines Hauses nicht gar so schlecht bestellt; man könne damit leben. Der Großmogul aus dem freien Westen ist sehr gnädig; er idealisiert sich selbst und sagt, bei uns sei alles so wunderbar in Ordnung. Und wenn der Bittsteller nur ein paar von unseren Wertbedingungen annähme und von der bisherigen Barbarei ablasse, wären wir auch bereit, etwas von unserem Reichtum abzugeben.

Von Opfermut oder gar von geistigen Auseinandersetzungen, wie es noch bei Herrn Körber anklang, war da nicht die Rede. Im Gegenteil, Kultur wird als Art Schmierseife betrachtet, ein Humus, ein Mist, der nicht stinkt und auch nicht beunruhigt, sondern in Denkmalschutz eingehüllt die ewigen Werte für uns alle beinhaltet.

Bei unseren Parteien jedenfalls gehört Kulturpolitik noch nicht sehr lange zum Vokabular. Dabei sollte man nicht übersehen, daß der Denkmalschutz in Osteuropa eine ganz wichtige Rolle im Hinblick auf die Zugehörigkeit zu einem Gesamteuropa spielte. Dies hat auch geistige Wirkungen gehabt.

Normalerweise aber benutzt die Politik, speziell die Außenpolitik, Kultur, um es noch einmal böse zu sagen, eher als Schmierseife, ohne die politischen Implikationen von Kultur zu beachten. Es ist schon ein Fortschritt, daß in Ost und West überall von Kultur und Ökonomie geredet wird. Allmählich hat man begriffen, daß Kultur auch einen beträchtlichen Wirtschaftsfaktor darstellt mit interessanten Wachstumsraten, wenn ich etwa an Buchmärkte, Medien- oder Musikindustrie denke, wichtige Bereiche unserer friedlichen Volkswirtschaften. Immerhin erkennt man, in welchem Maße Kultur die Basis für die Konsumgüterindustrie ist, daß kulturelle Differenzierungen auch für den Markt wichtig sind. In der Mode wird das am deutlichsten - und wo spielen Moden bei den Konsumgütern keine Rolle?

Das alles ist in gewissem Maße ein Fortschritt, weil auf diese Weise Kultur Eingang gefunden hat in die politische und wirtschaftliche Sprache. Zugleich erfährt die kulturelle Dimension damit aber auch eine Eingrenzung, die sich auch im Geistigen auswirkt. Die vielen politischen Auseinandersetzungen, die ich im Europarat und in der Ost-West-Zusammenarbeit und auch mit der dritten Welt erlebe, machen eines sehr deutlich, nämlich das Gefälle zwischen der geistigen Basis, auf der Kultur beruht, und der rein materialistischen Verwertung von Kultur.

Welcher Politiker macht sich denn klar, daß es auch Rückschritte gibt? Die Auflösung von Nationalstaaten ist ja nicht nur als Fortschritt gesehen worden, als etwa in der Bretagne der keltische Geist und in Nordspanien der gotische oder maurische Geist wieder lebendig wurde oder als Belgien in drei Teile "zerfiel". Der "Iranschock" ist immer noch nicht verdaut, weil man angeblich nicht verstehen kann, wie ein Rückfall in solche Barbarei möglich war. Daß hier ein Volk seine Seele verkaufte und geistig nichts mehr zu bieten hatte, wird nicht begriffen - einmal abgesehen von dem üblichen Marionettenspiel, daß der CIA halt glaubte, einen Khomeini leichter kontrollieren zu können als eine Vielfalt von demokratischen und kommunistischen Parteien.

Diesen Aspekt von Kultur, der immer auch Sprengstoff für die Politik ist, sollten wir nicht unterschätzen. Dabei meine ich nicht nur den Einzelmenschen, der auf seiner Subjektivität beharrt und nicht unbedingt Parteimitglied sein will und gewissermaßen sein eigener Grashalm in Beton ist; ich denke auch an regionalistische, ethnische, religiöse, frauenspezifische und wer weiß welche Gruppierungen, die aufgrund ihres kulturellen Selbstbewußtseins eigene Ansprüche in Politik und Wirtschaft hineinragen und die Blockbildung unterlaufen.

Von daher würde ich es für wichtig halten, über einen europäischen Föderalismus nachzudenken, bei dem die Nationalstaaten nur noch eine Form unter anderen sind und beispielsweise die Ansprüche bestimmter Kulturkreise zur Geltung kommen. Das "Leben mit der Vielfalt" ist auch für uns im Westen nicht selbstverständlich. Es mag ja sein, daß wir unsere sozialen Probleme materiell weitgehend unter Kontrolle gebracht haben, aber unter spirituellen Gesichtspunkten kann überhaupt keine Rede davon sein. Denken Sie nur daran, in welchem Maße bei uns der Arbeitsbegriff ins Schleudern gekommen ist. Das ist nicht nur eine Folge der Strukturveränderungen und der technologischen Entwicklung, sondern hängt auch eng mit Wertfragen zusammen, die sich der einzelne stellt. Wir sind also keineswegs das ideale System, in das der Osten nur hineinzuwachsen brauchte. Auch wir haben enorme Balanceprobleme.

Ich will nicht verkennen, daß die ganze Ost-West-Diskussion, die wir im Augenblick führen, voraussetzt, daß Gorbatschow am Ruder bleibt. In Rußland, in der Sowjetunion hat es doch immer auch die asiatische Seite gegeben. Und das Pendel dort schlägt sehr viel stärker aus, als wenn sich bei uns CDU und SPD abwechseln.

Heigert

Ich möchte noch einmal daran erinnern, Frau Fohrbeck, daß ich vorhin Politik als einen Teil der Kultur bezeichnet habe und nicht umgekehrt. Von daher bin ich auch der Meinung, daß man das Spirituelle nicht kontrollieren kann und es auch nicht sollte.

Markiewicz

Wir sollten uns keine Illusionen darüber machen, daß es gelingen könnte - wie es bei beiden Referenten anklang;-), eine gemeinsame europäische Kultur zu entwickeln und einen gemeinsamen Wertkonsens zu begründen, der überall gleichermaßen akzeptiert wird.

Was die Möglichkeit eines europäischen Wertkonsenses angeht, hat sich in Polen eine rege Diskussion mit zwei sehr gegensätzlichen Standpunkten entwickelt. Auf der einen Seite äußerten sich die Skeptiker und Pessimisten, unter ihnen der gegenwärtig bedeutendste polnische Soziologe, Jan Stepanski. Sie vertreten die Überzeugung, daß Europa sein ökonomisches, kulturelles und moralisches Potential endgültig erschöpft hat und über nichts mehr verfügt, was es der Welt, die nach neuen Entwicklungswegen sucht, anzubieten hätte. Europa verläßt schmachvoll die historische Bühne; denn künftige Generationen, vor allem in der dritten Welt, werden die Europäer immer mit den beiden durch sie hervorgerufenen Weltkriegen, dem Kolonialismus, dem faschistischen Völkermord und mit anderen Schandtaten identifizieren.

Was den Stalinismus betrifft, so fällt es schwer zu sagen, ob er ein Produkt der europäischen oder der asiatisch-byzantinischen Kultur ist oder das Kind einer unglücklichen Mischehe. Die europäische Identität, so die Pessimisten, läßt sich nicht erneuern, denn Europa hat seine politische, wirtschaftliche, militärische und auch kulturelle Unabhängigkeit verloren, und zwar zugunsten der Supermächte, die über alles, was auf unserem Kontinent geschieht, tatsächlich entscheiden.

Nun, ich teile diese Ansicht nicht; denn ich bin ein Optimist. Aber in den pessimistischen Urteilen, die wir auch hier gehört haben, drückt sich eine Warnung aus, die wir nicht unbeachtet lassen sollten. Ich meine die Entwicklung einer neuen Form von Eurozentrismus, die mit Recht kritisiert wird.

Mit einer zweiten Bemerkung knüpfe ich an Herrn Voigt und Herrn Biedenkopf an. Ich sehe ein grundsätzliches Hindernis für die politisch-wirtschaftliche und moralischkulturelle Integration Europas in dem nach wie vor bestehenden nationalen Partikularismus. Eine Reihe westlicher Intellektueller und Politiker, die von den unbestreitbaren Fortschritten der westeuropäischen Integration fasziniert sind, haben meiner Meinung nach zu schnell die These verkündet, daß die nationale Ära in der Geschichte der Menschheit endgültig der Vergangenheit angehöre. Auch marxistische Orthodoxe haben sich Gedanken darüber gemacht, wann die Völker, die doch das Produkt der Epoche des Kapitalismus seien, endlich in einer großen sozialistischen Gesellschaft aufgehen.

Tatsächlich aber bestimmt die nationale Phase auch weiterhin das politische, gesellschaftliche und kulturelle Leben in Europa. Wir sehen doch, daß die Perestroika in der Sowjetunion von einer neuen Welle des Nationalismus, ja sogar des Chauvinismus begleitet wird. Und mit großer Sorge beobachte ich die nationale antipolnische Welle in der DDR. Auch in Polen können wir - im Rahmen der sogenannten Revolution Anzeichen einer neuen nationalistischen Welle erkennen. Ich meine, diese Entwicklung sollten wir nicht unterschätzen.

Spáčil

Der christliche Glaube hat in seiner Geschichte eine lange Etappe der Barbarei, von Inquisition, Kriegen und anderen tragischen Ereignissen überlebt und sich wieder gefestigt. Warum sollte nicht ebenso der sozialistische Glaube die schwierigen Zeiten, die er jetzt durchmacht, überleben und sich erneuern können?

Ich möchte zunächst auf einige Themen von Herrn Komarek eingehen, dem ich in einigen Punkten zustimme, in anderen jedoch nicht, und die interessieren mich besonders als Kommunisten und Sozialisten. Ist die sozialistische, die kommunistische Idee wirklich antihuman? Ich meine, nein. Die Interpretation dieser Idee, die Teilinterpretation, war antihuman und hat die Idee diskreditiert.

Lassen Sie mich dazu eine Autorität zitieren, die auch in dieser Gesellschaft anerkannt wird, nämlich Gorbatschow, der in einer seiner letzten Reden gesagt hat: Die Idee des Sozialismus hat eine lange Tradition. Jahrhundertlang beseelte sie soziale, aber auch revolutionäre Bewegungen. Marx und Engels, die von der sozialistischen Idee tief durchdrungen waren, haben sie von ihrem utopischen und spekulativen Charakter befreit, indem sie den wissenschaftlichen Sozialismus ausgearbeitet haben, der die Entwicklung der Zivilisation und die schöpferische Tätigkeit der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen als ein gesetzmäßiges Ergebnis darstellt. Und Gorbatschow fährt fort: Eine solche Auffassung von der sozialistischen Idee stellt den höchsten sozialen und geistigen Wert dar. Im Mittelpunkt dieser Idee befindet sich der Mensch, seine aüseitige intellektuelle, moralische und soziale Entwicklung in der Gesellschaft, befreit von Ausbeutung und Unterdrückung.

Das zu erreichen, ist uns vorläufig nicht gelungen. Darüber hat auch Herr Komarek gesprochen, aber er hat die Dinge, vor allem was die Entwicklung in der Tschechoslowakischen Republik angeht, die Ursachen der Krise, meiner Meinung nach zu einseitig, zu theoretisch dargestellt und macht sich, was den Westen angeht, wohl auch einige Illusionen. Natürlich haben wir vieles falsch gemacht; natürlich wurde die Macht mißbraucht, und es gab eine Mafia der Macht. Aber ich habe zu lange im Westen

gelebt, um nicht zu wissen, daß es auch dort eine Mafia der Macht gibt, daß es auch bei Ihnen große Probleme gibt, die sich katastrophal auswirken können.

Ich bin auch nicht damit einverstanden, daß alles, was wir in den vergangenen 40 Jahren gemacht haben, falsch gewesen ist und einfach als Barbarei, als eine Zeit der Finsternis abgetan werden kann. Herr Komárek hat gestern bei anderer Gelegenheit sogar davon gesprochen, daß diese Zeit bei uns mit dem Spanien Francos, also mit einem faschistischen oder halbfaschistischen Regime, gleichgesetzt werden kann. Dagegen muß ich mich verwahren; denn ich fühle mich als Repräsentant eines Volkes, das sich zwar vielen Problemen gegenüber sieht, das aber auch stolz darauf ist, was es geleistet hat. Und wir haben doch etwas geleistet.

Wir müssen die Entwicklung bei uns auch im Kontext der weltweiten Entwicklung sehen - bei all dem, was wir selbst dazu beigetragen haben, bei aller Schuld der stalinistischen Politik. Aber der kalte Krieg war nicht nur eine Erfindung des Ostens. Jetzt geht es um Wiedergutmachung, um die Lage zu verbessern. Und da möchte ich noch einmal Gorbatschow zitieren: Jetzt steht uns die schwierige Aufgabe bevor, die Autorität der marxistischen Philosophie, der marxistischen Auffassung der Wirklichkeit zu erneuern. Und dann spricht er davon, daß der Sozialismus sich seiner selbst bewußt werden müßte im Einklang mit der tiefen Bedeutung, die ihm zukommt für die heutige Entwicklungsphase der menschlichen Zivilisation.

Das steht auch im Zusammenhang mit dem, was Gorbatschow an einer anderen Stelle sagt: daß nämlich der Sozialismus in seinen verschiedenen Ausformungen so vielfältig ist wie das Leben selbst. Dazu hat er selbst durch sein neues Denken den entscheidenden Impuls gegeben. Dabei geht es nicht nur um die Lösung bestimmter ökonomischer, nationaler, politischer Fragen durch ein neues Herangehen an die Dinge, sondern zugleich auch um die Vision einer neuen Welt am Ende dieses Jahrhunderts, wobei die allgemein-menschlichen Ideen und Ziele den Vorrang haben müssen. Aber ich stimme Herrn Komárek zu: Ob wir den Weg eines erneuerten, eines wirklich kreativen Sozialismus oder einen anderen Weg einschlagen werden, hängt einzig und allein vom Willen des Volkes ab. Und diesen Willen muß das Volk in den bevorstehenden freien Wahlen bei uns zum Ausdruck bringen.

Ich kehre noch einmal zu meiner Anfangsbemerkung zurück. Die katholische Kirche hat aus all den Tragödien, Kriegen und ihrer ganzen Geschichte ihre Lehre gezogen. Auch wir Sozialisten müssen unsere Lehre aus dem, was geschehen ist, ziehen. Dann wird die Idee des Sozialismus eine Chance haben und sich behaupten können. Aber wir können diesen Weg nicht alleine gehen, sondern müssen dabei den europäischen Kontext beachten. Und dazu brauchen wir auch die Hilfe des Westens. Das ist weniger eine Frage von Krediten und materieller Unterstützung, sondern dieses neue Denken, die Vision von einer neuen Welt, können wir nur gemeinsam angehen. Denn die Kernfragen des Überlebens auf dieser Erde sind allgemein-menschlicher Natur angesichts einer drohenden Nuklearkatastrophe, angesichts einer drohenden ökologischen Katastrophe und angesichts einer drohenden Hungerkatastrophe im Süden. Wichtig ist, daß sich auch bei Ihnen im Westen diese neuen Ideen durchsetzen.

Komárek

Ich möchte gleich auf Herrn Spáèil eingehen. Wir beide haben übrigens zur gleichen Zeit, und zwar gemeinsam mit Michail Gorbatschow, in Moskau Marxismus-Leninismus studiert, auch wenn wir darüber sehr unterschiedliche Ansichten vertreten. Aber ich schätze Herrn Spáèil und möchte ihm deshalb ohne Emotionen und mit Respekt antworten.

Ich meine, wir sollten uns schon darum bemühen, theoretische und politische Konzeptionen und ihre Ausprägung in bestimmten politischen Systemen klar zu unterscheiden. Wenn ich das kommunistische System verurteile als ein System, das von den Grundwerten der Zivilisation abgewichen ist, vor allem von der pluralistischen Demokratie und vom marktwirtschaftlichen System, dann sehe ich das einmal unabhängig von den Beweggründen der Individuen, welche Vorstellungen, Wünsche, Leistungen sie in diesen Rahmen eingebracht haben. Wir kommen um die Tatsache nicht herum, daß dieses kommunistische System in der konkreten historischen Ausprägung zuerst in der Sowjetunion und später in Osteuropa falsch war. Damit bestreite ich ja nicht - ich habe das vorhin erwähnt -, daß die Menschen, die in diesem System lebten, ihren ganz natürlichen Beschäftigungen nachgingen, einander liebten, Bücher lasen, studierten und so weiter. Und insofern hat auch die Aussage von Dusan Spáèil eine gewisse Berechtigung, daß man sich nicht für alles schämen muß, was hier geleistet wurde.

Aber hier begeht er einen methodischen Fehler; denn er stellt es so dar, als habe quasi das System diese Dinge geleistet. In diesem System wurde uns das Gefühl vermittelt: Alles hat die Partei gemacht - sie hat uns ernährt, sie hat uns gekleidet, hat für uns gedacht. Aber das war nur die Fassade des

Systems. Das einzige, was die Partei wirklich getan hat: Sie hat uns kontrolliert, und zwar sehr konsequent. Alles andere haben die Menschen selbst getan: sich ernährt, Kulturwerte geschaffen; unsere Schauspieler haben gutes Theater gespielt, unsere Studenten haben studiert und so weiter. Also zwischen dem, was die Menschen geleistet haben, und dem System besteht keine Identität. Die Vergangenheit des Systems und die Vergangenheit des Volkes, der Menschen unterscheiden sich grundlegend voneinander.

Ich würde mich auch nicht auf die Argumente von Herrn Gorbatschow berufen. Ich schätze ihn wirklich sehr, aber in einer ganzen Reihe von Grundsatzfragen bin ich anderer Meinung als er. Gorbatschow geht es nach wie vor um eine Renaissance des Sozialismus. Seine Konzeption hat große sozialistische Ambitionen, insbesondere will er die führende Rolle der kommunistischen Partei aufrechterhalten, die er bisher noch nicht einmal reformiert hat. Das mag unter den gegenwärtigen Bedingungen des russischen Imperiums möglicherweise vernünftig sein, aber daraus läßt sich keinesfalls eine allgemeinverbindliche Theorie ableiten. Das wäre völlig sinnlos. Wenn Herr Gorbatschow davon spricht, die Partei zu erhalten und einen Kompromiß zwischen dem bisherigen und einem neuen Modell des Sozialismus einzugehen, dann ist das vielleicht eine interessante politische Überlegung, aber es gibt überhaupt keinen Grund, den hier vorgebrachten Zitaten eine Reverenz zu erweisen und unsere Vorstellungen vom bisherigen westeuropäischen Sozialismus und Liberalismus grundsätzlich zu ändern.

Ich glaube nicht, daß eine Erneuerung der marxistischen Theorie möglich ist. Lassen Sie mich das als Kenner des Marxismus/Sozialismus deutlich sagen. Zunächst: Die Theorie von Friedrich Engels ist so voller Irrtümer, daß sie einem totalen Irrtum sehr nahekommt. Wie soll man ernst nehmen, wenn jemand glaubt, daß der Mensch vom Affen abstammt, der Bananen vom Baum pflückte und sich dadurch aufrichtete; durch die Interaktion von Hirn und Hand habe sich nach und nach das menschliche Hirn herausgebildet, und das Bedürfnis zu sprechen habe zur Herausbildung der Sprache geführt. Oder denken Sie an Engels' Dialektik der Natur oder an seinen Anti-Dühring. Das alles spielt sich doch auf dem Niveau der Mittelschulphysik und -chemie des 19. Jahrhunderts ab. Das hat mit Wissenschaft überhaupt nichts zu tun.

Genauso kann man anzweifeln, wie Marx Hegels Dialektik vom Kopf auf die Füße gestellt hat. Wir wissen heute, daß man Hegels Dialektik, auch was seine großen philosophischen Gedanken angeht, eine mathematisierte Logik entgegenstellen und die Dialektik überwinden könnte.

Aber nehmen wir Marx selbst. Seine Theorie der Revolution gründet auf seinem Schema der Reproduktion, wobei Marx nur zwei Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion kennt, während er den tertiären Bereich überhaupt nicht in Rechnung stellt. Die Veränderungen der organischen Struktur des Kapitals führen zu einer Verringerung der Lohnquote mit der Konsequenz eines automatischen Anwachsens der Armee der Arbeitslosen. Danach erfolgt die absolute Verarmung der Werktätigen, und die Zeit der Revolution reift heran. Nach dieser Theorie müßte der heutige westdeutsche Arbeiter, der in seinem Mittelklassewagen fährt, viel schlechter leben als zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Auch Marx' Vision eines Sozialismus ohne Geld, ohne Markt, ohne funktionierendes Wertgesetz und so weiter - das alles bedarf doch keines Kommentars mehr.

Die ganze Konzeption des Kommunismus, einschließlich des Gothaer Programms, also die Vorstellung, in der ersten Phase werde jeder nach seinen Verdiensten und in der zweiten Phase nach seinen Bedürfnissen entlohnt, glaubt doch heute niemand mehr in Europa. Und nicht nur das: Für niemanden sind solche Überlegungen von Nutzen. Dem Menschen genügt der Markt und ein reichhaltiges Angebot. Er braucht niemanden, der ihm etwas zuteilt. In einer modernen Gesellschaft ist so etwas überhaupt nicht notwendig.

Ich meine, Marx' Theorie, besonders die politische Ökonomie und Politologie des Sozialismus, also das, was in hohen Buchauflagen in der Sowjetunion und bei uns auf den Markt geworfen wurde, wurde durch die reale Geschichte längst überholt. Das kann vielleicht noch eine interessante Diskussion unter Geschichtstheoretikern auslösen, so wie man heute über Aristoteles oder über Plato spricht. Aber daraus eine Wissenschaft aller Wissenschaften machen zu wollen und nach ihrer großen Renaissance zu rufen, das widerspricht allen Erkenntnissen moderner Philosophie, Wissenschaft und Kultur.

Heigert

Wenn ich mich richtig erinnere, hat Marx von sich selbst seinerzeit gesagt, er sei kein Marxist. So gern, wie ich dieser innermarxistischen Diskussion weiter zuhören möchte, wir werden wohl kaum erfahren, ob das System von allem Anfang falsch war oder nur die Durchführung.

Kiss

Im Zeitalter des technologie- und forschungsintensiven Wachstums beruht die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes beziehungsweise der Standortvorteil einer bestimmten Region ganz wesentlich auf dem Zustand des Humankapitals. Das ist allgemein bekannt. Unsere Erfahrungen in Ungarn während der stalinistisch und poststalinistisch geprägten Phase besagen, daß das Humankapital unter den Bedingungen einer paternalistischen Diktatur, die mit dem Mangel an politischer Kultur im Bereich der Demokratie einherging, weitgehend verschwendet wurde. Der Rückentwicklung im Bereich der Wirtschaft entsprach eine Rückentwicklung in der Kultur und im Bildungssystem. Die sanfte Revolution, die in Ost-Mitteleuropa vor sich geht, hat auch das Ziel, den politischen und sozialen Stellenwert des Humankapitals wiederherzustellen.

Ein wichtiger Faktor der Humankapitalbildung ist die Intensivierung der Ost-West-Beziehungen, und in diesem Bereich würde ich den grenzüberschreitenden Aktivitäten in grenznahen Regionen, zwischen Gemeinden und Städten und in den größeren Regionen, aber unterhalb der Ebene der Bundesländer eine große Bedeutung beimessen. Durch Austausch und Zusammenarbeit können in dieser Hinsicht die Antriebskräfte freigelegt werden, um den großen Verlust an Humankapital in Mitteleuropa zu kompensieren. Das ist nicht nur eine Folge des Zweiten Weltkrieges, sondern hatte seine Ursache insbesondere in der Nachkriegsentwicklung. Mitteleuropa ist heute eine Krisenregion, deren Wiederaufbau ohne eine Mobilisierung des Humankapitals nicht denkbar ist.

Was die europäische Kultur angeht, so bedeutet sie für mich Einheit in der Vielfalt. Europa war immer eine differenzierte Einheit der unterschiedlichsten politischen und geoökonomischen Regionen. Unsere Aufgabe besteht unter anderem darin, diese Vielfalt auch in Zukunft zu bewahren. Dabei spielen die nationalen Minderheiten in dieser Region eine immer größere Rolle, um die Kultur mitzugestalten. Darüber hinaus sind diese Minderheiten auch wichtig im Bereich der grenzüberschreitenden Aktivitäten.

Filipec

Ich möchte mich einigen Fragen der gemeinsamen europäischen Kultur zuwenden. Aus tschechischer Sicht würde ich Perspektiven der europäischen Kultur für meine Nation wie folgt charakterisieren: "Je suis mon passé"; es gibt keine Zukunft ohne Vergangenheit. In unserem Lande, dieser geometrischen Mitte Europas, entstanden schon vor Jahrhunderten Werte von Weltniveau. Aber das sagt fast jedes Volk über sich selbst; deshalb ist eine solche Feststellung ebenso bedeutsam wie allgemeingültig.

Doch es gibt hier ein Spezifikum: Das tschechische Volk zeichnet sich in besonderem Maße durch seine Initiativen zur Antizipation, zur Vorwegnahme bestimmter Entwicklungen aus. Dafür wird es seit der Zeit des Johannes Hus bis hin zum 21. August 1968 ständig niedergebeugt. Damit hängt bei den Tschechen sowohl das Pathos begeisterter Aufbrüche als auch die darauffolgende Resignation zusammen. Das hat sich auch in einigen Zügen des tschechischen Nationalcharakters, der schwejskischen Tendenz zum: "Das braucht Ruhe", ausgeprägt, dem Komplex des sogenannten kleinen tschechischen Menschen. Das ist sicherlich auch die Ursache für diese eigenartige, recht widrige Art von Konformismus, der allerdings immer wieder über sich hinauswächst, wenn es um die Realisierung des uralten tschechischen Traumes von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit geht. Das erleben wir gerade in diesen Tagen und gestalten es mit. Es ist doch ein merkwürdiges Zeichen einer ursprünglichen Kraft, wenn junge Leute, die überwiegend in entfremdeten Strukturen gelebt haben, plötzlich eine demokratische Initiative erbringen, die fast wie durch ein politisches Gen entfesselt zu sein scheint.

Das Herz Europas zu sein, heißt bekanntlich, permanent aus allen Weltrichtungen zertreten zu werden. Der Vater der Nation, Palacký, und ihr, wie man so sagt, "Väterchen" Masaryk sahen die Hauptgefahr für die Tschechen in den Deutschen. Masaryk sprach wörtlich von der Drohung des Pangermanismus. Zwei Weltkriege gaben ihm recht. Und die Freiheit für die Tschechoslowakei kam zuletzt als Folge des Zweiten Weltkrieges in entscheidender Weise aus dem Osten. Aber der Osten, das war zugleich das von Stalin und Breschnew repräsentierte System, das die Ideen des Sozialismus weithin diskreditierte.

Das Versagen eines bestimmten bürokratischen Modells des Sozialismus kann jedoch nicht als Sieg des Kapitalismus interpretiert werden, wie mir Herr Körber vor kurzem sagte. Meines Erachtens bedeutet dies auch keineswegs das Ende des Sozialismus. Deshalb spricht man gerade heute von einem Neuanfang des Weges zu einer sozialistischen Alternative der modernen Zivilisation mit dem Ziel der Sicherung von Demokratie, Effektivität und der menschlichen Würde jedes einzelnen.

Natürlich müssen wir uns die Frage stellen: Was bleibt vom Sozialismus, vom Marxismus übrig? Ich meine, es ist vor allem die Idee des Sozialen und die Idee der Selbstverwaltung, das heißt die Idee der sozialen Demokratie. Das verbindet uns mit allen sozialdemokratischen und sozialistischen Strömungen, also mit der ganzen Linken in Europa, insbesondere mit der Politik der italienischen kommunistischen Partei.

Aufgrund all dieser Tendenzen befinden wir uns in der Tschechoslowakei wieder einmal in einer Phase der Reformation, ähnlich wie zu Zeiten von Johannes Hus. Unsere gegenwärtige kulturelle Situation ist dadurch charakterisiert, daß wir uns die traditionellen Kulturwerte - im weitesten Sinne - wieder intensiv vergegenwärtigen, sie, genauer gesagt, neuentdecken und in ihrer zeitgenössischen Gestalt präzisieren. In einigen Fällen handelt es sich um eine Neuinterpretation bestimmter Grundkategorien wie beispielsweise des Staates, der Klassen oder der Begriffe Sozialismus und Kapitalismus.

Viele Fragen betreffen auch die Kategorie des Fortschritts, für viele von uns bisher ein evidentestes Kriterium für die Bewertung aller gesellschaftlichen Erscheinungen. Jetzt wird es immer offensichtlicher, daß diese Kategorie selbst einer kritischen Überprüfung bedarf, schon gar in einem Land, in dem das Wort "Roboter" von Karel Čapek erfunden wurde, aber die Robotik unter den Fahnen des Fortschritts weit zurückgeblieben ist.

Wenn wir fragen, was aus der tschechischen Tradition noch den morgigen Tag beeinflussen wird, dann sind es sicher die Ideen der sozialen Gerechtigkeit, der nationalen Selbständigkeit, der Gleichheit, Demokratie und des Humanismus und das wiederum in einem Lande, in dem ein so großer Widerspruch zwischen Absichten und Handlungen besteht, der oft kafkaeske Züge annimmt - trotz allem, was hier auch an Leistungen erbracht wurde.

Worum es geht, hat Herr Biedenkopf gesagt, nämlich die Bändigung des Staates oder besser gesagt, des Staates im Staate. Die vorerwähnten Traditionen sind selbstverständlich nicht aus einem Guß. So finden sich in Geschichte und Gegenwart des tschechischen Volkes neben diesen Werten auch ganz andere Dinge, wie der eigene Patriotismus, manchmal sogar Chauvinismus und eine Gleichmacherei, die alles totschießt, was den Durchschnitt überragt.

Wir haben jedoch triftige Gründe zum Optimismus. Die Chance der europäischen Kultur am Ende des 20. Jahrhunderts ist auch eine Chance der tschechischen Kultur, deren Hauptkomponenten mit den wesentlichen Traditionen der europäischen Kultur identisch sind, was schon Herr Kucera erwähnt hat. Es gibt heute also einige günstige Bedingungen für den Wiedereintritt der Tschechoslowakei in Europa und in die Welt und auch für die Öffnung der tschechoslowakischen Gesellschaft.

Anders als zu Masaryks Zeiten haben wir heute an unserer westlichen Grenze ein neues Deutschland, wenn auch mit vielleicht zehn Prozent Republikanern, die man aber wohl auch nicht alle in einen Topf werfen darf. Im Norden haben wir es sogar allmählich mit einem neuen "Neuen Deutschland" zu tun, und im Osten gibt es die Sowjetunion Gorbatschows.

Lassen Sie mich noch einige generelle Aspekte der europäischen Kultur erwähnen, deren Perspektiven trotz zahlreicher Untersuchungen noch ungenügend erforscht sind. Deshalb sind wir dabei, eine internationale Monographie unter dem Titel "European Culture in Everyday Life" herauszugeben - einige Teilnehmer an dieser Tagung arbeiten daran mit. Wir bemühen uns um die Beantwortung einiger Kernfragen, wie zum Beispiel erstens: Gibt es überhaupt so etwas wie einen gemeinsamen Nenner der europäischen Kultur? Wenn dies der Fall ist, wovon ich überzeugt bin, dann ist natürlich zweitens danach zu fragen, welche Komponenten diese europäische Kultur bestimmen. Drittens: Wie werden diese kulturellen Traditionen im Alltag lebendig erhalten, damit sie nicht bloß in Bibliotheken und Museen verstauben, sondern im alltäglichen Leben der Menschen, und zwar der verschiedenen europäischen Regionen, Völker und sozialen Gruppen eine Rolle spielen.

Viertens: Schon um einem sterilen Eurozentrismus Paroli zu bieten, ist es wichtig, die Wechselbeziehungen von kulturellen europäischen Traditionen mit denen nichteuropäischer Kulturen zu untersuchen. Da geht es um Probleme des Kulturimports und -exports, ja oft auch des Reexports. Frau Fohrbeck hat das erwähnt. Wie offen zeigt sich die europäische Kultur den Werten der allgemeinen menschlichen Kultur gegenüber? Gerade diese allgemeinmenschliche Substanz der europäischen Kultur ist es, die im gegenwärtigen Prozeß der Mondialisierung und zugleich der Individualisierung der Lebensweisen und angesichts des immer intensiveren Transfers der Werte von großer Bedeutung ist.

Fünftens: Es ist unerlässlich, auch eines der wichtigsten Konzepte europäischen Denkens darzustellen, nämlich das Ideal einer weltgeschichtlichen Persönlichkeit, wie es bei Hegel und Marx deutlich wird. Mit anderen Worten, es geht darum, die Borniertheit des lokal beschränkten Individuums, für das alles,

was fremd, auch feindlich ist, zu überwinden. Um ein Beispiel zu bringen: Die Bulgaren unterscheiden zwischen Steinpilzen - die nennen sie "Bulgarini", also die Bulgaren - und allen anderen Pilzarten, den "Tatarini", also den Tataren. Alles, was fremd ist, ist gefährlich. Ähnlich ist es auch bei den Tschechen, wenn sie zu sagen pflegen: Was tschechisch ist, ist schön. Von da aus ist es dann nicht mehr weit bis zu "Deutschland, Deutschland über alles". Der Nationalismus ist also überall gleich schlimm. Dem steht das europäische Ideal eines Menschen gegenüber, der ein Weltbürger ist, sich in einer Welt ohne Grenzen bewegt, freien Zugang zu Informationen hat und sich als mündiger Bürger an den gesellschaftlichen Prozessen beteiligt.

Schließlich sechstem: Demokratische Kultur bedeutet, Entscheidungen nach dem Willen der Mehrheit zu treffen. Da stellt sich dann die Frage: Wie sichert man den Spielraum für Minderheiten, zu denen ja nicht nur ethnische Gruppen gehören, sondern auch die Avantgarden in allen Bereichen der menschlichen Gesellschaft?

Heigert

Herr Filipec hat vor allem drei Fragen angesprochen, die auch für unsere Diskussion wichtig sind. Erstens: Was bleibt vom Sozialismus? Nur Sozialdemokratismus, oder mehr?

Voigt

Es ist nicht die Frage, Herr Heigert, was vom Sozialismus bleibt, sondern ob der Sozialismus, indem er die Demokratie entdeckt, überhaupt erst beginnt, oder ob die Demokratie erst durch den Sozialismus verwirklicht wird. Das ist der alte Streit, der jetzt anfängt, erneut geschichtsrelevant zu werden.

Heigert

Der zweite Punkt betrifft eine Neudefinition dessen, was Fortschritt ist. Bis vor kurzem glaubten wir das noch relativ sicher zu wissen.

Drittens: Gibt es eine europäische Kultur, und welches sind ihre Komponenten?

Zapewalow

Es wurde hier über den deutschen Oktober und den tschechoslowakischen November gesprochen. Dabei sollten wir nicht vergessen, daß der sowjetische April am Anfang all der Veränderungen stand, die jetzt in der Welt vor sich gehen. Das, was Herr Komárek kritisch über die Vergangenheit unserer Beziehungen berichtet hat, dürfte nun, dank Gorbatschow, beendet sein. Jetzt kommt es darauf an, das neue Denken zum Nutzen unserer Völker und von ganz Europa wirksam werden zu lassen.

Was unser eigentliches Thema "Die Chancen der europäischen Kultur" angeht, so beschäftigen sich auch in der Sowjetunion viele Intellektuelle mit der Zukunft der Kultur, und es besteht weitgehend Einigkeit darin, daß die Entwicklung der Kultur vor allem die allgemeinmenschlichen Werte und Erfahrungen widerspiegeln und jene Humanität beinhalten muß, die den moralischen Reichtum dieser Welt ausmacht. Das heißt vieles, zum Beispiel die Technik, muß den Interessen der humanitären Kultur untergeordnet sein, wobei die Entwicklung der individuellen Eigenschaften eines jeden Menschen die wichtigste Aufgabe ist.

In Einschätzung der Lage der Kultur in der Sowjetunion hat mein guter Bekannter, der Schriftsteller Daniel Granin, gesagt, sie sei heute die einzige Ware, die wir in den Westen exportieren können. Das ist von der Wahrheit vielleicht gar nicht so weit entfernt. Im kulturellen Bereich haben wir wirklich etwas anzubieten, und doch wird bei uns im Lande viel über die Krise unserer Kultur geredet.

Warum messen wir der Kultur eine so große Bedeutung zu? Vor allem wohl deshalb, weil das moralische Niveau einer Gesellschaft ganz wesentlich vom Niveau der Kultur abhängt. Beide Niveaus, heißt es, sind bei uns gegenwärtig nicht allzu hoch. Dafür sind in erster Linie interne Gründe verantwortlich. Die politische Stagnation konnte nicht ohne Folgen für das geistige Leben unseres Landes bleiben. Das müssen wir ehrlich zugeben und versuchen, daran etwas zu ändern. Aber die Lage wird meiner Meinung nach nicht leichter, sondern eher kritischer. Es mag merkwürdig klingen, wenn ich sage, daß dafür auch die Politik der Glasnost mitverantwortlich ist, die von einigen Leuten falsch verstanden wird. Sie haben so ihre eigenen Vorstellungen von Demokratie und sind der Meinung, Demokratie heiße: Absolut alles sei erlaubt, auch das Unmoralische. Das heißt, die Öffnung im Kulturbereich wird häufig auch mißbraucht.

Während Kultur früher für uns geradezu etwas Erhabenes war, werden wir jetzt mit den Produkten einer ausgesprochenen Massenkultur konfrontiert, die mit richtiger Kultur im Grunde nichts zu tun haben. Aber diese Art von Kultur wird unkritisch übernommen und überall verbreitet. Das gilt vornehmlich für die Musik, aber auch für die Malerei und das Theater. Wie giftige Pilze tauchen überall Theater auf, deren einziges Zeichen von Kultur und Kunst offenbar die nackten Körper sind. Natürlich befürworte auch ich eine Vielfalt der Theaterlandschaft, aber ich denke dabei vorzugsweise nicht an eine Art von Beate-Uhse-Theater, sondern an Bolschoi oder MCHAT. Mit derartigen Problemen haben Sie im Westen schon früher zu tun gehabt, jetzt werden auch wir damit konfrontiert. Deshalb sollten wir gemeinsam darüber nachdenken, wie wir die wahre Kultur pflegen und zu einem bestimmenden Faktor unseres gemeinsamen Lebens machen können.

Zweifellos muß Kultur vielfältig sein. Und wenn wir hier über eine gemeinsame europäische Kultur sprechen, dann sollten wir nicht vergessen, daß jede Nation, jedes Volk da seine eigene Kultur mit einzubringen hat, weil nur auf diese Weise unser geistiges Leben bereichert wird. Die kulturellen Spitzenleistungen sind zugleich auch die Visitenkarte eines jeden Landes, und die großen Künstler brauchen einen regen Austausch untereinander. An solchen Begegnungsmöglichkeiten fehlt es mir heute noch weitgehend, im Gegensatz zu den vielen Treffen der Politiker oder Wissenschaftler.

Eine weitere Gefahr sehe ich in der Kommerzialisierung der Kultur. Auch dieses Problem haben wir jetzt plötzlich kennengelernt und eigentlich ebenfalls vom Westen übernommen. Nicht das Kunstschaffen steht bei vielen an erster Stelle, sondern der Profit, den man erzielen möchte. Deshalb spielt die schöne Verpackung eine immer größere Rolle, wobei ich nicht weiß, ob dies den Künstlern auf Dauer nützen wird, die heute allerdings in zugegeben meist unwürdigen Lebensverhältnissen sich befinden und denen man helfen muß.

Gasteyger

Während uns Herr Komárek hier den Schwanengesang des Marxismus-Leninismus gesungen hat, habe ich in Ihren Ausführungen über Kultur das Wort "Ideologie" vermißt, Herr Zapewalow. Mit anderen Worten: Wo ist denn die Legitimationsbasis dessen, was Sie als sowjetische Kultur bezeichnen? Ist das nach wie vor die Zwangsjacke der kommunistischen Ideologie, oder ist das nicht mehr aktuell?

Zapewalow

Diskussionen über reine Kunst oder die Verbindung von Ideologie und Kunst sind uralte. Was meine Position anbelangt: Ich kann mir weder eine reine Kunst noch beispielsweise eine reine Journalistik vorstellen. Kultur und Journalistik sind immer ideologisiert, ob wir das nun wollen oder nicht. Schlimm wird es erst dann, wenn die Ideologie die absolute Oberhand gewinnt und die Kultur für politische Ziele mißbraucht, wie das zum Beispiel mit dem sozialistischen Realismus der Fall gewesen ist. Davon versuchen wir jetzt abzukommen, und unsere Partei ist die erste, die uns dazu stimuliert.

Helbig

Nur eine kurze Anmerkung zum Thema Journalismus und Ideologie. So wie das Wort Ideologie in Europa verstanden wird, ist es in den USA in der Tat unbekannt. Ideology oder ideological meint lediglich parteibezogen. Was den amerikanischen Journalismus auszeichnet, ist das, was man "investigative reporting" nennt, der das Ziel verfolgt, grundsätzliche Probleme in einer Gesellschaft, gewissermaßen Verschwörungen, die unter der Oberfläche des Tagesgeschehens lauern, aufzudecken. Dies ist in der Tat eine wichtige Aufgabe, die aber mit Ideologie nichts zu tun hat.

Markiewicz

Ich kann der Behauptung nicht zustimmen, daß die Massenkultur nicht zur wahren Kultur gehört; sie gehört in jedem Fall dazu.

Zapewalow

Vielleicht besteht hier eine sprachliche Schwierigkeit. Im Russischen hat das Wort "Massenkultur" einen außerordentlich negativen Klang. Damit ist keine wahre Kultur gemeint, sondern Kitsch, womit man in erster Linie viel Geld verdienen kann. So wenig wie die "Neue deutsche Welle" etwas mit wahrer Musik von Beethoven oder Strauss zu tun hat, so wenig hat auch diese Massenkultur mit dem zu tun, was unter dem Begriff Kultur immer verstanden wurde. Wahre Kultur bringt übrigens auch keinen materiellen Profit, sondern muß gefördert werden.

Muskens

Das ist eine sehr elitäre Definition von Kultur. Wer entscheidet darüber, was in dem Sinne Massenkultur ist?

Zapewalow

Die jahrelange Erfahrung auf dem Gebiet der Kultur und der künstlerische Geschmack eines jeden Menschen.

Muskens

Läßt sich der künstlerische Geschmack operationalisieren?

Rovan

Was heißt überhaupt "wahr"? Wer entscheidet hier über "Wahrheit" und guten Geschmack? Ist der Puritanismus nicht die letzte Zuflucht der Autokratie?

Zapewalow

Was die Definition anbelangt, so ist das wirklich ein Sprachproblem. Ich finde im Deutschen kein treffenderes Wort als "Massenkultur". Über guten Geschmack aber müssen die Künstler selbst und die Kritiker, die Experten entscheiden. Es gibt noch viele Menschen, die diese künstlerische Beihilfe benötigen. Und ich sehe darin auch gar nichts Schlechtes. Schlecht ist indes, wenn falsche Vorbilder propagiert werden. Wir haben das am eigenen Leib erfahren, und ich hoffe, daß daraus die richtige Lehre gezogen wurde und es zu keinen Wiederholungen kommt.

Helbig

Was Herr Zapewalow mit sowjetischem Bezug als Massenkultur bezeichnete, ließe sich auch mit amerikanischem Bezug sagen. Denn vieles, was an der amerikanischen Kultur negativ gesehen wird, verbindet sich mit diesem Begriff.

Es war hier die Rede davon, daß die beiden Supermächte, deren Präsidenten sich heute auf einem Schiff am Rande Europas treffen, das Geschehen in Europa nur noch als Beobachter begleiten können.

Mir scheint es indes wichtig, in unserem Gespräch über europäische Kultur doch einmal daran zu erinnern, daß die große Revolution eben nicht, wie jetzt allerorten in Europa zelebriert wurde, im Jahre 1789 in Frankreich begann, sondern 1776 in Amerika, was dann - und zwar bis heute - in Europa so stark nachgewirkt hat. Ich füge hinzu, daß die amerikanische Revolution sich bisher geschichtlich nur zum Teil verwirklichen konnte, auch in Amerika selbst.

Neben den bekannteren Demokratievorstellungen George Washingtons und der Gründungsväter gibt es aber auch den Demokratiebegriff von Thomas Jefferson. Und wie sehr wir auch dessen Ideale weiterleben, zeigt beispielsweise die Anzeige einer Firma in der New York Times vom 7. November - also zwei Tage vor den Ereignissen an der Berliner Mauer-, in der sich mit einem Bild von Thomas Jefferson einer seiner berühmtesten Aussprüche findet, nämlich: "The Bill of Rights is what the people are entitled to against every government on earth." Was die Menschen also brauchen, ist eine Menschenrechtserklärung, die sie gegen jede Regierung auf dieser Erde in Anspruch nehmen können. Eine solche Botschaft übersteigt noch unser heutiges Verständnis der Menschenrechte.

Was ich sagen will, ist: Wenn, wie hier behauptet wurde, der Einfluß Amerikas auf Europa im Sinken begriffen ist, dann betrifft dies vielleicht mehr die materielle Kultur. Aber ich könnte mir vorstellen, daß von Amerika durchaus wieder ideelle Anstöße ausgehen im Hinblick auf die Wandlungen, die sich jetzt in Europa vollziehen.

Es paßt sehr gut zu unserer heutigen Thematik, daß ich gestern rein zufällig in einer hiesigen Buchhandlung einen Roman des berühmten tschechischen Schriftstellers Karel ; sie reisen im Schnellzug, aber selbst das genügt ihnen nicht, in Amerika, sagen sie, sind die Waggons ganz anders, länger, und ein weißer waiter serviert eisgekühltes Wasser und ice cream, wissen Sie? Hallo, boy, lärmt so ein echter Amerikaner, bring Bier, eine Runde für den ganzen Wagen, soll's fünf Dollar kosten, damn! Meine Herren, in Amerika - das ist ein Leben, haben Sie eine Ahnung!"

Hordubal ist ein Tscheche, der nach Amerika ausgewandert ist und jetzt in seine Heimat zurückkehrt. Sieben Jahre ist er weg gewesen - jene mythische Zahl. Seine Frau, die er zurückgelassen hatte, liebt

inzwischen jemanden anderen. Er, als der rechtmäßige Ehemann, kann nicht mehr in seine Rechte eintreten und wird am Ende von den beiden ermordet.

Vielleicht überinterpretiere ich das Geschehen jetzt als Literaturwissenschaftler, aber hier findet ein Heimkehrender seine Heimat wesentlich verändert vor und wird davon zugrunde gerichtet. Das gibt mir als Amerikaner, der ehemals von Europa ausgewandert ist, zu denken. Der Amerikaner, der heute mit einer Botschaft nach Europa zurückkehrt, sei sie nun materieller oder ideeller Natur, könnte bei der Euphorie des Wandels in Europa Gefahr laufen, an den Rand geschoben, vergessen, negativ beurteilt zu werden. Man erinnert sich nicht mehr an den Marshallplan und den Einsatz Amerikas für die Freiheit in der Welt.

Vielleicht läßt sich aus diesem tschechischen Roman verstehen, daß von Amerika nicht nur die Erklärung der Menschenrechte ausgegangen ist, nicht nur materielle Unterstützung, elektronisches Know-how oder jene Brunswick-Bowling-Alleys, also Kegelanlagen, wie es sie auch in diesem Hotel zur Freizeitbeschäftigung gibt, sondern daß von Amerika immer noch etwas ausgeht, das in einer ganz elementaren Weise mit dem Menschsein zu tun hat. Ich meine, das könnte doch etwas sein, womit Amerika in den kommenden Jahren in Europa noch eine Wirkung ausübt. Ich wünsche mir es jedenfalls.

Pflüger

Herr Komárek sprach von der Dichotomie der öffentlichen und der privaten Identität. Mein Eindruck ist, daß vielen von uns im Westen die private, die persönliche Identität in den osteuropäischen Ländern bisher weitgehend unbekannt geblieben ist. Mein Interesse beispielsweise hat sich viele Jahre lang fast ausschließlich auf die USA und Westeuropa konzentriert, während ich die Vielfalt der interessanten Dinge im kleinen, die im Osten doch auch vorhanden war, kaum wahrgenommen habe. Im Grunde habe ich erst seit 1981, als ich in Berlin zu arbeiten begann, allmählich erfahren, was da alles so unter der Oberfläche lebt in Osteuropa. Wenn das jetzt allgemein deutlich wird und wir erkennen, was hier an Kraft und Zivilcourage vorhanden ist, dürfte das eine ungewöhnliche Bereicherung für Europa bringen.

Deshalb kann man hier nicht von Einbahnstraße sprechen, Frau Fohrbeck - so habe ich übrigens auch Herrn Biedenkopf nicht verstanden-, daß die einen nur die Geber und die anderen nur die Nehmer sind. Sondern wir können sehr viel erfahren, wenn wir zuhören und das kennenlernen, was in diesen Ländern an großartigen Entwicklungen vor sich geht. Ich sehe darin eine große Chance für Europa - zum ersten Mal seit langer Zeit-, die Krise des Kontinents zu überwinden, indem wir die Kräfte bündeln, anstatt sie in ideologischen Kämpfen und Bürgerkriegen zu vergeuden. Damit können wir auch für die Welt wieder eine Perspektive bieten. Vernichtung der tropischen Regenwälder, Ozonloch, Hunger in der dritten Welt: Wo sind da bisher denn europäische Beiträge? Das könnte nun anders werden.

Die Chance, die sich für uns Europäer jetzt bietet, wird auch durch das heutige Treffen der beiden Großmachtchefs in Malta unterstrichen. "Von Jalta nach Malta" das bedeutet: In Jalta wurde Europa aufgeteilt, Malta symbolisiert vielleicht die Überwindung dieser Teilung; Bush und Gorbatschow sind nunmehr vor allem Zuschauer.

Aber man muß auch auf die Risiken hinweisen, die sich in der jetzigen Entwicklung zeigen:

- Ich stimme Herrn Voigt zu, daß bisher alles sehr friedlich verlaufen ist. Aber es ist keineswegs sicher, ob das so bleiben wird. Die Schwierigkeiten nach Revolutionen kommen zumeist erst in der zweiten Phase, wenn die internen Machtkämpfe stattfinden. Gerade angesichts dessen, was Herr Komárek über die "Mafiosi" gesagt hat, die es ja noch gibt, würde ich die Gefahr von Rückschlägen nicht unterschätzen.

- Der Westen sollte deshalb auf jegliche Triumphgefühle verzichten, die als provozierend empfunden werden könnten. Der Bundeskanzler hat ja im Bundestag betont, wir dürften die Schwächen der anderen nicht ausnutzen. Insofern hat Herr Voigt recht, wenn er sagt, wir sollten aufhören, diejenigen in Osteuropa, die jetzt eine Wende vollziehen, einfach als Wendehälse abzutun oder sogar noch zu verfolgen. Vielmehr sollten wir ihnen die Chance einräumen, daß sie sich ändern und als lernfähig erweisen. Nur so kann verhindert werden, daß die Leute in eine Situation getrieben werden, wo sie glauben, zurückschlagen zu müssen.

- Eine große Gefahr, die noch lange nicht ausgestanden ist, sehe ich in der Frage des Nationalismus. Herr Voigt sagt, in Deutschland werden bisher keine nationalen Symbole gezeigt. Aber bleibt das so? Das ist doch höchst ungewiß. Ich registriere nur, daß in letzter Zeit recht wenig davon die Rede ist, daß das Atlantische Bündnis nach wie vor wichtig ist oder die europäische Integration zum

Binnenmarkt große Anstrengungen erfordert. Diese Punkte stehen zwar in der 10-Punkte-Erklärung Kohls, aber das Interesse der Bevölkerung geht verständlicherweise in eine ganz andere Richtung. Die Gefahr jedenfalls, daß das eine Eigendynamik entwickeln und der Nationalismus sich verselbständigen könnte, ist nach meinem Dafürhalten bisher nicht gebannt.

- Ein drittes Risiko betrifft die Lebensfähigkeit der DDR. Was passiert eigentlich, wenn es in der DDR zu einer echten Wirtschaftskrise kommt und die wirtschaftliche Lage sich in den nächsten Monaten noch weiter verschlechtert? Dann werden die Leute mit ihren Trabis nicht nur zu einem Wochenendausflug kommen, sondern zu Abertausenden in die Bundesrepublik überwechseln wollen. Der Hinweis, das werde sich alles selbst regulieren: Wenn die Menschen erst merken, daß es in Westdeutschland auch schwieriger wird, werden sie schon zu Hause bleiben, gilt nicht für die qualifizierten Leute, und das sind gerade diejenigen, die die DDR braucht. Gute Ärzte und gute Techniker werden in der Bundesrepublik immer Arbeitsmöglichkeiten finden. Wie soll unter solchen Umständen die Lebensfähigkeit der DDR erhalten werden?

- Lassen Sie mich noch einen Punkt hinzufügen: Wir haben immer gesagt, es komme uns darauf an, daß die Grenzen ihren trennenden Charakter verlieren, nicht daß sie abgeschafft werden. Ich meine, diese Formel, der die meisten von uns zugestimmt haben, gilt auch heute noch. Das Entscheidende in Europa ist in der Tat nicht die Grenzfrage, sondern die Freiheitsfrage, die Frage der Menschenrechte, des Rechtsstaats, all das, was Herr Biedenkopf erwähnt hat. Deshalb sollten wir uns im Augenblick auch nicht so sehr den Kopf über die Wiedervereinigung zerbrechen, sondern dafür Sorge tragen, daß sich zunächst einmal die Freiheitsprozesse, die ja erst ganz am Anfang stehen, entfalten können. Die deutsche Frage gehört nicht den Deutschen allein. Dieser Satz war bisher richtig, und er bleibt auch heute richtig. Dies müssen wir mit unseren Partnern zusammen zuwege bringen. Wir müssen die deutsche Frage ins europäische Gleichgewicht bringen.

Meyer-Landrut

Vor kurzem hat jemand bezogen auf die politischen Entwicklungen gesagt, was ich ganz treffend fand: "Die Akademiker versuchen immer durchzuspielen, ob etwas, das in der Praxis funktioniert, auch in der Theorie stimmt." Ich habe heute den Eindruck, daß die Praxis in der Politik schon sehr viel weiter ist als manche theoretische Diskussion.

Hier ist verschiedentlich über die Idee des Sozialismus gesprochen worden. In der Sowjetunion zum Beispiel greift man jetzt ja gern auf Lenin zurück, wenn man Stalin kritisiert. Das ist sicher eine politisch verständliche Übung, die aber wenig fruchtet, wenn man wirklich zu neuen Formen politischer Kultur gelangen will. Wenn der Sozialismus tatsächlich die Demokratie mit der Möglichkeit von Mehrheitsentscheidungen etablieren will, gerät er sofort in Widerspruch zu Lenins Theorie der "Diktatur des Proletariats" als der höchsten Form der Demokratie.

Dennoch hat dieser Rückgriff auch sehr positive Elemente zur Entfaltung kommen lassen. Ich denke zum Beispiel an die Renaissance der Kunst der 20er Jahre, die seit 1932 verpönt gewesen ist und die vielen Menschen in der Sowjetunion eine reiche neue Dimension eröffnet. Dies trifft auch auf das Theater zu; in den vielen Studiotheatern Moskaus geht man zurück auf die großen Regisseure wie Meyerhold und andere. Hier wird eine Kultur wieder zum Leben erweckt, die lange verschüttet war. Und, Herr Zapewalow, Bolschoi und MCHAT sind sehr schön, stellen aber nur einen ganz kleinen Ausschnitt der russischen und sowjetischen Kultur dar.

Was Begegnungsmöglichkeiten im kulturellen Sektor angeht, so gibt es auch da bereits eine ganze Menge. Ich selber habe ein deutsch-sowjetisches Jugendorchester mitbegründet, das gemeinsam in der Bundesrepublik Deutschland, in der Sowjetunion und in anderen Ländern auftritt. Da sollten wir durchaus optimistisch sein. Auch auf diesem Gebiet wird es viel gegenseitige Befruchtung geben.

Was die Frage einer europäischen Weltkultur betrifft, so sollten wir uns in der Tat schon jetzt Gedanken machen über die Rolle Gesamteuropas bei der Lösung globaler Probleme, Herr Pflüger. Dabei denke ich in erster Linie an die Umweltproblematik, die im übrigen auch bei der Annäherung zwischen Ost und West in Europa eine große Rolle spielen kann, im Hinblick auf Investitionen beispielsweise in Polen, der DDR oder der CSSR. In der Bundesrepublik können wir auch relativ kleine Umweltverbesserungen vielfach nur noch mit sehr hohen Kosten erreichen, während wir mit dem gleichen Mitteleinsatz in unseren Nachbarländern ungleich viel mehr und schneller bewirken könnten, beispielsweise im Hinblick auf die Reinhaltung von Luft und Wasser, was auch uns selbst zugute käme angesichts der grenzüberschreitenden Umweltverschmutzungen. Hier sehe ich Möglichkeiten der Kooperation für beide Seiten, die wir umgehend nutzen sollten.

Noch ein Wort zum Begriff der Freiheit. Die Verwirklichung individueller Freiheit löst in den Bevölkerungen Ost- und Ost-Mitteleuropas erstaunliche Kräfte aus. Aber diese Freiheit steht in Gefahr, sofort wieder eingeengt zu werden, und zwar durch Zwänge, die beispielsweise aus der Bevölkerungsexplosion oder aus der Umweltproblematik resultieren. Diese Gefahr sehe ich generell in Europa. Die Freiheit in Verantwortung ausüben zu können, wird ein immer größeres Problem für alle Völker in Europa werden.

Abschließend will ich noch eine Bemerkung über die Entwicklungen in Deutschland machen. Herr Pflüger hat zu Recht darauf hingewiesen, daß es heute vordringlich darauf ankommt, den Menschen in der DDR ein menschenwürdigeres und besseres Leben zu ermöglichen, als das jetzt der Fall ist. Es ist verständlich, wenn sich jemand in der DDR sagt: Wenn ich in die Bundesrepublik gehe, kann ich den höheren Standard vielleicht in anderthalb Jahren erreichen, während ich in der DDR dazu möglicherweise 15 Jahre brauche, und er sich aus diesem Grund zur Übersiedlung entschließt. Dies ist jedoch keine gesunde Entwicklung, und wir müssen dazu beitragen, daß hier die Dinge in vernünftigen Bahnen laufen.

Was das Thema Wiedervereinigung angeht, so gibt es sicher auch in der DDR starke Kräfte, die dieses Ziel vor Augen haben, und es gehört zweifellos zu den Aufgaben bundesdeutscher Politik, hierfür Chancen zu eröffnen. So lautet auch unser Verfassungsauftrag. Wir dürfen aber nicht übersehen, daß es - unabhängig von sicherheitspolitischen Rücksichtnahmen gegenüber unseren europäischen Nachbarn - eine völkerrechtliche Basis gibt, die durch entsprechende Abkommen gesichert ist. Dazu gehört auch die Viermächteverantwortung für Deutschland als Ganzes und für Berlin. Dem müssen wir bei unseren zukünftigen Überlegungen in jedem Falle Rechnung tragen.

Schmidt

Sie haben Verständnis geäußert, Herr Meyer-Landrut, wenn jemand die Chance sieht, in anderthalb Jahren das gleiche zu erreichen, wozu er woanders vielleicht 15 Jahre braucht, diese Chance dann auch wahrzunehmen. Ich meine, hier sollten wir gemeinsam um eine Regelung bemüht sein; denn davon ist die soziale Stabilität in beiden deutschen Staaten betroffen. Die Öffnung der Grenzen entsprach zweifellos einem allgemeinen Wunsch der Bürger, die das gewissermaßen erzwungen haben. Aufgrund der rasanten Entwicklung war natürlich niemand in der Lage, die notwendigen ökonomischen, finanziellen, rechtlichen Konzepte zu erarbeiten. Ich meine, das sollten wir nun so schnell wie möglich gemeinsam machen.

Meyer-Landrut

Einverstanden.

Voigt

Ihr Hinweis auf die Viermächteverantwortung ist rechtlich sicher richtig, Herr Meyer-Landrut. Wir müssen nur sehen: Wenn die vier Mächte von diesen Rechten Gebrauch machen und sich dies gegen das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen richtet, wird Nationalismus in Deutschland die Folge sein. Deshalb kommt es darauf an, die Interessen der anderen Europäer in Übereinstimmung mit den Selbstbestimmungsbedürfnissen der Deutschen zu bringen. Sonst laufen die Dinge aus dem Ruder.

Zum anderen: Die Reisefreiheit in der DDR wurde hergestellt, weil die Menschen es wollten. Deshalb bleibt den Politikern gar nichts anderes übrig, als die Konsequenzen daraus zu ziehen. Damit sind aber zugleich Vorentscheidungen über die Organisation des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten und über bestimmte Elemente des Systems gefallen. Ich habe das so nicht vorausgesehen; andere haben es so nicht gewollt. Aber die Konsequenzen sind nicht revidierbar, sondern nur noch gestaltbar.

Meyer-Landrut

Ich habe mich nicht im Sinne einer negativen Präjudizierung geäußert, sondern gerade die Notwendigkeit des politischen Gestaltungswillens und seiner Möglichkeiten angesprochen.

Rovan

Ich glaube, die Ansicht der französischen Staatsführung wie auch des größten Teils der öffentlichen Meinung in Frankreich richtig einzuschätzen, wenn ich sage, daß niemand bei uns ernsthaft in Betracht zieht, daß die Rechte der vier Mächte gegen den Willen und die freie Entscheidung der beiden Teile des deutschen Volkes benutzt werden könnten. Diese Struktur, die ja inzwischen gut 45

Jahre alt ist, könnte lediglich dazu dienen, das Zusammenfinden der deutschen Nation international abzusegnen. Alles andere, beispielsweise die Vorstellung, man sollte erst einen Friedensvertrag abschließen, bevor diese Entscheidung der Deutschen gefallen ist, halte ich für baren Unsinn.

Kaiser

Ich greife die Bemerkung von Max Schmidt auf, die Menschen in der DDR - und ich füge hinzu: auch die Menschen in der CSSR - hätten sich in ihrem Verhalten nicht an irgendwelchen ausländischen Politikern orientiert, sondern weil das ihren ureigenen Wünschen und Vorstellungen entsprach. Dabei haben auch bestimmte Institutionen eine große Rolle gespielt, etwa die evangelische Kirche in der DDR oder die Intelligenz und die Universitäten in der CSSR.

Dennoch war diese Entwicklung an eine wichtige Voraussetzung geknüpft, nämlich an jene technologische Revolution, die beide Länder zu Teilen einer transnationalen Kommunikationsgesellschaft gemacht hat. Das heißt, die oppositionellen Kräfte in der DDR oder in der CSSR hatten die Möglichkeit, in vielfältiger Weise mit der Außenwelt in Kontakt zu treten. Jedes geschriebene oder gesprochene Wort, jede Demonstration kam schon Stunden später über die westlichen Sender und wirkten dann auch wieder zurück in die Gesellschaften der DDR und ;SSR. Hier besteht heute ein Ausmaß an Interaktion, das es niemals zuvor gegeben hat. Dies ist eine neue Bedingung für gesellschaftlichen und demokratischen Wandel; denn damit werden alte Strukturen aufgebrochen.

Herr Komárek hat gesagt, die alten Strukturen sind durchaus noch vorhanden; aber sie können ihre Macht nicht mehr in der gleichen Weise wie früher ausüben, weil sie das Informationsmonopol verloren haben. Das hat erhebliche Konsequenzen für die Zukunft. Darin liegt auch ein gewisser Schutz für die demokratischen Bewegungen in diesen Ländern. Alles, was hier geschieht, wird unmittelbar von der Weltöffentlichkeit und insbesondere von der europäischen Öffentlichkeit verfolgt. Dies läßt sich auch nicht mehr zurückdrehen, weil ohne diese technologischen Kommunikationsmöglichkeiten der von diesen Gesellschaften so dringend gewünschte ökonomische Modernisierungsprozeß nicht denkbar ist.

Ich will noch auf eine Bemerkung von Herrn Spáeil eingehen. Was mich doch erstaunt, ist, daß er nach 70 Jahren Kommunismus und den Ereignissen der letzten Monate und Jahre immer noch so positiv über den Sozialismus denken kann. Natürlich war nicht alles schlecht, was hier in dieser Zeit geschehen ist. Aber das ist natürlich eine Frage unterschiedlicher Bewertung. Ich sage ganz offen, Herr Spáeil: Was wir in Ihrem Lande als große Beiträge zur europäischen Kultur angesehen haben - ich nenne nur die Werke von Václav Havel-, ist hier verdammt und brutal unterdrückt worden. Havel hat mehrfach im Gefängnis gesessen; ihm wurde untersagt, nach Frankfurt zu kommen, um dort den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels entgegenzunehmen. Mit anderen Worten: Das Regime hat solche Kulturleistungen in einer Weise behandelt, die nicht den europäischen Traditionen entspricht. Und insofern hat Kurt Biedenkopf recht, wenn er von Barbarei spricht.

Was die Entwicklung zwischen den beiden deutschen Staaten angeht, stimme ich Max Schmidt und Karsten Voigt voll zu, daß dieser Prozeß nicht gegen Europa laufen darf. Entscheidend ist, wie Herr Pflüger sagte, die Frage der Freiheit, die zu erhalten die wichtigste politische Aufgabe ist. Um der Demokratie beispielsweise in Polen zu helfen, hat die Bundesregierung ihr bisher größtes Unterstützungsprogramm in der Nachkriegsgeschichte beschlossen. Die gleiche Aufgabe wird sich für die CSSR, die DDR und Ungarn stellen, um die ökonomischen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Demokratie in diesen Ländern Wurzeln fassen kann. Und wir sollten im Rahmen unserer Möglichkeiten alles tun, damit Gorbatschow an der Macht bleibt. Das heißt, es geht darum, die Rahmenbedingungen für Demokratie und Freiheit zu erhalten.

Auf der anderen Seite dürfen wir aber auch die Sicherheitsbedürfnisse nicht außer acht lassen. Natürlich müssen wir langfristig die beiden Militärblöcke abbauen; ich würde es aber für einen gravierenden Fehler halten, wollte man hier eine schnelle Änderung anstreben. Worauf es ankommt, ist, unter dem Dach dieser Architektur, die in vierzig Jahren gewachsen ist, die demokratische und gesellschaftliche Entwicklung voranzubringen, miteinander zu kooperieren, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, und den Abrüstungsprozeß weiterzuführen. Auf diese Weise ändern sich dann auch die Rahmenbedingungen, so daß die Bündnisse ihre Funktion verlieren. Aber es kann nur in dieser Reihenfolge gehen.

Die drei westlichen Siegermächte haben sich seinerzeit verpflichtet - das war Konrad Adenauers großes Verdienst-, nicht über die Köpfe der Deutschen hinweg vertragliche Festlegungen zu treffen, die Deutschland betreffen. Hier ist nur ein gemeinsames Vorgehen möglich, das heißt, jeder muß auf den anderen Rücksicht nehmen. Das bedeutet eben auch: Wenn die Bundesregierung heute betont -

und das ist auch die Haltung der Opposition-, ein Fortschritt in der deutschen Frage sei nur denkbar im Einklang mit der Europäischen Gemeinschaft, dann besagt dies zugleich, daß die Bundesrepublik die Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft erwartet, damit Fortschritte in der deutschen Frage erzielt werden. Das ist ein Prozeß auf Gegenseitigkeit, der letztlich allen zugute kommen muß. Eine solche Entwicklung würde auch im wohlverstandenen Interesse der CSSR liegen; denn in dem Maße, in dem eine europäische Lösung der deutschen Frage verwirklicht wird, verbessern sich auch die Bedingungen für den Demokratisierungsprozeß in der CSSR.

Gasteyger

Herr Kaiser hat von der transnationalen Kommunikation gesprochen, die den Protestbewegungen in den osteuropäischen Ländern hilfreich gewesen sei. Das stimmt nur bis zu einem gewissen Grade. Natürlich haben die Menschen dort auch schon vorher gewußt, was Freiheit und politischer Pluralismus ist. Sieht man genauer hin, stellt man jedoch fest, wie groß das Wissensdefizit dieser Leute beispielsweise über die Funktionsweise der Demokratie in Wirklichkeit ist.

Wenn man kürzlich im Fernsehen miterleben konnte, wie selbst ein so gut informierter Mann wie Gorbatschow geradezu hilflos versuchte, den Volkskongreß zu leiten, dann wird deutlich, daß da offenbar die primitivsten Regeln eines parlamentarischen Betriebes nicht bekannt sind. Das gilt sicher in noch viel stärkerem Maße für die Oppositionskräfte in Ost-Mitteleuropa. Woher soll denn ein Mann wie Václav Havel die notwendige politische Erfahrung haben und sich mit demokratischen Organisationsstrukturen auskennen, die Voraussetzung für die Errichtung einer Demokratie sind? Das bisherige Regime hat es immerhin verstanden, 40 Jahre lang gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zu regieren.

Das gleiche gilt für die Wirtschaftsreformen. Auch da sehen wir einen erheblichen Mangel an Know-how.

Zumindest in diesen beiden Bereichen gibt es ein großes Nachholbedürfnis.

Spáčil

Wissen Sie, Herr Kaiser, wenn ich zu Ihrem Erstaunen immer noch etwas Positives am Sozialismus finde, dann eben deshalb, weil ich an diesen Sozialismus glaube. Ich habe versucht zu erklären, warum das so ist, und ich habe dafür auch Gorbatschow zitiert. Daran glaube ich, und ich werde immer daran glauben.

Sie haben den Fall Havel erwähnt. Gewiß, das war ein Fehler auf unserer Seite. Aber der Fall Havel muß in den Augen des Westens für alles herhalten, was bei uns geschehen ist. Das entspricht jedoch nicht den Tatsachen. Man kann eine Gesellschaft nicht nur anhand von zwei oder drei Fällen beurteilen.

Zur deutsch-deutschen Problematik möchte ich sagen: Das ist eine Frage der Selbstbestimmung der beiden deutschen Staaten; darüber können wir nicht befinden. Natürlich spielen die vier Mächte dabei eine Rolle, wie hier verschiedentlich gesagt wurde. Aber dieses Thema geht auch uns Nachbarländer etwas an. Herr Filipec hat darauf hingewiesen, daß die tausendjährige Geschichte der Tschechen vor allem durch die Kämpfe mit den Deutschen geprägt war. Insofern ist dies für uns eine Überlebensfrage, und deshalb sind wir daran interessiert, daß sich bestimmte Dinge niemals wiederholen. Es geht hier um die bestehenden Grenzen in Europa, also vor allem um die Oder-Neiße-Grenze und um die Grenze zur Tschechoslowakei, aber auch um alle anderen Grenzen, die die Nachkriegsordnung in Europa bestimmen. Von daher haben wir zur deutschen Frage auch etwas zu sagen.

Es ist sicher richtig, was Sie über die Demokratie bei uns gesagt haben, Herr Gasteyger. Aber darüber muß das Volk in diesem Lande entscheiden. Auch die bürgerliche Demokratie kennt verschiedene Formen und nicht nur ein einziges Modell. Und wir sollten auch die negativen Seiten dieser Demokratie nicht übersehen. Ich habe fast zehn Jahre in Amerika gelebt; der Zirkus der dortigen Präsidentenwahl kann für uns sicher kein Vorbild sein. Deshalb sucht auch Gorbatschow nach etwas anderem. Wichtig ist vor allem, daß das, was wir bisher versucht haben, nicht gut war und wir neue Formen finden müssen, die den Willen des Volkes ausdrücken.

Kahlweit

Herr Kaiser, Sie sprachen von der transnationalen Kommunikationsgesellschaft und über den Verlust der Informationsmonopole. Da würde ich doch große Fragezeichen setzen. Es mag ja sein, daß die Weltöffentlichkeit innerhalb weniger Stunden erfährt, was im Ostblock passiert; daß zunehmend mehr

Informationen aus den Ländern des Ostens in den Westen gelangen; zugleich ist aber doch vergleichsweise wenig an Information in diese Länder hineingelangt.

Schließlich zeichnen sich sozialistische Planwirtschaften dadurch aus, daß sie den Kommunikationsfortschritt bewußt ferngehalten haben - während sie gleichzeitig eben darunter litten und leiden. Bis vor wenigen Jahren konnte man in der Sowjetunion kaum etwas aus dem Westen erfahren; in Rumänien ist das heute noch so. Dort gibt es dieses Informationsmonopol des Staates nach wie vor. Dort werden noch heute Sendungen gezeigt, die in Bildern aus den 70er Jahren den angeblichen Zusammenbruch des Kapitalismus darstellen. Das Informationsmonopol galt bis vor kurzem selbst für Vervielfältigungsapparate und teilweise, so wiederum in Rumänien, sogar für Schreibmaschinen. Die Staaten im Osten haben die längste Zeit ihr Informationsmonopol zu wahren gesucht - und das ist ihnen bis vor kurzem auch sehr gut gelungen.

Kaiser

Wenn ein Land sich modernisieren will, dann muß es unweigerlich den Weg in Richtung der internationalen Kommunikationsgesellschaften gehen. Das zeigen die Beispiele der CSSR und in der DDR sehr deutlich. Rumänien dagegen hat sich abgekapselt in einer Despotie traditioneller Prägung und verzichtet damit auf Modernisierung.

Filipec

Herr Gasteyger sprach mit Recht von den Schwierigkeiten der neuen politischen Kräfte, die demokratischen Spielregeln zu beherrschen. Da tauchen dann in den letzten Tagen ganz neue Fetische auf, die völlig unbrauchbar sind, wenn etwa die Wahl der Betriebsleiter durch die Belegschaft gefordert wird. Solche Überlegungen führen - wie das Beispiel Jugoslawien zeigt - nicht zu mehr Demokratie und noch weniger zu höherer ökonomischer Effizienz.

Buhr

Ich stimme Herrn Kaiser in puncto internationaler Kommunikation zu. Das hat sich besonders in der DDR gezeigt, wo es ja schon von der Sprache her überhaupt keine Schwierigkeiten gegeben hat. Rumänien ist schon aus sprachlichen Gründen ein Sonderfall.

Natürlich haben sie recht, Herr Gasteyger, daß wir Demokratie und Wirtschaft erst lernen müssen. Aber dieser Lernprozeß ist zugleich mit Risiken verbunden, worauf Herr Filipec eben hingewiesen hat. Wahl von Betriebsleitern - oder auch von Institutsdirektoren und dergleichen mehr-, das kann nicht gutgehen. Solche Strukturen wären in keiner Weise lebensfähig, von ihrer Effizienz ganz zu schweigen.

Herr Meyer-Landrut hat zu Recht gesagt, die Praxis sei in vielem schon weiter als die Theorie. Deshalb stehe ich allen Rückgriffen, sei es auf Lenin oder wen sonst, äußerst kritisch gegenüber. In Prag, Leipzig, Dresden oder Berlin ist man darüber weit hinausgegangen. Ein Rückgriff auf Lenin würde beispielsweise bedeuten, zu jener Parteitheorie zurückzukehren, die Grundlage dessen gewesen ist, was man Stalinismus nennt.

Kaiser

Da ist kein Platz für Pluralismus.

Buhr

Völlig richtig. Deshalb müssen diese Fragen von den gesellschaftlichen Kräften entschieden und austariert werden - ich spreche jetzt bewußt nicht von den Individuen. Was wir heute erleben, ist ein geschichtlicher Vorgang, den wir nicht gleich wieder verdrängen sollten. Das heißt, es dürfen jetzt keine neuen Legenden und Illusionen entstehen, sondern wir sollten genau analysieren, wie es zu der Misere kommen konnte. Diese Analyse ist nicht von heute auf morgen zu leisten.

Was bleibt vom Sozialismus? Ist diese Frage überhaupt noch zulässig, hat der Sozialismus nicht total versagt und abgewirtschaftet, so daß man auf diesen Begriff ganz verzichten sollte? Ich bin nicht dieser Meinung. Der Sozialismus beziehungsweise der Marxismus oder die Lehre von Karl Marx bleiben ein Teil der europäischen Kultur und sind daraus nicht wegzustreichen. Was vom Sozialismus auf jeden Fall bleiben wird, ist die Vision einer besseren Gesellschaft, die einklagt, was die Aufklärung gefordert und die bürgerliche Revolution nicht erbracht hat, vor allem auf der sozialen Seite. Auf diesen Nenner werden wir uns vielleicht einigen können. Und wenn ich von Sozialismus spreche, meine ich natürlich auch die Arbeiterbewegung.

Einer der letzten großen Europäer, Gottfried Wilhelm von Leibniz, hat den folgenschweren Satz ausgesprochen: Die Gegenwart geht mit der Zukunft schwanger und ist mit der Geschichte beladen. Mit dieser Last der Vergangenheit dürfen wir es uns nicht zu leicht machen. Denn in dem, was wir jetzt versuchen zu überwinden, liegt auch eine große Chance, ohne daß ich die Risiken, die die gegenwärtige Situation birgt, übersehe, auf die Herr Voigt und Herr Pflüger hingewiesen haben.

Herr Körber hat zu Beginn gesagt, die alten Werte müßten auch die neuen sein. Die alten Werte, auf die wir uns besinnen sollten, waren zeitweise in Vergessenheit geraten oder nur noch verbal vorhanden. Ich denke etwa an die Vernunft in ihrer Einheit von theoretischer und praktischer Vernunft. Mit anderen Worten: Ohne das Regulativ eines kategorischen Imperativs, in welcher Form auch immer, kommen wir nicht aus. Dazu gehört zweitens die Rationalität und der damit verbundene Realismus. Und das dritte ist der Demokratismus; ich spreche bewußt nicht von Demokratie, von der es, wie hier richtig bemerkt wurde, sehr unterschiedliche Modelle gibt; und die Form von Demokratie, die wir uneingeschränkt bejahen können, haben wir sicher noch nicht gefunden.

Demokratismus, das beinhaltet zum einen die Menschenrechte verbunden mit Gewaltenteilung und Rechtsstaat. Das müssen wir erreichen. Dazu gehört auch, daß die führende Rolle einer Partei endgültig der Vergangenheit angehört. Das ist nicht mit Streichung eines Paragraphen getan, sondern die ganze Verfassung muß geändert werden, die ja aus einem bestimmten Geist entstanden ist, der sich in allen möglichen Paragraphen und Artikeln widerspiegelt. Die neue Verfassung muß eben auf das alte europäische Kulturerbe aufbauen.

Und schließlich erwähne ich noch Verantwortung und Solidarität. Die Geschichte unseres Landes, die wir durchlebt haben, war ganz wesentlich von Gedanken des Antifaschismus bestimmt - Max Schmidt hat darauf hingewiesen-, also von dem Bewußtsein, daß sich so etwas wie der Faschismus in keinem Lande wiederholen darf und wir Garantien schaffen müssen, die ähnlichen Entwicklungen vorbauen.

Alle diese Elemente, die ich eben stichwortartig genannt habe, könnten, wenn sie beachtet werden, jene Motivationen freisetzen, die uns bisher gefehlt haben und die wir vor allem in der Arbeitswelt brauchen, um die ökonomische Effektivität zu erhöhen. Was unbedingt gebrochen werden muß, ist die Allmacht des Staates, nicht nur der Partei.

Dabei dürfen wir nicht übersehen, daß bei aller Hoffnung und Euphorie, die wir gegenwärtig zu Recht erleben, es auch Risiken gibt, denen man begegnen muß.

Rovan

Ich würde meinen Vorredner gern fragen: Wenn er von Antifaschismus spricht, gehört dann der Stalinismus mit zum Faschismus, oder macht er da Unterschiede? Mit anderen Worten: Unterscheiden Sie zwischen Katyn und Auschwitz zwischen Workuta und Dachau, wo ich ein Jahr verbracht habe?

Buhr

Ich habe von Antifaschismus und nicht von Antitotalitarismus gesprochen; das würde eine längere Diskussion erfordern. Aber natürlich verurteile ich das, was weiter östlich geschehen ist, genauso wie das, was der Faschismus angerichtet hat.

Muskens

Immer wieder werden hier direkt oder indirekt von Herrn Buhr und Herrn Spáeil Vorwürfe an die Adresse der demokratischen und Bürgerforen in der CSSR und in der DDR gerichtet, ohne daß diese Leute darauf reagieren können, weil sie bei unserem Gespräch über die Zukunft Europas und damit auch ihrer Länder nicht dabei sind.

Spácil

Ich habe kein Wort gegen das Bürgerforum gesagt. Ich stimme Ihnen völlig zu, daß man mit diesen Leuten reden muß, was wir auch tun.

Heigert

Wollen diese Leute auch mit Ihnen reden?

Spácil

Das ist dann deren Sache.

Schmidt

Ich meine, wir sollten hier keine unangemessene Schärfe in unseren Dialog hineinbringen. Das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR in Berlin, dessen Direktor ich bin, führt schon seit Wochen jeden Sonntag öffentliche Diskussionen zu allen drängenden Problemen, zur deutschen Frage genauso wie zu Fragen der Wirtschaftsreform, und zwar mit allen in der DDR bestehenden Bewegungen. Ich spreche bewußt nicht von oppositionellen Bewegungen; denn hier handelt es sich insgesamt um eine Volksbewegung, die entscheidend zu den Veränderungen beigetragen hat. Deshalb kann man jene Gruppen nicht als oppositionell bezeichnen. Wir akzeptieren sie als Diskussionspartner. In diesem Dialog müssen beide Seiten lernen und auch den richtigen Umgangston finden. Aber darum sind wir wirklich ernsthaft bemüht.

Kaiser

Könnte Ihr tschechoslowakisches Institut nicht etwas Ähnliches organisieren, Herr Spáèil?

Spáèil

Genau das haben wir jetzt vor. Vor wenigen Tagen haben wir an alle diese Organisationen einschließlich des Bürgerforums Einladungen verschickt.

Udgaard

Als Norweger, also als einziger Nordeuropäer in diesem Kreis, möchte ich einmal auf einen ganz anderen Tatbestand aufmerksam machen. Länder wie Norwegen, Schweden oder Dänemark sind ja über Jahrhunderte quasi deutsche Kulturprovinzen gewesen. Dies hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg völlig geändert, als sich Nordeuropa noch weit stärker amerikanisiert hatte, als das in Westeuropa der Fall war. Nirgendwo ist der kulturelle Einfluß Amerikas größer gewesen als in den nordeuropäischen Ländern.

Herr Biedenkopf hat davon gesprochen, durch die jetzigen revolutionären Umwälzungen würden die alten kulturellen Kräfte erneut Geltung erlangen. Das bedeutet beispielsweise für Osteuropa konkret, daß erstens das Russische zurückgedrängt wird, sowohl sprachlich als auch kulturell. Zweitens erleben wir eine Renationalisierung, und damit einher geht die Wiederbelebung der Kulturen der kleinen Staaten Ost- und Zentraleuropas. Drittens gewinnt die deutsche Kultur wieder erheblich an Einfluß. Das heißt, neben einer dominierenden ökonomischen Rolle wird Deutschland in Osteuropa ebenso eine weit stärkere kulturelle Rolle spielen als bisher und damit auch eine bedeutende politische Position einnehmen. Die Frage ist, inwieweit das zu neuen Spannungen in Europa führen wird.

Diese Entwicklung wird sich auch im übrigen Europa auswirken. Denn der starke Einfluß der deutschen Kultur wird möglicherweise dazu führen, daß die angelsächsische Kultur in Westeuropa zurückgedrängt wird. Dafür gibt es bereits einige Anzeichen, ob man das nun gutheißt oder nicht. In der Europäischen Gemeinschaft ist jedenfalls eine Tendenz zum kulturellen Protektionismus festzustellen, etwa im Bereich des Fernsehens.

Demgegenüber möchte ich nur daran erinnern, daß die politische Kultur, der die Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg so viel zu verdanken hat, ganz wesentlich dem angelsächsischen Bereich entstammte. Hier sehe ich eine gewisse Gefahr, wenn die neue Euphorie für die deutsche Kultur gerade jene Elemente zu vernachlässigen beginnt, die für die erfolgreiche Entwicklung Nachkriegsdeutschlands so wichtig waren. Ein Zurückdrängen der anglo-amerikanischen Impulse zunächst im kulturellen und in der Folge auch im politischen Bereich, als Konsequenz einer stärkeren Hinwendung zum Osten und einer größeren Verselbständigung der deutschen Kultur, wäre für die weitere Entwicklung der politischen Kultur Deutschlands wohl nicht vorteilhaft.

Skandinavien hat in den letzten Jahren gewissermaßen im Kreuzfeuer von deutschen und angelsächsischen Kulturimpulsen gestanden. Herr Zapewalow hat vorhin konstatiert, Journalismus sei immer ideologisch. Ein Amerikaner würde darauf wahrscheinlich antworten, Journalismus sei nie ideologisch, und der deutsche Journalismus dürfte irgendwo in der Mitte liegen. Ein Beispiel der möglichen politisch-kulturellen Auswirkungen, auf die ich hinweisen möchte, wäre, wenn sich die deutschen Medien stärker der ersten Position zuwenden, also ideologischer werden und sich so vom anglo-amerikanischen journalistischen Vorbild entfernen.

Biedenkopf

Ich stimme Ihnen zu, Herr Udgaard, wenn Sie von einer Revitalisierung der Kulturen der kleinen Länder in Europa sprechen, und ich bin auch der Meinung, daß die deutsche Rolle nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in kultureller Hinsicht in Europa an Bedeutung zunehmen wird. Vor allem halte ich aber Ihre Frage für berechtigt, ob damit jene Impulse aus dem angelsächsischen Raum an Kraft verlieren, denen die Bundesrepublik so außerordentlich viel zu verdanken hat.

Diese Frage ist vor allem deshalb so wichtig, weil diese vornehmlich amerikanischen Impulse in Richtung Wirtschafts- und demokratischer Ordnung der deutschen Tradition vor allem des Idealismus und der Romantik im Grunde überhaupt nicht entsprechen. Das unterstreicht auch die Bedeutung der Sozialismusdebatte, die jetzt in Ansätzen geführt wird und die zum Ergebnis haben könnte, daß sich die Bundesrepublik in Zukunft weit mehr als bisher französischen Impulsen öffnen wird, die mehr staatsorientiert sind, während zugleich auch sozialistische Impulse im besten Sinne des Wortes, die zum Teil aus Skandinavien aber auch aus Ost- und Mitteleuropa kommen, an Einfluß gewinnen werden.

Ich füge jedoch deutlich hinzu, daß ich von jener Sozialismusdebatte, wie sie bei uns im Augenblick geführt wird, überhaupt nichts halte. Die Feststellung, der Sozialismus habe versagt, mag zwar für viele befriedigend sein, aber sie bringt uns nicht weiter. Sozialistisches Gedankengut hat in der deutschen Geschichte immer eine große Bedeutung gehabt, etwa in der sozialen Frage. Es hat auch die Gründung der CDU nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich mit beeinflußt. Das ist noch heute erkennbar, wenn in der CDU über die Rolle des Staates bei der Bewältigung der sozialen Frage diskutiert wird. In dieser bürgerlichen Partei gab es immer eine Spannung zwischen stärker sozialistischen und mehr angelsächsischen Vorstellungen, etwa von wirtschaftlicher Liberalität. Vielleicht verschieben sich hier jetzt die Gewichte.

Markiewicz

Ich will am Beispiel Polens nur unterstreichen, was Herr Udgaard über die Zunahme des deutschen kulturellen Einflusses gesagt hat. So sind in der letzten Woche in Polen erstens eine polnisch-deutsche Gesellschaft, zweitens eine Gesellschaft der ehemaligen Humboldt-Stiftung Stipendiaten mit fast eintausend Mitgliedern und drittens eine Forschungsstelle der Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung entstanden.

Heigert

Viertens wurde ein Abkommen über die Errichtung eines Goethe-Institutes in Warschau unterzeichnet.

Kaiser

Und beim nächsten deutsch-polnischen Forum bringen die Polen einen Deutschen mit polnischer Staatsbürgerschaft und wir einen Polen mit deutscher Staatsbürgerschaft mit. Das geht heute auch.

Lasky

Die bisherige Übereinstimmung in unserem Gespräch ist ja recht stimulierend. Aber allmählich bin ich mir doch bewußt geworden, daß ich mich hier in Mittel- oder Osteuropa befinde, und da erwachte in mir der Geist des Widerspruchs, und ich empfand gegenüber allem, was hier gesagt wurde, so wie Karl Kraus es einmal ausgedrückt hat: "Alles ist wahr, auch das Gegenteil." Wahrscheinlich hat das mit der Zweideutigkeit vieler der abstrakten Begriffe zu tun.

Was die Deutschen freundlicherweise vergessen zu haben scheinen - ich habe es nicht vergessen, denn ich war von 1945-47 in Deutschland: Wir Amerikaner und auch die Franzosen und Engländer waren unmittelbar nach dem Krieg absolut davon überzeugt, daß die Deutschen unfähig seien, eine Demokratie aufzubauen, ja, daß sie nicht einmal in der Lage wären, ein Wirtschaftsunternehmen zu führen, weil sie keine Ahnung hätten, wie das zu machen sei. Ich will damit die Problematik für Rußland, Polen, die Tschechoslowakei oder Ungarn nicht verkleinern, aber innerhalb von zwei oder drei Jahren können sich dort unter den richtigen Bedingungen Demokratien entwickeln.

Nun ist es nicht ganz leicht, in einer Demokratie etwas Gescheites schnell zu tun. Das geht viel einfacher, wenn ein aufgeklärter König das in Szene setzt. Deshalb wohnt jeder Kultur, jeder Sprache eine Arroganz inné nach dem Motto: "Nur so wird es gemacht, nur so kann es sein . . ." Die Deutschen sind dafür besonders anfällig, weil sie das Wort "bei uns" erfunden haben. Während des Krieges nannten wir in New York jeden Deutschen einen "Bei-Unser".

Heute mittag habe ich mich selbständig gemacht und mit einer Sprecherin des Bürgerforums geredet und sie gefragt: "Gehen wir morgen abend - wie vorgesehen - in die Laterna Magica, und werden wir dort einer Konferenz des Bürgerforums beiwohnen?" Sie antwortete: "Ich weiß nicht, was dort los ist; denn wir haben unsere tägliche Pressekonferenz abgesagt." Auf meine Frage, warum dies der Fall sei, sagte sie: "Nun, es lief nicht richtig. Wir haben sie jeden Tag um 19.30 Uhr abgehalten, und das sollte man nicht tun. "-Natürlich sollte man das nicht; denn jede Zeitung der Welt hat spätestens um 19.00 Uhr (meist früher) Redaktionsschluß. Auf diese Weise verpaßt man jeden Tag die Nachrichten. Deshalb halten ja auch die meisten westlichen Regierungen ihre Pressekonferenzen um 14.00 Uhr ab.

Ich fragte weiter: "Kennen Sie nicht die Formel von Rudi Dutschke und Cohn Bendit?": "Wir inszenieren jede Demonstration, jeden Aufruhr, jede Manifestation vor Mittag, damit sie noch in die 18-Uhr-Nachrichten kommen." "Kann ich das Havel erzählen", fragte sie. "Gewiß", sagte ich, "es ist nicht meine Erfindung."

Ein solcher Hinweis ist sicher ein wenig unredlich und manipulativ, hat mit Glasnost nichts zu tun und auch mit Perestroika nicht. Aber er ist hilfreich für das, was man hier erreichen will. Das ist ein vielleicht wenig spektakuläres Beispiel dafür, wie der Westen den Institutionen, die sich in diesem Land entwickeln wollen, helfen kann.

Ich kann hier nur für mich sprechen, und es ist meine Art, nicht alles nur negativ zu sehen. Es gilt, Brücken zu bauen und Projekte durchzuführen, die vielleicht noch ehrgeiziger sind als Brücken und Straßen. Die Arbeiter hier sind qualifiziert, und sie müssen leben. Sie arbeiten acht Stunden am Tag. Sie verbringen vielleicht 20 Jahre bei dieser Tätigkeit. Aber wenn ein Staat sich den Mehrwert der arbeitenden Klassen in zehn verschiedenen Ländern aneignet und keinerlei Kritik daran zuläßt, dann fehlt es an jenem Kapital, das notwendig ist, um, sagen wir, den Neubau einer Universität oder die Renovierung eines Opernhauses oder was immer zu finanzieren.

Jetzt erleben wir, daß die Menschen merken, was vor sich gegangen ist. Ich sitze hier nicht zu Gericht, weil mir die Zeit der Entnazifizierung 1945-1947 in Deutschland gereicht hat, als ich herauszufinden suchte, wer kollaboriert und wer was und wann gewußt hatte. Wer war aufrichtig, wenn er sagte: "Ich war nicht dabei und habe auch nicht daran geglaubt"? Wer war aufrichtig, wenn er erklärte: "Ich glaubte eine Zeitlang daran"? Ich denke an Martin Heidegger 1933. Ich habe mit ihm 1945 gesprochen, ohne zu wissen, daß er erst wenige Wochen vorher aus der Nationalsozialistischen Partei ausgetreten war.

Ich wende mich damit an Herrn Voigt, der eindrucksvoll über das "Saulus-Paulus-Syndrom" gesprochen hat. Vor einer Woche habe ich mich mit einigen osteuropäischen Freunden unterhalten - Ungarn, Polen, Bulgaren waren dabei - und sie gefragt: "Was geschieht in dieser Umbruchssituation? Wie geht es unseren alten Freunden? Was denken und sagen sie?" "Nun", kam die Antwort, "dieser und jener ist außerordentlich kritisch; dieser und jener hat einige ausgezeichnete Artikel geschrieben. Dieser und jener meint, es sei ein verbrecherisches Regime gewesen und Stalin habe nicht nur 20 Millionen, sondern 22 Millionen Menschen umgebracht. Die Bulgaren meinen dies, die Polen glauben jenes und die Ungarn sagen dies und jenes. Wir haben auch einiges aus der DDR und der Tschechoslowakei gehört." Nun, der Vorsitzende unseres kleinen Treffens zog das Resümee: "Auf der Straße nach Damaskus herrscht dieser Tage ein einziges Verkehrschaos. Es ist ein einziger großer Stau. Stoßstange an Stoßstange."

Wie sollen wir damit umgehen? Ich stimme durchaus zu, wenn hier gesagt wurde, wir sollten den sanfteren und freundlicheren Weg einschlagen. Das Problematische an dieser Sanftmütigkeit und Freundlichkeit ist allerdings, daß sie bei den meisten Menschen nicht die Art von Energie freisetzen, deren es bedarf, um in den Ländern zwischen Prag und Wladiwostok die kaum zu bewältigenden Aufgaben der Reform und Umgestaltung der Wirtschaft, des politischen Systems, des Zivil- und Strafrechts und so weiter zu lösen.

Manchmal bedaure ich, daß nicht mehr Leidenschaft im Spiel ist, obgleich ich weiß, daß dies den friedlichen, konstruktiven, kreativen Ansatz, diese Probleme anzugehen, gefährden würde. Ich möchte nicht, daß Herr Honecker ins Gefängnis gesteckt wird. Aber wenn er Staatseigentum gestohlen, Betrug und Ungesetzlichkeiten begangen hat - nicht gegen die Verfassung der USA oder die ungeschriebene britische Verfassung, sondern gegen die DDR-Verfassung-, dann würde eine solche Maßnahme bei den Bürgern dieses Landes, die jetzt Gott sei Dank ans Ruder kommen und versuchen, die Probleme zu lösen, sicher die Wachsamkeit, den Gerechtigkeitsinn und das Eintreten für das öffentliche Wohl erhöhen. Der sanftere und freundlichere Weg würde ihren Sinn für die Gerechtigkeit trüben und sie zynisch machen in ihrer Überzeugung, daß auf lange Sicht die Großen immer davonkommen und die Kleinen bezahlen müssen. Den Kleinen geht es immer an den Kragen.

Ich bin deshalb etwas zwiespältig und sehe beim Thema "Kultur" oder gar "Sozialismus" beide Seiten der Medaille. In beiden Fällen ist mir nicht ganz wohl bei diesen Begriffen. In geschichtlichen Augenblicken wie diesen, in denen Worte ihren Sinn verlieren, völlig neue Begriffe auftauchen und ganze Gesellschaften sich wandeln, sollten wir keine Ausdrücke benutzen, die den 50er, 60er oder 70er Jahren angehören, wie zum Beispiel "sozialistische Länder". Wir sollten nicht darüber reden, ob der Sozialismus am Ende ist, oder was daran noch lebendig und was tot ist. Es war schlicht ein stalinistischer Trick, von "sozialistischen" Ländern zu sprechen, wenn man "kommunistische" Länder meinte.

Weder in der Gegenwart noch in der Vergangenheit ist bisher in irgendeinem dieser Systeme jemals eine sozialistische Partei an der Macht gewesen, sondern es war immer eine kommunistische Partei, was dadurch verschleiert wurde, daß man sich "Vereinigte Sozialistische Arbeiterpartei" oder "Sozialistische Einheitspartei" nannte. Nun werden sie ehrlich wie die Italiener, ändern ihren Namen und kommen mit neuen Prinzipien heraus. Aber wenn wir "Sozialdemokratie" meinen, dann sollten wir auch "Sozialdemokratie" sagen und es nicht durcheinanderbringen mit diesem "Ismus", der 1834 entstand, weil irgend jemand das Wort "Kommunalismus" oder dergleichen nicht mochte. Und jetzt glauben die Leute daran wie an eine Religion.

Hier hat jemand heute gesagt: "Ich habe immer daran geglaubt, und ich werde immer daran glauben!" Angeblich sollte es sich dabei doch um einen wissenschaftlichen Sozialismus handeln - jetzt habe ich eher den Eindruck eines theologischen Sozialismus.

Ich habe heute sogar gehört, daß die Kommunistische Partei der katholischen Kirche ähnlich sei. Da ich Agnostiker bin, hat das kein religiöses Empfinden bei mir verletzt. Es hieß, sie müsse überleben; sie habe zwar einige Fehler begangen, die man genau analysieren müsse, mit denen man jedoch fertig werden wird. Während aber die katholische Kirche einen tiefen mystischen, transzendenten, übernatürlichen Glauben an Gott hatte, hat die Partei immer nur an Götter geglaubt, die versagt haben. Tote Ideen, tote Männer. Und diese toten Männer haben sich so sehr geirrt, wie man sich nur irren kann.

Ähnlich ging es mir, als man sich hier über das "Gedankengut" des Marxismus-Leninismus unterhielt - man sollte besser von "Gedankenschlecht" sprechen. Was die Wirtschaft angeht, waren sie bekanntlich mit einer Vorstellung vom Staat verheiratet, der allmählich absterben sollte. Aber davon konnte in all den siebzig Jahren nicht die Rede sein, und ich denke, niemand glaubt daran, daß der Staat in den nächsten siebzig Jahren verschwinden wird, so wie die Dinge liegen. Gesellschaftlich ging es um die Diktatur des Proletariats. Gott weiß, wieviel Leiden die proletarische Klasse dadurch in vierzig Jahren erfahren hat. Die Mittelschichten, aber auch alle anderen gesellschaftlichen Gruppierungen waren davon betroffen. Dabei ist die Industriearbeiterschaft überall in der Welt - soziologisch gesehen - eine schrumpfende Kraft. Weshalb soll man nur vom "Proletariat" reden?

Es gab also lauter Fetische; wirtschaftlich den des Staates, soziologisch den der Klasse und politisch den der Partei. Und über allem stand die Ideologie. Die Partei verkörperte die objektive wissenschaftliche Wahrheit und jeder, der eine andere Gruppe oder Partei bildete, hatte automatisch unrecht.

Eine letzte Bemerkung. Ich habe in der Tat das Gefühl, daß wir uns heute hier in Prag fast wie auf dem Place de la Concorde in Paris befinden, als die Bastille gestürmt wurde. Ich möchte Herrn Körber besonders dafür danken, daß er es möglich gemacht hat, daß wir zu dieser revolutionären Zeit in der Tschechoslowakei sein können.

Pflüger

Bei einem Prozeß gegen Honecker und andere hohe Repräsentanten des bisherigen Regimes in der DDR würde ich unterscheiden zwischen einer Art politischem Schauprozeß, in dem es dann um die politische Haltung dieser Leute ginge, und Prozessen wegen Korruption oder anderer krimineller Delikte. So richtig es ist, die kriminellen Delikte gerichtlich zu verfolgen, so problematisch würde ich es für einen politischen Neubeginn finden, wenn man jetzt dazu übergeht, um mit Rudi Dutschke zu sprechen, "Charaktermasken" des Systems für die Strukturen dieses Systems zu bestrafen. Das würde nur zur Selbstgerechtigkeit führen, zumal wir im Westen ohnehin darüber nur sehr schwer urteilen können. Wir haben es leicht, über "Wendehälse" zu sprechen; denn bei uns kostet es kaum Zivilcourage, Dinge zu äußern, die vielleicht nicht opportun sind. Ich meine, wir sollten uns hier etwas zurückhalten.

Rovan

Ich gehöre leider einer Generation an, für die diese Fragen außerordentlich aktuell waren, und deshalb erlaube ich mir ein Urteil. Solche Maßnahmen gegen Honecker könnte ich um so weniger billigen, als ich nicht recht sehe, wem in den höheren Rängen dieses Systems dann nicht der Prozeß zu machen wäre. Hier ist ein System zu verurteilen, das Menschen in solche Lagen bringt, und nicht jene Männer, die sowohl Nutznießer wie Opfer eines derartigen Systems gewesen sind. Wir wollen ja keinen Nürnberger Prozeß gegen Honecker und Genossen führen. Ich finde jedenfalls die Art und Weise, wie Leute, die bisher Mitgenießer und nicht nur Mitgenossen waren, jene jetzt sozusagen den Wölfen vorwerfen wollen, wo sie doch selber Wölfe sind, einfach degoutant.

Spáčil

Gewiß, der theologische Vergleich war eine Übertreibung, und Sie sollten verstanden haben, daß ich etwas anderes gemeint habe. Aber warum sollte ich nicht an etwas glauben? Ich glaube an ein Ziel, ob dieses Ziel nun wissenschaftlich fundiert ist oder nicht - ich bin von seiner Wissenschaftlichkeit überzeugt. Aber wir können das Thema des Marxismus und seiner Probleme hier aus Zeitgründen nicht diskutieren. Der Marxismus hat in der Tat seine Probleme. Aber als eine philosophische Richtung, eine philosophische Schule existiert er und wird auch weiterhin existieren. Ich bin hier sozusagen ein Vertreter des Marxismus.

Herr Lasky, ich stimme mit Ihnen in einem Punkt überein. Wir haben von "sozialistischen" Ländern, von "Sozialismus" und von "kommunistischen" Ländern gesprochen. Aber das waren nur Bezeichnungen; denn in Wirklichkeit gab es bisher keine sozialistischen Länder. Wir haben uns selbst ein Land des real existierenden Sozialismus genannt. Das war falsch; denn wir haben dieses Ziel nie erreicht. Wir streben dieses Ziel an, und zwar jetzt mit einem neuen Konzept, in einem kreativen Geist. Vielleicht experimentieren wir noch ein wenig, wie auch Gorbatschow gesagt hat. Eines wollen wir auf jeden Fall, wie Herr Filipec gesagt hat, nämlich demokratisch und sozial sein. Das bedeutet nicht notwendigerweise "sozialdemokratisch"; denn die sozialdemokratische Partei versteht sich zwar als sozial und demokratisch, aber, wenn ich nicht irre, glauben die Sozialdemokraten nicht mehr wirklich an den Sozialismus. Lassen Sie uns hier nicht mit Worten spielen!

Lasky

Hier geht es nicht um Begriffe oder um kleinkarierte Politik; es ist vielmehr eine Frage des intellektuellen Stils. Einen Spaten sollte man einen Spaten nennen - das ist ein Stück der Volksweisheit über all die Jahre. Niemand in der westlichen Welt nannte das Nazi-Regime damals mit dem Namen, den es sich selbst gegeben hatte: "nationalsozialistisch". Dieser Name war ein gerissener Trick und eine Täuschung, um das eigene Programm zu verschleiern.

Das gilt auch für Worte wie "Partei neuen Typs". Die kommunistische Partei war überhaupt keine Partei; denn es gab doch keine anderen Parteien. Keiner, der jemals den Ausdruck "Proletariat" gebraucht hat, hat dieses Proletariat frei wählen lassen. Eine solche freie Stimmabgabe fand auch nicht in den Gewerkschaften statt, ja nirgendwo im Lande. Die Kommunistische Partei in der Ostzone hat beim letzten Mal, im Schatten russischer Bajonette, 20 Prozent der Stimmen bekommen. Ähnlich, aber mit sehr viel mehr Druck, war es in Polen und Ungarn. In einer wirklich freien Wahl jedoch würde die kommunistische Partei auf eine Minorität reduziert und zu einer sektiererischen Partei werden, so wie es in Frankreich, Italien, England, den Vereinigten Staaten, Japan und sonstwo in der Welt der Fall ist.

Ich sprach über diese Frage 1973/74 mit Havel. Das Ergebnis dieses Gesprächs war, daß er sagte, er ziehe Montesquieu, aber auch Karl Popper Karl Marx vor. Er wollte die offene Gesellschaft und nicht die marxistisch geschlossene Gesellschaft, und er wollte, wie Montesquieu, die Gewaltenteilung. Ich habe den Begriff dieser montesquieuschen Gewaltenteilung hier das erste Mal seit 1945, wenn nicht seit 1917, gehört. Der Mensch ist kein Engel - wenn er die Macht hat, tut er nicht nur Dinge, wofür sie gut ist, und wenn er zu viel Macht hat, wird er korrumpiert. Deshalb ist dies die zivilisierte oder, wenn Sie es vorziehen, kultivierte Regierungssystem. Das ist die Lehre der Geschichte die nicht erst gestern auf dem Wenzelsplatz geboren wurde. Sie entstand im sokratischen Dialog Platons, wo man zuhört und dann die Argumente austrägt.

Voigt

Die eigentliche politische Grundfrage ist doch, ob ich bereit bin, auch als Sozialdemokrat oder als Sozialist, in Kauf zu nehmen, daß mein politischer Gegner durch Wahlen an die Macht kommt, oder ob ich meine Ideen auch gegen eine Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen will. Die Kommunisten haben sich entschieden, jene, wie sie meinten, "objektiven", "wissenschaftlichen" Interessen gegen

den Willen der Bevölkerungsmehrheit durchzusetzen. Das hat zu einer generellen Deformation der Intellektualität in allen Bereichen der Politik und Gesellschaft geführt. Hier geht es nicht nur um das Versagen einzelner Personen.

Die Konsequenz ist, daß die Verankerung der Sozialdemokratie in der Bevölkerung weit größer ist als die aller kommunistischen Parteien, und zwar in Ost und West. Der von den Kommunisten beschimpfte sogenannte Reformismus hat in den Ländern Westeuropas und Skandinaviens jedenfalls mehr an realem demokratischen Sozialismus verwirklicht, als dies in jedem Land Osteuropas der Fall ist. Der Kapitalismus Westeuropas ist durch den Kampf der Arbeiterbewegung verändert worden - das gilt übrigens teilweise auch für die USA.

Was uns von den kommunistischen Staaten vor allem unterscheidet, ist das Ausmaß an Demokratie. Das heißt, dadurch, daß unsere Gesellschaften demokratischer sind, haben wir auch bessere sozialistische Ergebnisse erzielt. Und solange Sie in Osteuropa die Frage der Demokratie nicht anders beantworten, werden Sie nie ein besseres System erhalten.

Markiewicz

Herr Voigt, das, was Sie sagen, gehört zu den grundlegenden moralisch-philosophischen Fragen seit den Zeiten des heiligen Augustins: Darf man die Menschen auch gegen ihren Willen glücklich machen?

Spáčil

Ich kann Ihnen durchaus zustimmen, Herr Voigt. Dennoch möchte ich Ihnen versichern, daß die kommunistische Partei immer der Meinung war, sie hätte die Unterstützung des Volkes. Der Fehler war, daß dies in Wirklichkeit nicht zutraf. Auch in der Partei und Bürokratie gab es sehr viele ehrliche Leute, die aufrichtig der Meinung waren, sie könnten sich auf eine breite Zustimmung stützen, wenn da 100.000 Menschen sich versammelten, und das nicht nur am 1.Mai, sondern auch bei anderen Anlässen, zum Beispiel zum Gedächtnis von Gottwald. Sie dachten, das würde beweisen, daß das Volk mit ihnen übereinstimmt. In dem Punkt haben wir gefehlt. Deshalb müssen Partei und Staat sich jetzt anders verhalten, um die Zustimmung des Volkes zu bekommen, und dafür sind freie Wahlen die notwendige Voraussetzung. Das wissen wir jetzt.

Kaiser

Ist das auch mit der Bereitschaft verbunden, sich abwählen zu lassen?

Spáčil

Natürlich, mit allen Konsequenzen.

Ähnlich verhält es sich mit den Ereignissen von 1968. Auch da war die Partei der Überzeugung, daß die Bevölkerung mehrheitlich die Konsequenzen des Prager Frühlings ablehnen würde. Denn es gab damals nicht nur Unterstützung für Dubèek, sondern auch für die Husák-Regierung. Die kommunistische Partei hat jetzt entschieden, daß diese ganze Periode neu bewertet werden muß. Zu Beginn war die Partei jedenfalls selber für Veränderungen. Die Ursachen der Krise sind heute im Grunde die gleichen wie 1968. Damals waren wir der ehrlichen Überzeugung- auch ich-, daß die Entwicklung ungesund war. Da müssen wir heute zweifellos zu einer Neubewertung kommen.

Hinzu kommt, daß die internationale Lage 1968 eine ganz andere war als 1989, und zwar auf beiden Seiten. Die beiden Blöcke haben sich damals ganz anders verhalten als heute.

Ich will die ganze Entwicklung nicht entschuldigen, aber als Wissenschaftler sollte man die Dinge nicht nur aus einer Sicht beurteilen, sondern auch die Gegenseite hören. Aber eine Überprüfung ist zweifellos wichtig.

Rovan

Ich habe eher Mitleid mit dem Herrn, der eben gesprochen hat. Wenn man ihm zuhört, könnte man meinen, freie Wahlen in der Tschechoslowakei hätten bisher aufgrund irgendwelcher Naturkatastrophen nicht stattfinden können. Irgend jemand muß solche freien Wahlen doch wohl verhindert haben, für die er jetzt so überzeugend eintritt. Ich finde eine derartige Argumentation wirklich schwer erträglich.

Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß jemand, der so wichtige Posten bekleidet hat, nicht weiß, wie der Applaus des Volkes zustande kam, daß er nicht weiß, wie Meinungen, Bekenntnisse, Beichten erzwungen wurden. Er gehört doch ungefähr derselben Generation an wie ich. Mich erbittert das, wenn ich solche Worte höre. Ich hätte dem Herrn gewünscht, daß er schweigt.

Spáciil

Es ist Ihre Sache, wie Sie darüber denken. Aber ich habe das Recht, mich hier so zu äußern, wie ich es getan habe. Ich will hinzufügen: Ich bin Tscheche und lebe in diesem Land. Ich habe Hunderte von politischen Freunden, die genauso gedacht haben wie ich. So einfach, wie Sie sich das vorstellen, ist es nicht.

Pflüger

Ich bin mir der Problematik durchaus bewußt, mich hier zu einer Frage zu äußern, wie sie eben diskutiert worden ist. Denn ich bin sehr viel jünger und habe vieles von dem nicht miterlebt. Aber ich weiß nicht, ob man den Dingen so gerecht wird. Wenn ein System so total gescheitert ist wie das sozialistische System des Stalinismus und die Verfechter dieses Systems so offensichtlich verloren haben, dann sollte man vielleicht etwas mehr Nachsicht walten lassen. Natürlich verstehe ich die unterschiedlichen Gefühle, die sich in dieser Situation einstellen. Aber gerade weil wir uns der europäischen Kultur und dem Christentum verpflichtet fühlen, sollten wir jetzt nicht anfangen, über diese Leute zu richten.

Ich hatte vor kurzem ein sehr eindrucksvolles Gespräch mit einer älteren Dame in Ost-Berlin. Sie hat ihr Leben lang an den Marxismus-Leninismus geglaubt; ihr Mann war dafür im KZ gewesen. Sie sagte, es sei ihr einfach nicht möglich, dieser Ideologie zu entsagen, weil sie dann das Gefühl habe, ihren inzwischen verstorbenen Mann zu verraten. Man kann dem entgegenhalten, daß die Frau unrecht hat und jeder stets dazulernen muß. Auf der anderen Seite sollte man aber verstehen, daß es Menschen, die ihr ganzes Leben lang einer bestimmten Geisteshaltung angehangen haben, außerordentlich schwerfällt, ihre tief verwurzelten Ansichten zu ändern.

So sehr ich also Verständnis habe für das, was Sie gesagt haben, Herr Rován, so meine ich: Man sollte auf diese Leute, die so schwer geschlagen sind, zugehen und ihnen nicht noch eins drauf geben.

Rován

Ich will der alten Dame, deren Mann vielleicht mit mir im KZ war, nicht zumuten, daß sie den Marxismus aufgibt. Ich wende mich nur dagegen, wenn Leute, die das alte System in verantwortlicher Position mitgetragen haben, jetzt sozusagen selber den Übergang zelebrieren. Das sollten sie lieber denen überlassen, die unter dem System gelitten haben.

Filipec

Zu Herrn Spáciils Auffassung über die Bedingtheit geschichtlicher Ereignisse und seinem so betontem Hinweis auf die alles bestimmenden Umstände des 21. August 1968 würde ich eine andere Meinung vertreten und die konkreten historischen Bedingungen anders interpretieren. Dieses Prinzip muß natürlich auch auf die Geschichte der kommunistischen Parteien angewandt werden, da die materialistische Geschichtsauffassung keine Fiakerfahrt ist, wo man jederzeit ein- und aussteigen kann. Das kann also nicht heißen, daß man sich die Dinge so zurechtlegt, wie man sie gerade braucht. Eine Lüge läßt sich nicht nachträglich in Wahrheit verwandeln. Das gilt auch für die Justiz, wenn man Menschen für ihre Ansichten kriminalisiert und das dann hinterher mit der besonderen politischen Lage rechtfertigt. Das, was am 21. August 1968 bei uns geschehen ist, war eine Fehlentwicklung mit tragischen Konsequenzen.

Ähnlich verhält es sich mit anderen Fragen, etwa was das Verhältnis der Kommunisten zur Sozialdemokratie angeht. Gottwald hat 1929 behauptet, die Sozialdemokraten seien Sozialfaschisten. Das wurde als Faktum konstatiert. Thorez hat später gesagt, der Unterschied zwischen einer bourgeoisen Demokratie und einer faschistischen Diktatur sei der gleiche wie der zwischen Cholera und Pest. Solche Feststellungen lassen sich in keinem Fall rechtfertigen und mit historischer Bedingtheit erklären, ungeachtet des Opportunismus einiger Führer der Sozialdemokratie. Man kann sich auch nicht damit aus der Affäre ziehen, daß man beteuert, für diese Dinge trügen ausschließlich die Komintern und Moskau die Verantwortung, wobei deren Anteil gar nicht bestritten werden soll.

Ich wehre mich also gegen die kasuistische Rechtfertigung von Ereignissen und Handlungen, indem man sagt, das sei eben zeitbedingt gewesen. Auf diese Weise wurde auch die Geschichte der kommunistischen Partei in eine unwissenschaftliche Apologetik verwandelt, was zu ihrer Realitäts- und Menschenferne wesentlich beigetragen hat.

Spácił

Ich bin Dir für Deine Worte sehr dankbar. Ich wollte mit meiner Antwort an Herrn Komárek nur sagen, daß er bei der Beurteilung der Ereignisse 1968 auch die externen Faktoren mit berücksichtigen muß, die damals wirksam waren. Als man Gorbatschow kürzlich nach dem Jahr 1968 fragte, hat er zu Recht darauf hingewiesen, daß die damalige Lage im Ost-West-Verhältnis nicht mit der im Jahr 1989 verglichen werden kann. Das habe ich ebenfalls gesagt, ohne daß ich unsere damalige Haltung rechtfertigen will, die zweifellos zu verurteilen ist.

Fohrbeck

Ich habe vor drei Jahren eine längere Reise durch die Südrepubliken der Sowjetunion gemacht und dabei festgestellt - was sicher auch einigen von Ihnen bekannt ist-, daß die innenpolitischen Schwierigkeiten der Sowjetunion unübersehbar sind - im Gegensatz zur Außenpolitik. Und der Zerfall des sowjetischen Reiches hat seine Ursachen eben auch in der Kultur. So wurden an der Grenze zu den Südrepubliken unsere russischen Reiseführer, die uns von Moskau begleitet hatten, sofort zum Stillschweigen verurteilt. Es hieß dann: Die Geschichte unseres Landes wollen wir selbst interpretieren; was sind schon 70 Jahre Sozialismus gegen 2000 Jahre alte Weinkulturen? Und Sie können sich kaum vorstellen, wie sich in diesen Weinanbaugebieten das Gorbatschowsche Alkoholverbot negativ ausgewirkt hat. Vielleicht war es notwendig, den Wodkakonsum in Moskau und anderswo zu bremsen, aber in diesen alten Weinkulturen geht man anders mit dem Alkohol um.

Auch die deutsche Außenkulturpolitik trägt nicht unbedingt dazu bei, in den Sowjetrepubliken Ruhe zu stiften. Wir hatten gerade den Kultusminister von Lettland zu Besuch, der sich in Bonn darüber beklagte, daß Stipendien und andere Unterstützungsmaßnahmen durchweg Moskau zugute kommen, während die übrigen nach Autonomie und kultureller Identität strebenden Republiken davon nicht viel abbekommen. Auch das fördert nicht gerade freundschaftliche Gefühle gegenüber Gorbatschow. Und es gibt ja in einzelnen Republiken nicht nur Autonomiebestrebungen; da wird teilweise durchaus höher gepokert, nämlich in Richtung nationale Eigenständigkeit. Die Frage ist, ob solche Tendenzen von der Zentralmacht auf die Dauer hingenommen beziehungsweise wie diese Kräfte darauf reagieren werden. Schließlich hat das Militär noch nicht völlig ausgedient.

In der Sowjetunion hat es ja immer den Pendelschlag zwischen europaorientierter und asienorientierter Politik gegeben, meist begleitet von harten Rückschlägen, wie wir aus europäischer Sicht sagen würden. Demgegenüber dürfte aus asiatischer Sicht eine Entwicklung wie die EG-Blockbildung auch nicht gerade freudig begrüßt werden.

Hinter all dem steht für mich die Frage: Welche Folgen hätte es, wenn Gorbatschow in absehbarer Zeit nicht mehr am Ruder bleibt? Ich meine, wir sollten unsere Thematik "Chancen der europäischen Kultur" auch vor diesem Hintergrund diskutieren und nicht nur gegenseitig die Ideale und Vorzüge unserer Systeme aus der Tasche ziehen, also ein paar amerikanische Ideale - Freiheit etwa statt Massenkultur, und was jeder hier noch so anzubieten hat. Kulturpolitik hat jedenfalls sehr viel mit Realpolitik zu tun. Das sollten wir nicht ganz aus den Augen verlieren.

Muskens

Ich fühle mich sehr privilegiert, gerade jetzt in Prag zu sein, wo Studenten, Künstler, Intellektuelle und Arbeiter im Laufe von zwei Wochen die Geschichte verändert und neu interpretiert haben. Als ich vor zwei Wochen hier war, habe ich mich gefragt, was wir im Bergedorfer Gesprächskreis eigentlich machen wollten, wenn sich nichts änderte, und nun hat sich alles verändert!

Meine generelle Frage ist jetzt: Was könnte und sollte unter den neuen Bedingungen in Europa getan werden? Zuvor möchte ich aber darauf hinweisen, daß wir hier darauf verzichten sollten, Abhängigkeiten in der Weise zu formulieren, wie man sie bei Valtr Komárek heraushören konnte, als er davon sprach, daß die Tschechoslowakei ökonomisch irgendwo zwischen Italien, Portugal und Mexiko stehe. Wenn wir das Problem von der Seite angehen, schreiben wir eine Rangordnung der Abhängigkeiten fest, und das wäre das Schlimmste, was Osteuropa, Westeuropa und auch den Entwicklungsländern passieren könnte.

Mir geht es im folgenden primär um die multilaterale Zusammenarbeit, und zwar insbesondere die zwischen Ost- und Westeuropa. Wenn es zwischen den östlichen und westlichen Ländern nur bilaterale Kooperation geben würde, also zwischen Universitäten, Forschungsgruppen, Kulturinstitutionen und so weiter, würde das bedeuten, daß die entsprechenden osteuropäischen Einrichtungen jeweils mit sehr starken Partnern im Westen verhandeln müßten, die vorzugsweise auf einer supranationalen Ebene integriert sind. Das gilt etwa für Forschungs- und Bildungseinrichtungen in der Europäischen Gemeinschaft mit ihren supranationalen Investitionsprogrammen, Sprach- und Bildungsprogrammen, mit ihrer massiven Unterstützung für die Forschung und allen Arten von übernationalen Programmen. Das heißt, diese westlichen Institutionen sind außerordentlich potent. Auf diese Weise würde man erhebliche Abhängigkeiten schaffen.

Andererseits gibt es auf östlicher Seite nicht so viele geeignete Institutionen, die für eine multilaterale Zusammenarbeit auf kultureller Ebene zwischen Ost- und Westeuropa in Frage kämen. Auf Regierungsebene gibt es das Europäische Komitee bei der UNESCO, das man wiederbeleben könnte. Es gibt ferner die UN-Kommission für Europäische Wirtschaftsentwicklung in Genf, die auch eine Rolle spielen könnte. Vielleicht könnte es zukünftig eine Art Regierungsinitiative auf der Ebene der KSZE-Konferenz geben.

Auf Nicht-Regierungsebene gibt es drei kleine und nicht so potente wissenschaftliche Institutionen in Wien, die schon seit geraumer Zeit die Ost-West-Kooperation fördern. Das ist zum einen das IIASA in Laxenburg, das auf dem Gebiet quantitativer Studien und angewandter Systemanalysen arbeitet. Zweitens gibt es das Centre for Social Welfare Policy and Research, das auf dem Gebiet der Sozialpolitik und der Sozialen Dienste tätig ist. Und drittens erwähne ich das European Coordination Centre for Research and Documentation in Social Sciences, für das ich tätig bin und das sich mit einer ganzen Reihe von Problemen auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften beschäftigt.

Natürlich gibt es nicht nur positive Dinge anzuführen, und ich will zumindest einige Schwierigkeiten nennen, denen man sich zur Zeit gegenüber sieht, wenn man auf dem Gebiet der Ost-West-Kooperation arbeitet. Da gibt es Budgetprobleme, Partizipationsprobleme und dann jene Leichen im Keller, die wir auf dem multilateralen Gebiet natürlich alle haben: unsere stalinistischen dunklen Punkte und unsere roten Schreckgespenster. Hinzu kommt die Unfähigkeit, solche Institutionen den wechselnden Bedingungen anzupassen.

Aber wir unterstützen auch eine Reihe von Programmen, die den gegenwärtigen Veränderungsprozeß ermutigen: gewaltfreie Lösungen von internationalen Konflikten, Vielsprachigkeit im Hinblick auf ethnische Identifikationsbedürfnisse und ein Programm über Alltagskultur, das von Herrn Filipec initiiert wurde.

Scardigli

Ich halte es für notwendig, eine Verbindung zu finden zwischen der heutigen Realität und der europäischen Kultur von morgen. Ich frage mich: Wenn wir uns in ganz Europa auf ein einheitliches wirtschaftliches Modell zubewegen, wie wird es dann um die kulturelle Vielfalt auf diesem Kontinent bestellt sein? Das klang auch bei Herrn Komárek und Herrn Biedenkopf an, als von der Vielfalt als wichtiger Quelle einer dynamischen Entwicklung die Rede war. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie sich eine Annäherung zwischen den westlichen und östlichen Ländern auswirken könnte.

Ich beschäftige mich seit 15 Jahren mit den Lebensformen in Westeuropa. Natürlich berechtigt mich das nicht, hier Predigten zu halten, so wie sich der Westen heute mit Ratschlägen gegenüber den osteuropäischen Ländern zurückhalten sollte. Aber vielleicht sind wir doch in der Lage, aufgrund unserer Erfahrungen einige Einsichten zu vermitteln.

In den 60er und in den frühen 70er Jahren ließ sich in Westeuropa noch eine Reihe von Unterschieden feststellen, für die es nach meiner Erkenntnis zwei Ursprünge gab. Das eine waren regionale Unterschiede. Damit meine ich große kulturelle Räume wie etwa den Mittelmeerraum im Unterschied zum englisch-deutschen Bereich. Bei einer Untersuchung von Gesamteuropa, also unter Einbeziehung von Osteuropa, hätten wir wahrscheinlich mehrere solcher unterschiedlichen Kulturräume herausgefunden. Derartige Unterschiede sind möglicherweise auch mit der keltischen Kultur verbunden, die hier vor 2500 Jahren existiert hat. Es gab ja mehrere große keltische Reiche. Im Hinblick auf Westeuropa stellen wir allerdings eine ausgesprochene Kluft fest zwischen alten römischen Siedlungen um das Mittelmeer herum auf der einen und den germanischen Eroberungen auf der anderen Seite.

Die andere Quelle der Verschiedenartigkeit ist wirtschaftlicher Natur, das heißt, die europäischen Regionen wiesen sehr unterschiedliche wirtschaftliche Niveaus auf, was vor allem die 60er und 70er Jahre betraf und sich in kultureller Hinsicht auswirkte. Während der letzten zehn Jahre hat sich dies aber auf mehreren Feldern angeglichen. Ich habe vorzugsweise auf Gebieten gearbeitet, die weitgehend mit der menschlichen Kultur zusammenhängen, also Familienleben, Bildung, Gesundheit, Arbeitseinstellungen, Konsumgewohnheiten, Freizeit, Solidarität und so weiter. Die erwähnte Angleichung hängt natürlich wesentlich mit dem beschleunigten Aufbau eines gemeinsamen Europas zusammen.

Um es genauer zu sagen: Die wirtschaftlichen Unterschiede bestehen selbstverständlich noch; z. B. zwischen Portugal und den zentralen Regionen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs oder dem Südosten Englands.

Es gibt starke Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Gebieten, zwischen wirtschaftlich unterentwickelten und sehr hochentwickelten Regionen. Dagegen sind andere Unterschiede, die mehr aus historischen Gründen zu erklären sind, so gut wie verschwunden. Wenn man sich zum Beispiel bei den Berufen umsieht, so erkennt man, daß Beschäftigte in den traditionellen Berufen, also die Arbeiter mit dem blauen Kragen, von Land zu Land sehr verschieden sind, während jene, die in modernen Berufen, etwa im Informationssektor, tätig sind, die Arbeitnehmer mit dem weißen Kragen, sich weniger unterscheiden.

Wenn sich die Lebensverhältnisse in Europa allmählich angleichen, könnte das auch die Lösung jener Probleme erleichtern, die Herr Komárek angesprochen hat. Wenn Westeuropa und Osteuropa wirtschaftlich enger zusammengehen, wird das sicher auch zu einer gewissen kulturellen Annäherung führen. Ein anderer Aspekt betrifft die gesellschaftliche Akzeptanz von neuen Technologien, die zwar in allen Ländern gleich sind, mit denen aber von Land zu Land und von Region zu Region sehr verschieden in den Gesellschaften umgegangen wird. Da scheinen durchaus gewisse kulturelle Eigenheiten wieder zurückzukehren.

Pronovost

Ich meine, ein besseres Verständnis für das, was im Alltagsleben und im politischen Prozeß geschieht, ist für jede Kultur von großer Bedeutung. Darin sehe ich meine Aufgabe als Sozialwissenschaftler. Zunächst sollten wir so gründlich wie möglich untersuchen, auf welche Weise einige osteuropäische Länder in der Lage waren, ein so eng verflochtenes System von wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen über einen so langen Zeitraum aufrechtzuerhalten.

Einige Intellektuelle zum Beispiel in der Tschechoslowakei hatten das zweifelhafte Privileg eines tiefen Einblicks in die Mechanismen sozialer Kontrolle - und wie gut funktionierten diese! Sie sollten uns sagen, wie dies möglich war, so daß es vielleicht in Zukunft nie wieder geschehen wird.

Bestimmte Situationen können als reine Typen sozialer Kontrolle verstanden werden, in denen ein gewisser politischer oder ökonomischer Determinismus perfekt funktioniert. Doch Herr Filipec hat ja auch auf jenen offenkundigen Konformismus verwiesen, der politische Kontrolle erleichtert, und ich nehme an, daß ein verdeckter Nonkonformismus zum gleichen Ergebnis führt.

Nun wissen wir andererseits, daß soziale Kontrolle nie lückenlos arbeitet und unterschiedliche Meinungen, Widerstand und auch sozialen Wandel nicht verhindern kann. In einigen Ländern ist man in der einzigartigen Lage, die entscheidenden historischen, sozialen und kulturellen Wurzeln des Wandels belegen zu können, also jene Prozesse, die etwa spontanen Widerstandsbewegungen bis hin zu organisierten Massenbewegungen und - in naher Zukunft vielleicht - auch politischen Parteien zugrunde liegen. Über diese entscheidenden Prozesse, durch die Autonomiebestrebungen und Widerstand ermöglicht werden, selbst in Situationen weitreichender sozialer Kontrolle, sollten möglichst umfassende Informationen für alle Gemeinwesen vorliegen.

Eine weitere Aufgabe der Sozialwissenschaftler sehe ich darin, die laufenden gesellschaftlichen Veränderungen zu verfolgen, die nicht nur in osteuropäischen, sondern auch in westeuropäischen Ländern stattgefunden haben. Wodurch ist es in manchen Ländern möglich geworden, dem politischen System eine neue Legitimität zu verschaffen, die ihm zuvor völlig gefehlt hat? Oder: Auf welche Weise ist es möglich, ein größeres politisches Spektrum zu entwickeln, wo es bis dahin keines gegeben hat? Wie geschieht das etwa in jenen Ländern, in denen zuvor die kommunistische Partei das gesamte Spektrum besetzt hielt und es weder für die Rechte noch für die Linke oder für anarchistische Bewegungen und so weiter Raum gab? Aber wie wird das neue politische Spektrum

aussehen? Wer wird sich auf der Rechten, wer auf der Linken befinden, und welche Konsequenzen hat dies für das betreffende Land?

Des weiteren bin ich davon überzeugt, daß sich Veränderungen in Arbeit und Freizeit in den westlichen Ländern auf das, was man europäische Kultur nennen kann, erheblich auswirken werden. Das gleiche gilt etwa für Wandlungen der Familienstrukturen. In Europa treffen wir die ganze Breite unterschiedlicher Familienstrukturen an, von der Mehrgenerationenfamilie, über die Ein-Eltern-Familie bis hin zu nicht-familiären Formen, die sich alle jeweils sehr unterschiedlich auf das Alltagsverhalten der Menschen auswirken.

Und wie steht es um die politische Kultur der Jugend? In der Tschechoslowakei ist einiges an politischer Bewegung von den Studenten ausgegangen. Aber wie verhält es sich mit der sogenannten unpolitischen Kultur der Jugend in den westeuropäischen Ländern? Wie werden sich diese beiden Typen von Jugendlichen verhalten, wenn sie zusammenkommen?

Heigert

In Westeuropa gibt es ja unendlich viele soziologische Untersuchungen über die Veränderungen der Familienstrukturen, der Mentalität der Jugendlichen, der Arbeitsmoral, der Freizeitgesellschaft und dergleichen mehr. Ich vermute, daß es in den osteuropäischen Ländern an solchen Arbeiten weitgehend noch fehlt.

Filipec

Zu Familie und Jugend gibt es bei uns Untersuchungen mehr als genug. Wo wir ein Defizit haben, ist bei der Umsetzung der ermittelten Ergebnisse. Ein Grund dafür liegt in dem, was bereits gesagt wurde, daß die Führungskader der Partei und zum Teil auch der Regierung überhaupt nicht fähig waren, die notwendigen Konsequenzen aus den vorliegenden Ergebnissen zu ziehen.

Ceska

Als Rektor der hiesigen Karls-Universität erlauben Sie mir vielleicht, beim Thema europäische Kultur etwas eingehender auf die Rolle der Universitäten zu sprechen zu kommen. Im Mittelalter waren die Universitäten auch insofern bedeutende Institutionen, als sie in vieler Hinsicht Entwicklungen in der Gesellschaft vorweggenommen haben. So gab es beispielsweise durch Universitäten durchaus demokratische Impulse. Denn hier wurden nicht nur die Söhne aus adligen und bürgerlichen Kreisen aufgenommen, sondern auch solche aus armen Familien. Ein Beispiel dafür ist Johannes Hus, der im Jahre 1409 sogar Rektor der Karls-Universität geworden war.

Darüber hinaus waren die Universitäten in hohem Maße internationale Institutionen; denn hier kamen Professoren und Studenten aus verschiedenen Ländern zusammen. Auch dafür ist die Karls-Universität ein sehr gutes Beispiel, die älteste Universität östlich des Rheins und nördlich der Alpen. In ihren vier großen Fakultäten, der medizinischen, der juristischen, der philosophischen und der theologischen, weihte sie die Studenten praktisch in alle damals zugänglichen Erkenntnisse ein. Die Studenten kamen aus allen Himmelsrichtungen, vor allem aber aus Deutschland, und deutsche Absolventen der Karls-Universität waren es auch, die später die neuen deutschen Universitäten gegründet haben.

Bis zum 19. Jahrhundert war die Karls-Universität die einzige Hochschule in Böhmen, und sie spielte eine außerordentliche Rolle nicht nur für die Bildung unseres Volkes, sondern insbesondere für seine kulturelle Entwicklung. Insofern leistete sie zweifellos auch ihren Beitrag zur Weltkultur.

Welche Rolle spielen die Universitäten in der Gegenwart? Unser Hauptanliegen besteht zweifellos in der Ausbildung der künftigen Intelligenz. Das ist keine einfache Aufgabe, wenn wir uns bewußtmachen, daß die Menge der Kenntnisse exponential ansteigt, vor allem im Bereich der Naturwissenschaften.

Neben der Lehrtätigkeit kommt natürlich den Forschungsarbeiten an den Universitäten nach wie vor hohe Bedeutung zu.

Eine weitere Aufgabe betrifft die internationale Zusammenarbeit, und gerade auf diesem Gebiet können die Universitäten für den Ausbau des gemeinsamen europäischen Hauses sehr viel leisten, mehr vielleicht als andere Institutionen. Als Bundeskanzler Kohl die Karls-Universität besuchte, habe ich ihm damals gesagt, daß dort, wo die Politiker keine gemeinsame Sprache finden, sie bei den Wissenschaftlern durchaus vorhanden ist; das sollte man nutzen.

An der Karls-Universität fördern wir die internationale Zusammenarbeit schon seit Jahren mit allen Teilen der Welt, keineswegs nur mit Universitäten sozialistischer Länder. Wir unterhalten gegenwärtig Kontakte mit 140 Universitäten, davon mit 18 Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland. Mit 40 Universitäten gibt es direkte Kooperationsverträge. Darunter sind zwei aus der Bundesrepublik, nämlich die Universitäten Hamburg und Passau; ein dritter Vertrag mit der Universität Heidelberg ist in Vorbereitung.

Besonders die Kooperation mit der Universität Hamburg weist gute Ergebnisse auf. Wir veranstalten gemeinsame Symposien und Ausstellungen. Zusammen mit meinem Freund, dem Präsidenten der Universität Hamburg, Peter Fischer-Appelt, haben wir bereits einmal eine Elbe-Moldau-Konferenz durchgeführt, an der neben Vertretern unserer beiden Universitäten auch die Technischen Universitäten von Hamburg-Harburg, Dresden und Prag sowie die Universität Halle-Wittenberg beteiligt waren.

Die Zusammenarbeit richtet sich insbesondere auf konkrete Projekte, und zwar in den Bereichen der Medizin, der Geologie, der Physik und der mathematischen Linguistik, aber auch der Rechtswissenschaften, was mich als Juristen besonders erfreut, zumal die Gesellschaftswissenschaften in unserer Kooperation ohnehin unterrepräsentiert sind. Vielleicht ändert sich das jetzt angesichts der gesellschaftlichen Umwälzungen in der Tschechoslowakei.

Ich schließe mich auch denen an, die der Meinung sind, man könne nicht alles verdammen, was in den letzten Jahrzehnten bei uns stattgefunden hat. Ein Beispiel aus meinem Fachgebiet: Zu Beginn der 60er Jahre haben wir einen neuen Zivilrechtskodex erarbeitet - ich war selbst daran beteiligt-, dessen Grundgedanke ist, den Menschen den bestmöglichen Rechtsschutz in familien-, arbeitsrechtlichen und anderen Beziehungen zu gewährleisten. Dieses Gesetz ist heute noch gültig und hat uns auch die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern erleichtert.

Abschließend möchte ich nur sagen: Wir sehen an der Universität darauf, daß unsere Absolventen nicht nur zu guten Fachleuten ausgebildet werden, sondern daß sie sich als Menschen auch für das kulturelle Geschehen aufschließen. Insofern versuchen wir an der Karls-Universität, unseren Beitrag für eine gemeinsame europäische Kultur im europäischen Haus zu leisten.

Farkas

Ich möchte von der These ausgehen, daß eine Reihe von Gegebenheiten die Völker in Europa zur Zusammenarbeit zwingen, sie zumindest veranlassen, nach Wegen für die Zusammenarbeit zu suchen. Dabei weise ich auf drei Faktoren hin.

Erstens verfügt Europa nur über ein relativ kleines Territorium, es besitzt kaum Rohstoffe, und sein Anteil an der Weltbevölkerung sinkt ständig. Bei diesen sozusagen naturgegebenen Voraussetzungen für eine gesamteuropäische Zusammenarbeit müssen wir natürlich auch das politische Umfeld analysieren, in dem sie wirken. Und in der Hinsicht können wir dann leider nicht sehr optimistisch sein.

Sicher, wir können auf gemeinsame kulturelle Traditionen zurückgreifen, die aber kaum ausreichen dürften, wenn wir eine tragfähige Zusammenarbeit in Europa aufbauen wollen. Es war mehrfach von einer Annäherung der allgemeingültigen Werte im heutigen Europa die Rede, etwa die Achtung vor den Menschenrechten. Aber es kommt entscheidend darauf an, wie diese Menschenrechte politisch oder sozial ausgelegt werden. Die Diskussionen seit den 70er Jahren haben zum Ergebnis gehabt, daß es hier um ein gegenseitiges Geben und Nehmen geht, das die eigentliche Grundlage für eine gemeinsame europäische Zusammenarbeit sein könnte.

Aber welche Gefahren für die Zusammenarbeit bestehen, wenn sich unsere Wertsysteme weiter einander nähern, zeigt die Tatsache, daß in Europa ein tiefer wirtschaftlicher und technologischer Bruch vorhanden ist. Es gab, geschichtlich gesehen, immer ein gewisses Gefälle von West nach Ost, das sich jetzt aber zu einem Bruch entwickelt hat. Angesichts dieser Tatsache so grundlegender Unterschiede in den wirtschaftlichen und technologischen Gegebenheiten wird die Freizügigkeit für Menschen und Ideen zweifellos dazu führen, daß sich die unerwünschte Massenemigration weiterhin einseitig von Ost nach West verstärkt. Mit diesem Problem können wir nur gemeinsam fertigwerden. Dazu brauchen wir die vorhandenen europäischen Institutionen. Dafür reichen bilaterale Absprachen nicht aus.

Von daher noch ein kurzes Wort zur multilateralen Zusammenarbeit. Von den gegenwärtigen europäischen Institutionen bietet der Europarat meiner Ansicht nach die besten Voraussetzungen für eine solche Zusammenarbeit. Er umfaßt heute bereits die meisten Staaten Europas. Ungarn wird hoffentlich bald Vollmitglied werden; einige osteuropäische Staaten sind schon assoziierte Mitglieder. Mit Hilfe der kulturellen Konvention und der Tätigkeit des Rates für kulturelle Zusammenarbeit könnte

die gesamteuropäische Kulturarbeit angekurbelt werden. Ungarn ist sehr daran interessiert, vor allem an den Programmen zur Förderung der Mehrsprachigkeit. Auch am Jugendaustausch hat Ungarn großes Interesse. Denn wir halten es für wichtig, daß sich die kulturellen Bemühungen nicht auf eine kleine Elite beschränken, sondern allmählich breitere Bevölkerungsschichten in den beteiligten Ländern erfassen. Selbstverständlich sollten wir dabei die materiellen Voraussetzungen nicht unterschätzen.

Meyer-Landrut

Ihren Hinweis auf die Erweiterung des kulturellen Austausches halte ich für sehr wichtig, Herr Farkas. Ich hatte mich bei meiner Tätigkeit in der Sowjetunion für Städtepartnerschaften engagiert, womit wir sehr erfolgreich waren. Es gibt inzwischen über 60 solcher Städtepartnerschaften, auch wenn nicht alle gut funktionieren. Aber viele junge Leute werden dadurch angeregt, die Sprache des anderen Landes zu lernen. Sie sind etwa mit ihrem Sportverein in der betreffenden Partnerstadt gewesen und haben in Familien gewohnt. Alle diese Dinge halte ich im gesamteuropäischen Prozeß auch im politischen Sinne für eine ganz wichtige Komponente.

Fohrbeck

Ich begrüße, daß Herr Farkas den Europarat erwähnt hat. Wir gehen ja in unseren auswärtigen Beziehungen immer noch sehr stark von einem bilateralen Austausch aus, auch im Kulturbereich. Mit dem Sprung zu multikulturellen Netzwerken tut man sich jedenfalls schwer in der Politik.

Gerade auf dem Gebiet europäischer Kulturpolitik kann der Europarat außerordentlich hilfreich sein. Ich habe das selbst erfahren, als es darum ging, kulturpolitische Forschungszentren aus West- und Osteuropa zusammenzubringen. Dazu gehören mittlerweile 25 Institute im Westen und 8 in Mittel- und Osteuropa. Das ist nur dank der Hilfe des Europarates möglich gewesen. Die politischen Strukturen in den nationalen Staaten sind dabei jedenfalls kaum behilflich gewesen.

Der kulturelle und künstlerische Austausch - Kunst jetzt im engeren Sinne betrachtet - ist jedenfalls etwa im Vergleich zum Wissenschaftsbereich noch unterentwickelt. Ich bin ein großer Anhänger von Städte- und auch von Berufspartnerschaften und ähnlichem. Aber dieser multikulturelle Erfahrungsaustausch ist ganz wichtig, um aus dem provinziellen und bilateralen Nützlichkeitsdenken ein wenig herauszukommen.

Adam

Wenn ich die Perspektiven der kulturellen Entwicklung in Europa am Ende dieses Jahrhunderts betrachte, kann ich bestimmte Befürchtungen nicht unterdrücken. Ich denke etwa an gewisse Monopolisierungstendenzen, die aus den Interessen des Finanzkapitals resultieren. Wir alle kennen die Folgen der Amerikanisierung der europäischen Kultur. Ich erwähne nur die Flut der amerikanischen Filme, die zu so niedrigen Kosten hergestellt werden - entsprechend niedrig ist ihre Qualität-, daß westeuropäische Filmproduzenten es kaum damit aufnehmen können. Oder denken Sie an die Amerikanisierung westeuropäischer Städte, sogar von Paris. Natürlich gibt es auch positive Auswirkungen für die europäische Kultur, aber grundsätzlich ruft diese Entwicklung in Europa Besorgnis hervor.

Wie berechtigt solche Besorgnisse sind, zeigen zum Beispiel Bemühungen im audiovisuellen Bereich, also von Eureka, bestimmte prozentuale Anteile für europäische Programme festzusetzen. Ich bin aber der Ansicht, daß die Öffnung der europäischen Kultur einhergehen muß mit der Bewahrung der nationalen Souveränität der einzelnen Kulturen. Denn darin sehe ich eine wichtige Quelle für die gegenseitige Bereicherung der europäischen Völker. Hier müssen die richtigen Proportionen gefunden werden, damit die Besonderheiten der nationalen Kulturen, vor allem der kleineren Völker, nicht erstickt werden und einfach von der Bildfläche verschwinden. Ich nenne als Beispiel die Folklore.

Die wachsende Internationalisierung der Weltkultur in weiten Bereichen, unter anderem auch die Tatsache, daß sich die internationale Verständigung immer mehr auf wenige Weltsprachen beschränkt, kann für die Entwicklung der nationalen Kulturen unabsehbare Folgen haben. Auch die finanziellen Interessen im Kulturbereich könnten diesbezüglich eine sehr negative Rolle spielen. Deshalb brauchen wir Instrumente, die solchen Gefahren begegnen und die die Entwicklung und Bewahrung nationaler Kulturen fördern. Bestimmte Möglichkeiten sehe ich dafür im KSZE-Prozeß für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, aber auch im Europarat und in anderen europäischen Organisationen.

Voraussetzung dafür ist aber die prinzipielle Offenheit dieser Organisationen für alle europäischen Länder. Ich würde gern hören, daß wir in diesen Institutionen willkommen sind. Eine andere Frage ist, ob der Gemeinsame Markt in Westeuropa nach 1992 nicht negative Auswirkungen für die europäische Kultur haben wird. Das sind Fragen, die uns in Osteuropa bewegen.

Heigert

Herr Adam, ich teile Ihre Sorgen, aber bei jeder Entwicklung gibt es immer eine positive und eine negative Seite. Die moderne Massenkommunikation überflutet nicht nur Ihre Länder, sondern auch Länder der dritten Welt mit den primitivsten amerikanischen Filmen.

Helbig

Es gibt aber auch gute amerikanische Filme.

Heigert

Sicher. Aber die billigen Produktionen aus den audiovisuellen Archiven machen mich sehr besorgt. Nur verhindern können wir sie nicht, es sei denn durch Zensur, an die wir aber wohl kaum denken sollten. Denn damit würde der kulturellen Entwicklung gewiß nicht gedient, im Gegenteil. Hier besteht in der Tat ein Dilemma.

Cisar

Ich möchte zunächst kurz etwas zu meiner Vita sagen. Ich bin ein tschechischer Intellektueller, dem es vergönnt war, die verschiedenen europäischen Bildungsrichtungen kennenzulernen und die europäische Kultur in ihrer Breite in sich aufzunehmen. Ich habe Soziologie und Geschichte studiert, war Journalist, dann in den 60er Jahren Minister für Schulwesen und Kultur. Eine Zeitlang war ich Diplomat und gehörte zu den Politikern des Jahres 1968, und zwar im Amt des Präsidenten des tschechischen Nationalrates, als die Tschechoslowakei zu einem föderativen Staat wurde. Nach 1968 habe ich 20 Jahre lang verschiedene bürgerliche Berufe ausgeübt, und heute bin ich froh, wieder unter Ihnen zu sitzen.

Seit 14 Tagen weiß ich im Grunde nicht mehr, ob ich schon wieder lebe oder noch nicht in dieser nie dagewesenen Atmosphäre. Tag und Nacht habe ich über die Dinge nachgedacht, sie analysiert, nach Auswegen gesucht und war gleichzeitig in das aufregende öffentliche Geschehen mit hineingezogen. Ich habe mich an den großen Diskussionen in den Prager Theatern beteiligt und werde immer wieder von in- und ausländischen Journalisten bedrängt. Angesichts der hochpolitischen Atmosphäre in diesem Lande, fällt es mir auch ein wenig schwer, mich hier zu Fragen des Verhältnisses von Politik und Kultur zu äußern.

Die politische Kultur in der Tschechoslowakei war stets getragen vom Kulturniveau dieses Landes und seiner Einwohner. Schon im 19. Jahrhundert gab es unter unseren Politikern führende tschechische Intellektuelle, die im wahrsten Sinne des Wortes europäische Kulturträger waren, Historiker, Schriftsteller, Universitätsprofessoren, Volkswirtschaftler und auch Repräsentanten der Arbeiterbewegung und später der Sozialdemokratie. Gerade die Vorkämpfer der Arbeiterschaft konnten an die große Tradition der Selbstbildung anknüpfen. Diese Menschen hatten ja keine Universitätsbildung, aber sie konnten lesen und schreiben und natürlich auch denken. Die politische Kultur unseres Landes war also von Anfang an in der Arbeiterbewegung, in der sozialistischen Bewegung verankert. Hier bestand keine Trennung von der nationalen und der demokratischen Entwicklung. Wir hatten ja so gut wie keinen Adel und auch nur eine sehr schwache Bourgeoisie. Als 1918 der tschechoslowakische Staat gegründet wurde, konnten es die sogenannten tschechischen Kapitalisten jedenfalls nicht mit den großen europäischen oder überseeischen Unternehmen aufnehmen.

Dieser volksnahe oder gar plebejische Demokratismus, den es hier gab, fand seinen Niederschlag in jenem hohen Kulturniveau, das damals und auch noch einige Zeit danach für die Politiker unseres Landes kennzeichnend war, ob sie vorher nun intellektuelle Berufe ausgeübt hatten oder Arbeiter gewesen waren. Ihre hohe berufliche Qualifikation war jedenfalls unbestritten.

Ich betone das deshalb, weil in späteren Zeiten, vor allem in den letzten Jahrzehnten, diese Hauptelemente der tschechischen Kultur und der durch sie beeinflussten Politik grob zerstört wurden. Man hat sogar versucht, diese eigenständige politische Kultur gegen eine andere auszutauschen, die man weder tschechisch noch europäisch nennen konnte, ohne daß ich damit die Kultur anderer Kontinente und Völker abwerten möchte.

Wir leben seit über 1000 Jahren in diesem europäischen Milieu, das uns so sehr geprägt hat, daß wir aus unserer Haut einfach nicht herauskommen. Unter dem stumpfen Bürokratismus einer autoritären Staatsleitung, deren Opfer wir in den letzten Jahrzehnten waren, können wir nicht leben. Natürlich war dies keine Zeit der absoluten Finsternis mit einer totalen Unterdrückung der natürlichen Eigenschaften unserer Kultur. Hier gab es harte Auseinandersetzungen. Auch innerhalb der kommunistischen Partei gab es Strömungen, die sich gegen diesen Bürokratismus in den öffentlichen Angelegenheiten, gegen jene stalinistisch autoritäre Art, das Land zu beherrschen, gewehrt haben.

Ich werde von Journalisten immer wieder verwundert gefragt, wie es möglich sei, daß wir das einzige mitteleuropäische Land sind, in dem eine halbe Million Mitglieder aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen wurden. Darin zeigt sich eben unsere wehrhafte politische Kultur, die zu kämpfen versteht und die sich ja letztendlich auch durchsetzen und an ihre besten Traditionen anknüpfen konnte. Das, was jetzt bei uns geschieht, entspricht unserer ganzen Geschichte. Vor kurzem hat mich eine französische Journalistin gefragt: Was ist das für eine Revolution, bei der kein Fenster eingeschlagen wurde? Unsere Schauspieler nennen das eine "sanfte Revolution".

Wir kennen in unserer Geschichte gesellschaftliche Bewegungen mit entsprechenden Umbrüchen, die nach einer langen Zeit des Heranreifens und ideeller Auseinandersetzungen mitunter urplötzlich zustande kommen. Dieses Mal war der letzte Tropfen, der den vollen Becher zum Überlaufen brachte, eben jene tragischen Ereignisse vom 17. November. Der gesellschaftliche Strom gewann danach eine solche Dynamik und eine Geschwindigkeit, daß das alte System in zehn Tagen erschüttert und die Grundlagen eines neuen Systems gelegt wurden.

Wir sind in der glücklichen Lage, über Menschen mit einer hohen politischen Kultur zu verfügen, die man jahrelang vergeblich unterdrückt hat. Das haben auch die ausländischen Journalisten wahrgenommen, wenn sie verwundert feststellten, daß wir einen Generalstreik erklären, aber das normale Leben geht weiter, der Verkehr funktioniert, die Geschäfte sind geöffnet, die Menschen gehen einkaufen und leben ganz normal. Sie haben nach einer Erklärung gesucht, wie es möglich ist, daß die eine Hälfte des Volkes streikt, während die andere Hälfte sicherstellt, daß keine ernstlichen Störungen des normalen zivilisierten Lebens eintreten.

Bitte verdächtigen Sie mich nicht, daß ich mein Land unbedingt hervorheben will.

Kaiser

Herr Cisar;, wo sehen Sie in diesem Lande die größten Gefahren, die den Prozeß, den Sie beschrieben haben, wieder in Frage stellen könnten? Und was können wir, Ihre Nachbarn, die diesen Prozeß mit Sympathie verfolgen, tun?

Lasky

Was hat eigentlich die "sanfte" Revolution, von der Sie sprechen, Herr Cisar;, für einen Hintergrund? Hat es in diesem Land in den 20 Jahren seit 1968 eine Diskussion über gewaltlosen Widerstand und die Absetzung eines totalitären Regimes gegeben? Oder war es die natürliche Freundlichkeit der Menschen? Oder geschah es aufgrund der wohlüberlegten Furcht einer hilflosen Bevölkerung, die in der Vergangenheit Erfahrungen mit Gewalt und Panzern gemacht hat? Mit anderen Worten: War hier eine Gewaltlosigkeit im Sinne Gandhis wirksam, oder waren vor allem die anderen beiden Faktoren für diese friedvolle Protestbewegung bestimmend?

Heigert

Sie haben geschildert, daß Prag in diesem Staat das geistige Zentrum ist, wo die eigentliche Bewegung stattfindet, von der Sie gesprochen haben. Wie sieht das aber im Lande selbst aus? Wie ist die Resonanz bei den sogenannten einfachen Leuten draußen?

Meyer-Landrut

Das Problem, das ich hier sehe, ist, wie eine solche Bewegung, die von Studenten und den zu ihnen gestoßenen Arbeitern ausgelöst wurde, eine institutionelle Form bekommt. In Polen gab es die Entwicklung des runden Tisches, aber auch starke Institutionen, die hinter den Repräsentanten der politischen Bewegung standen. Da waren also zumindest in Ansätzen politische Strukturen vorhanden. Und die sehe ich hier in der Tschechoslowakei bisher nicht. Besteht da nicht die Gefahr, daß ohne solche Institutionen der Elan der Freiheit und Demokratie wieder zum Scheitern verurteilt ist?

Cisar

Ich lasse einmal die äußeren Faktoren beiseite, die heute viel günstiger sind als vor 21 Jahren. Überall in den Ländern der sogenannten sozialistischen Gemeinschaft gibt es ähnliche Wandlungen, so daß die Gefahr eines gewalttätigen Eingriffs von außen nicht mehr besteht. Das ist zweifellos eine Folge der gesamteuropäischen Entwicklung auf der einen und der inneren Entwicklung in Ost- und Mitteleuropa auf der anderen Seite.

Ich meine auch nicht, daß die Dinge bei uns genauso verlaufen werden wie in der Sowjetunion oder in Polen. Es gibt bei uns einige traditionelle Faktoren, die die Gefährdung im Inneren so weit begrenzen könnten, daß dieser Prozeß nicht ernsthaft behindert wird. Aber wir müssen damit rechnen, daß die Entwicklung dadurch verlangsamt werden kann und vielleicht auch nicht so spektakulär verlaufen wird, wie wir das in Polen und anderswo erlebt haben.

In den alten Strukturen, den staatlichen Machtinstitutionen, gibt es natürlich noch eine ganze Reihe von Menschen, die die alte direktiv-autoritäre Macht repräsentieren. Aber diese Menschen verhielten sich meist deshalb so, weil sie dazu gezwungen waren. Ich bin davon überzeugt, daß sich ein großer Teil von ihnen überhaupt nicht damit identifiziert hat. Ich kenne viele solcher Menschen, die das bestätigen könnten.

Die kommunistische Partei, die sich fast völlig abgekapselt hatte, versuchte, die Tschechoslowakei zu einer Art Insel eines trägen Konservatismus zu machen. Hier ist jetzt vieles in Bewegung geraten. Zehntausende haben die Partei bereits verlassen; andere versuchen, eine innere Umgestaltung zu erzwingen, um die letzten Merkmale des Stalinismus zu überwinden und zu einem demokratischen Sozialismus überzugehen.

Sie fragen, Herr Kaiser, wie unsere Nachbarn uns bei dieser Entwicklung helfen könnten. Zunächst sollten vor allem die westlichen Nachbarn begreifen, daß die Menschen bei uns nicht nur in demokratischen, sondern insbesondere auch in ausgeprägt sozialen Verhältnissen leben wollen. Die Menschen hier haben den Glauben an einen Sozialismus des menschlichen Fortschritts, und zwar sowohl in materieller als auch in sozialer und geistiger Hinsicht nicht völlig aufgegeben. Dieser Sozialismus umfaßte auch die christlichen Traditionen der Barmherzigkeit, der gegenseitigen Hilfe. Der Papst hat uns vor kurzem ein Geschenk gemacht, indem er die Begründerin der barmherzigen Bewegung, die tschechische Agnes aus Böhmen heiliggesprochen hat.

Diese Tradition ist hier also stark ausgeprägt, und die Arbeiter, aber auch viele Intellektuelle können sich nur schwer vorstellen, daß wir wieder zu Verhältnissen zurückkehren, die in diesem Lande überwunden sind, daß wir zum Beispiel die staatlichen Betriebe wieder privatisieren und an einen x-beliebigen Interessenten veräußern könnten. Vergessen Sie nicht, daß die Arbeiterklasse bei uns noch die große Masse der Bevölkerung ausmacht. Sie freut sich natürlich über die demokratischen Veränderungen, aber sie bangt zugleich, ob dadurch ihre sozialen Errungenschaften gefährdet werden.

Es wird zweifellos eine demokratische Entwicklung geben, aber wir werden nicht zu Verhältnissen zurückkehren, wie sie hier vor dem Jahr 1938 bestanden haben. Sie werden bei uns nur sehr wenige Menschen finden, die sich die künftige Entwicklung der Tschechoslowakei als eine Rückkehr zum Kapitalismus vorstellen - anders als in Polen, wo solche Tendenzen viel stärker sind. Keine politische Gruppierung, auch das Bürgerforum nicht, hat so etwas in ihr Programm aufgenommen.

Wir sind allerdings der Meinung, daß unsere ganze Wirtschaft von einem anderen Geist beseelt werden muß, um die vorhandenen großen Kapazitäten dynamisch zu erschließen. Dafür müssen alle Elemente eines modernen Unternehmungsgeistes, was das Management und so weiter betrifft, übernommen werden. Zugleich aber gilt es, alle sozialen Aspekte unseres Lebens beizubehalten.

Von diesen Besonderheiten bei uns sollten Sie sich leiten lassen, wenn Sie die Tschechoslowakei in Zukunft unterstützen wollen. Wir wollen Sie keineswegs enttäuschen und werden uns bemühen, für Sie zuverlässige Partner zu sein. Aber Sie sollten unsere Eigenarten respektieren.

Angesichts der jetzigen Ereignisse - aber auch im Rückblick auf 1968 - stellt Herr Lasky die Frage, ob bei uns der Typus des gewaltlosen Widerstandes à la Gandhi besonders ausgeprägt ist. Nun, die Beurteilung müssen wir wohl den Historikern überlassen, um festzustellen, welche Faktoren insbesondere auf die Entwicklung von 1968 Einfluß hatten. Es wird in Kürze über 1968 ein Buch erscheinen, geschrieben von einer Reihe von Historikern, die nach 1968 ihren Beruf nicht mehr ausüben konnten, sondern als Heizer, Pförtner oder Taxifahrer tätig waren. Vielleicht geben diese Berichte Aufschluß über die damalige Zeit.

Prag und das Land, Herr Heigert. Bei uns besteht die Tradition, daß die großen Städte, die auch große Arbeiter- und Intellektuellenzentren sind, immer eine Art Avantgarde für das Land darstellen. Auf dem Lande hat man sich im Jahre 1968 nur zögernd der Entwicklung angeschlossen; die konservative Einstellung überwog zunächst. Aber dann hat man doch sehr schnell die fortschrittlichen Gedanken übernommen, auch wenn es etwas länger als in den Städten gedauert hat. Ähnlich scheint es jetzt zu sein. Das Land ist sich noch nicht voll dessen bewußt, was sich im Zentrum abspielt. Aber die Massenmedien werden schon dafür sorgen, daß die Verspätung rasch eingeholt wird.

Biedenkopf

Noch eine Frage zur Wirtschaftsordnung, Herr Cisar;. Was Sie über den Zusammenhang zwischen sozialer Ordnung und unternehmerischer Initiative gesagt haben, entspricht das in etwa dem, was Ota Sik mit dem dritten Weg meint?

Cisar

Im Jahre 1968 war Ota Sik stellvertretender Ministerpräsident und verantwortlich für die Wirtschaftsreform, für die er die theoretischen Voraussetzungen mit ausgearbeitet hat. Aber die Vorstellungen über die ökonomische Entwicklung waren damals nicht einheitlich. Ota Sik und sein Team standen in Auseinandersetzungen mit einer anderen Gruppe an unserer Wirtschaftshochschule unter Leitung des damaligen Rektors Vladimir Kadlec. Es gab auch noch andere gegensätzliche Tendenzen, aber diese beiden waren die wichtigsten. Sie stimmten durchaus darin überein, daß es notwendig sei, die bürokratische Führung der Wirtschaft und die direktive Planung abzuschaffen und die Marktkontakte zu verstärken; aber ihre Ansichten gingen vor allem darin auseinander, wie der Übergang zu den neuen Verhältnissen vor sich gehen sollte.

Wir haben gehört, daß Ota Sik jetzt mit einer Gruppe von Ökonomen in die Tschechoslowakei kommen möchte, um bei der Lösung unserer ökonomischen Probleme mitzuhelfen. Auch heute besteht unter unseren Ökonomen keine Einigkeit über die Lösungswege, während sie in der Analyse des Vergangenen durchaus übereinstimmen. Unser Freund Valtr Komárek, der Leiter des Instituts für Prognosen, hat ja eine umfassende Analyse unserer bisherigen ökonomischen Entwicklung durchgeführt, aber es wird heftig darüber diskutiert, wie es weitergehen soll. Das Institut betont besonders eine Strukturreform unserer Industrie, weil die Schwerindustrie bei uns absolut Übergewichtig ist, während andere Sektoren, auf denen wir traditionell stark waren, lange vernachlässigt wurden. So hat man zum Beispiel unseren Naturreichtum in der Land- und Forstwirtschaft nur wenig effektiv genutzt.

Es gibt nun eine Gruppe, zu der auch ich gehöre, die gegen Komárek opponiert und darauf hinweist, daß Strukturveränderungen in der tschechoslowakischen Industrie nicht kurzfristig herbeigeführt werden können, sondern eine langfristige Angelegenheit sind. Wir haben große Industriekapazitäten aufgebaut und beispielsweise in der Slowakei sehr gut ausgerüstete Maschinenbaubetriebe und Schwerindustrie. Hinzu kommt die Rüstungsindustrie, die auf die Herstellung von Konsumgütern umgestellt werden soll, so jedenfalls die Forderung von Professor Komárek. Dagegen wird eingewandt, daß es - zumindest kurzfristig - problematisch sein dürfte, die Schwermaschinenindustrie auf die Produktion von, sagen wir, Küchengeschirr umzustellen. Das ist ja auch eine Frage der Qualifikation der dort Tätigen.

Einige Ökonomen und auch Managementexperten treten für eine Modernisierung dieser großen Kapazitäten ein. Dazu benötigen wir natürlich Hilfe von außen, möglicherweise in Form einer Anleihe von ausländischen Unternehmen.

Ich kann Ihnen also die Frage nicht beantworten, ob wir Ota Siks dritten Weg beschreiten wollen. Die Wirtschaftsreform beginnt erst, und wir werden sicher auch Fehler machen, weil einige Dinge noch nicht richtig durchdacht sind. Aber der beste Lehrer ist ja bekanntlich die Praxis. Ein noch so gut ausgedachtes Modell wird erst durch die Praxis korrigiert, wobei sich dann erst zeigt, was nicht perfekt war. Aber da die Tschechoslowakei über eine entwickelte ökonomische Basis verfügt, sind wir davon überzeugt, wenn wir all die qualifizierten Kader, die bisher nicht richtig eingesetzt waren, nunmehr effektiv nutzen, werden wir auch imstande sein, mit unseren Problemen fertigzuwerden.

Es tut mir leid, eine klarere Antwort kann ich Ihnen auf Ihre Frage derzeit nicht geben.

Spáčil

Cestmir Cisar hat zu Recht darauf hingewiesen, daß es in der Vergangenheit auch innerhalb der kommunistischen Partei durchaus unterschiedliche Ansichten zur Wirtschaftsreform gegeben hat. Auf

der anderen Seite wurde allerdings die Parteidisziplin wirksam, die für abweichende Meinungen wenig Raum ließ.

Was unsere Industrie angeht, so leidet sie besonders unter Überalterung, die sicher mit der direktiven administrativen Leitung der Industrie zusammenhängt. Diese Leitungsmethode mochte unmittelbar nach 1945 in der Zeit des Wiederaufbaus sinnvoll gewesen sein, weil da schnell etwas getan werden mußte, was mit direktiven Anordnungen rascher geht, als wenn erst lange darüber diskutiert werden muß. Aber diese Methode hat sich später absolut erschöpft.

Ein zweites Moment hat dazu beigetragen, daß die traditionelle Industrie, die vordem in den böhmischen Ländern auf einem hohen Niveau stand, rückständig wurde, das war die Industrialisierung der Slowakei, die früher ein Agrarland, eine Art Anhängsel der böhmischen Länder war. Um auch in diesem Gebiet das Lebensniveau zu erhöhen und allmählich den fortschrittlichen Landesteilen in Böhmen anzupassen, gingen die meisten Investitionen in die Slowakei. Ob es dabei richtig war, solche Industriegiganten aufzubauen, ist eine andere Frage - optimal war es sicher nicht, aber darin liegt einer der Gründe, weshalb die traditionelle Industrie in den böhmischen Ländern entscheidend zurückfiel.

Schmidt

Selbstverständlich gibt es auch bei großen Teilen unserer Bevölkerung Befürchtungen, wie sie Herr Cisar; für die CSSR formuliert hat, in bezug auf bestimmte Elemente sozialer Sicherheit. Nicht von ungefähr warnen viele Menschen, vor allem Intellektuelle bei uns vor dem Ausverkauf unseres Landes.

Für mich steht ohnehin nicht die Frage an erster Stelle, inwieweit sich der bisherige Sozialismus jetzt dem Kapitalismus öffnet, sondern wie wir gemeinsam die für die heutige Menschheit bestehenden globalen Reproduktionsbedingungen berücksichtigen, ihnen entsprechen. Ohne allseitige und umfassende Kooperation ist heute kein Staat überlebensfähig.

Von daher plädiere ich für eine Einbettung unserer Gesellschaft und ihrer Wirtschaft in das gesamte weltwirtschaftliche und weltpolitische Beziehungsgeflecht. Dabei müssen wir uns der modernsten Kooperationsformen bedienen, die es heute gibt, bis hin zu Joint-ventures und Kapitalbeteiligungen. In diesem Sinne müssen wir unser Wirtschaftssystem so umgestalten, daß eine Anpassung an solche Entwicklungen möglich wird, das heißt Entwicklungen in Richtung Marktwirtschaft. Wieweit dafür eine Änderung der Eigentumsformen Voraussetzung ist, wird zu diskutieren sein.

Zumindest im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe wird es darauf ankommen, in stärkerem Maße private Initiative freizusetzen. Ich bin persönlich davon überzeugt, daß das Rückgrat unserer Wirtschaft die großen Wirtschaftseinheiten bleiben werden. Aber über neue Formen, etwa der Kapitalbeteiligung der Werktätigen und anderes mehr, werden wir weiter intensiv nachdenken und entsprechende Entscheidungen bald treffen müssen. Das gehört mit zu dem erwähnten Anpassungsprozeß.

Es geht bei diesen Öffnungsprozessen aber nicht nur um die Öffnung der Staaten, sondern um systemöffnende Zusammenarbeit, die die Gesellschaften mit einschließt. Dabei sind für mich vier Kriterien unverzichtbar. Erstens: Die Souveränität, die sich das Volk bei uns gegenwärtig erringt, muß erhalten bleiben und sollte nicht durch andere Entwicklungen gleich wieder ausgeschaltet werden. Zweitens: Staat und Wirtschaft sind für den Menschen da und nicht umgekehrt. Drittens sind wir auf eine kreative Entwicklung des Menschen und seiner Schöpferkräfte angewiesen. Und viertens brauchen wir soziale Sicherheit.

Es gibt sicher noch weitere Kriterien, aber dies sind für mich die wichtigsten.

Rovan

Diese vier Punkte, die hier eben genannt wurden, sind ja wohl Allgemeingut der Menschheit. Es fragt sich nur, wer historisch berechtigt ist, sie zu invoziern, sich auf sie zu berufen.

Biedenkopf

Ihre Feststellung, Herr Schmidt, daß es objektive externe Bedingungen gibt, die die Entwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen künftig wesentlich bestimmen, scheint mir von grundsätzlicher Bedeutung zu sein. Dies besagt nämlich im Ergebnis, daß die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen nicht ideologisch frei verfügbar ist, sondern Bedingungen unterliegt, die mit den objektiven Voraussetzungen kompatibel sein müssen. Damit läßt sich aber über

die Struktur von Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen in ganz anderer Weise grenz- und ideologieüberschreitend diskutieren als bisher.

Jetzt kann ich nämlich fragen: Welche Strukturen sind mit den objektiven Bedingungen, die wir Europäer nur sehr begrenzt beeinflussen können, kompatibel und welche nicht? Diese Fragestellung scheint mir eine wichtige Grundlage für einen sinnvollen Dialog über die europäische Wirtschaftsordnung zu sein. Auch das habe ich in meinem Referat mit dem Begriff EG-kompatibel gemeint.

Es geht mir nicht darum, daß in der DDR jetzt die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik kopiert wird, was gar nicht möglich sein dürfte. Worum es geht, ist, daß wir uns über die Bedingungen verständigen können, unter denen eine Wirtschaftsordnung wettbewerbsfähig ist und den Anforderungen unserer europäischen Kultur entspricht.

Kotalik

Unser Thema fragt nach den Chancen der europäischen Kultur am Ende des 20. Jahrhunderts, und ich stimme all denen zu, die hier davon gesprochen haben, daß Kultur und Politik untrennbar miteinander verbunden sind. Dieser Tatsache sind wir uns gerade in Böhmen bewußt, wo die Kultur häufig eine aktive Komponente der Geschichte war. Während des 19. Jahrhunderts, als um unsere nationale Souveränität gerungen wurde, hat die Kultur sogar zum Teil die Politik ersetzt. Das galt auch noch für die sozialen Auseinandersetzungen in den zwanziger und dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts. Das besondere Verhältnis von Politik und Kultur kennzeichnet ebenfalls die jetzige Situation.

Für die tschechische Kultur der Neuzeit, und zwar seit Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum heutigen Tag, ist ein unaufhörlicher Kampf um die Kontinuität der Werte kennzeichnend. Dagegen gab es eine Reihe großer Zäsuren, die zu bedrohlicher Diskontinuität führten. Ich erwähne nur München 1938 und den Verlauf des Zweiten Weltkrieges, aber auch die konsequente Durchsetzung des sowjetischen Modells Anfang der 50er Jahre, Ereignisse, die für unsere Kultur eine Schwächung bedeuteten. Das gleiche gilt für die geradezu tragische Entwicklung zu Beginn der siebziger Jahre, also nach 1968, deren negative Folgen wir erst jetzt zu beseitigen beginnen.

Trotz dieser Einschnitte gelang es besonders in der bildenden Kunst - mehr noch als in anderen Kulturbereichen-, allmählich das Bewußtsein für die Kontinuität der Werte wiederherzustellen. Das geschah beispielsweise in Anknüpfung an die Entwicklung der modernen Kunst bei uns aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Das reicht von den künstlerischen Avantgarden der zwanziger und dreißiger Jahre bis hin zu der jetzt lebenden Künstlergeneration. So haben bereits vor einiger Zeit konkrete Verhandlungen darüber begonnen, auch jene Künstler in die tschechoslowakische Kunst der Gegenwart mit einzubeziehen, die - aus welchem Grund auch immer - im Ausland leben und schaffen.

Es ist geradezu eine Schicksalsfrage, wo die tschechische Kultur geographisch angesiedelt wird. Lange Zeit wurden wir als zu Osteuropa gehörig eingestuft, erst in der letzten Zeit zählt man uns wieder zu Mitteleuropa, also zu jenen Staaten, die auf dem Gebiet der ehemaligen Monarchie Österreich-Ungarn entstanden sind.

Zweifellos haben die geschichtlichen Ereignisse mit dazu beigetragen, in welche Richtung sich unsere Kultur entwickeln konnte. Am Anfang unserer Geschichte bestanden enge Beziehungen zu Byzanz; aber schon damals haben wir auch viele Elemente der deutschen Kultur übernommen. Seit dem frühen Mittelalter haben wir im goetheschen Sinne Wahlverwandtschaften zu Frankreich, Italien und etwas später auch zu Spanien gesucht. Die tschechische Kultur ist also nicht nur vom Osten und Westen, sondern auch vom Süden und - seit Ende des 19. Jahrhunderts - vom Norden durch die skandinavische Kultur beeinflusst worden. In diesem breiten Kontext darf auch die Kultur der Vereinigten Staaten nicht vergessen werden, von Walt Whitman bis hin zu den großen Persönlichkeiten unseres Jahrhunderts. Die USA haben für unser politisches Leben in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen eine große Rolle gespielt, wofür Masaryk ein beredtes Beispiel ist. In Böhmen ist darüber hinaus früher als anderswo - die orientalische Kultur wahrgenommen worden, wie das Beispiel einiger bedeutender tschechischer Vertreter der Orientalistik zeigt.

Welche Bedeutung haben die vorgenannten Tatsachen und Einflüsse für die umwälzenden Ereignisse unserer Tage? Ich meine, daß vieles, was jetzt bei uns geschieht, eine Renaissance der alten Werte bewirkt. Das betrifft vor allem die Wiederbelebung der demokratischen Traditionen unseres Volkes, die uns fast ganz verlorengegangen sind. Als die Studenten ihre Revolte gegen die herrschende Macht begannen, haben sie den ganzen Kulturbereich zum Mitmachen angeregt: Schauspieler, Musiker, Wissenschaftler, Schriftsteller, alle Intellektuellen. Damit wurde die politische Rolle der Kultur

und, was nicht minder wichtig ist, deren ethische Verantwortung erneut unter Beweis gestellt. Die Studenten und Intellektuellen blieben jedoch nicht isoliert, sondern wurden rechtzeitig von den Arbeitern und Menschen anderer Gesellschaftsschichten, auch von Mitgliedern der Kommunistischen Partei unterstützt.

Bei der Entwicklung der modernen Kunst spricht man nicht von ungefähr ihre konsequente Internationalisierung an, die die geographischen und ethnischen Grenzen verwischt. Um die Jahrhundertwende war es die sogenannte Pariser Schule, die gleichsam verbindliche Richtlinien für die ganze künstlerische Entwicklung aufstellte. Nach 1945 gab es Versuche, die abstrakte Kunst zu einer rein internationalen Kunst zu erklären, ohne irgendwelche Wechselwirkungen zu den Wurzeln ihres Ursprungs. Bei aller Anerkennung dieser wahrhaft internationalen künstlerischen Prinzipien hat sich aber dann doch gezeigt, daß es Künstler gibt, die mit den Traditionen ihrer Länder fest verbunden sind und die sich auch dazu bekennen, daß die Vergangenheit ein wichtiger Faktor für ihr zeitgenössisches Schaffen bedeutet.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf die Frage nach der Zukunft des Sozialismus zurückkommen. Im Jahre 1895 hat Masaryk sein Programm zur tschechischen Frage formuliert. Zwei, drei Jahre später widmete er sich dem Studium der sozialen Frage. Zu Beginn der tschechischen Moderne, also noch vor 1900, war Masaryk mit der Arbeiterbewegung verbunden. Die tschechische Kultur der zwanziger und dreißiger Jahre ist in ihrer Grundtendenz wiederum undenkbar ohne die Verbindung mit den Ideen des Sozialismus.

Ich glaube deshalb nicht, daß diese Ideen hier so ohne weiteres verschwinden können. Sie müssen allerdings neu definiert werden, damit sie mit einem breitestmöglichen Pluralismus vereinbar sind. Herr Cisar; hat auch zu Recht auf die volkstümlichen Traditionen unserer Kultur verwiesen, die heute ebenfalls weitergeführt werden. Künstler unterschiedlicher Richtungen befinden sich in vollem Einklang mit diesen aus dem Volk kommenden Tendenzen.

Die tschechische Kultur ist bereit, sich mehr noch als bisher an der Entwicklung der europäischen Kultur am Ende des 20. Jahrhunderts zu beteiligen.

Spáčil

Herr Kotalik sprach über die Kontinuität der Werte. Das entspricht meiner Feststellung, daß nicht alles, was wir in den letzten 40 Jahren gemacht haben, zu verwerfen ist. Das gilt gerade für den Bereich der bildenden Kunst. Trotz der Einmischungen des bürokratischen Apparats in die schöpferische Tätigkeit der Künstler, haben unsere Maler und Bildhauer sich nur für eine kurze Zeit mit der Darstellung von Dienstmägden und Traktoristen begnügt. Obwohl ihnen eine Zeitlang der Begriff des sozialistischen Realismus aufgezwungen wurde, haben unsere Künstler sehr moderne Werke geschaffen und auch ausgestellt, nicht nur im Ausland, beispielsweise in der Bundesrepublik, sondern auch in der Tschechoslowakei selbst.

Heigert

Als Präsident des Goethe-Instituts hoffe ich sehr darauf, daß wir schon bald in Prag ein Institut errichten können. Der Vertrag ist schon unterschriftsreif. Dann werden wir die Zusammenarbeit auch im Bereich der Künste intensivieren können.

Rovan

Zunächst ein Wort zum Thema Sozialismus und Demokratie.

Im Laufe unseres Gesprächs haben Teilnehmer aus der DDR und der CSSR immer wieder die Hoffnung ausgedrückt, daß aus dem Zusammenbruch der bürokratischdiktatorischen Regime ein authentischer, humanistischer Sozialismus entstehen könnte.

Diese Hoffnung ist legitim wie jede politische Utopie - auch wenn die bisherigen historischen Erfahrungen sie nicht gerade mit Wahrscheinlichkeit versehen und wenn man sich auch darüber wundern kann, daß die Anhänger des historischen Materialismus in einem so irrealen Idealismus ihre Zuflucht finden.

Dies ist aber nur unter einer Bedingung akzeptabel, wenn nämlich die Vertreter dieser Haltung endlich öffentlich zugestehen, daß Demokratie mehr ist als Sozialismus (und natürlich auch als Liberalismus) und daß es dem Bürger jederzeit freisteht, sozialistische Maßnahmen, die von in freier Wahl gewählten Vertretern beschlossen wurden (oder durch freie Volksabstimmungen), durch freie

Volksabstimmungen oder durch Beschluß freigewählter Volksvertreter wieder aufgehoben werden können.

Das Mißtrauen gegen uns selbst muß dem Mißtrauen gegen die anderen vorausgehen. Nicht nur der eigenen Nation, sondern auch der eigenen Partei gegenüber.

Wenn der alte Adenauer sagt: "Die Deutschen sind ein seltsames Volk, ich möchte sie nicht zu Nachbarn haben", so müssen die Franzosen das gleiche von den Franzosen sagen und die Tschechen von den Tschechen, die Sozialisten von den Sozialisten und die Christdemokraten von den Christdemokraten.

Das Mißtrauen gegen uns selbst ist ein tragender Grundpfeiler der Demokratie. Zusammen mit dem Vertrauen in die Einsicht und die Lernfähigkeit der Menschen. Diese beiden Grundhaltungen begründen die Dialektik jeder demokratischen Politik.

Sie enthalten auch das Urteil über den Anspruch des dogmatischen Kommunismus auf eine wissenschaftlich fundierte Fähigkeit zum Alleinseligmachen.

Dann zur Kulturpolitik im ausgehenden 20. Jahrhundert:

Die jeder idealistischen Kulturpolitik innewohnende Gefahr ist die Bevormundung des Volkes durch die geistige Überheblichkeit und die Rechthaberei der Puritaner.

Das Recht auf "Beate Uhse", das Recht auf Vulgarität und schlechten Geschmack ist ein demokratisches Grundrecht. Über das, was "echte" Kultur ist, darf nicht der Staat, darf nicht die Politik entscheiden.

Aufgabe der Politik ist es, den freien Zugang zur Kultur zu schaffen, nicht über den Inhalt zu entscheiden. Aufgabe der Politik ist es, die Pluralität des kulturellen Angebots zu sichern. Das bedeutet, daß die Freiheit der Kultur die konkrete Freiheit des Kulturmarktes zur Grundlage haben muß. Kulturwirtschaft muß zunächst Marktwirtschaft sein, kulturelle Marktwirtschaft, in der die Gleichheit und die Freiheit des Angebots, der freie Zugang zu den Kulturwerten den Rang von Grundrechten besitzen. So wie in der sozialen Marktwirtschaft mehrheitlich anerkannte soziale Werte das Prinzip des freien Marktes, der freien Konkurrenz und des freien Profits beschränken, so sollten auf dem Kulturmarkt mehrheitlich anerkannte kulturelle Werte zum Zuge kommen können.

Aufgabe der Kulturpolitik ist es demnach

1. die Freiheit der Wahl der Produkte und des Zugangs zu den Produkten, sowie den Pluralismus der Produkte zu gewährleisten. Insofern hat sie die Funktion eines kulturwirtschaftlichen Kartellamtes.
2. die Herstellung von Kulturprodukten und das Funktionieren von Kulturinstitutionen zu gewährleisten, die auf dem freien Markt keine Finanzierung finden, die "nichtsolvabel" sind, welche aber wegen ihres mehrheitlich anerkannten kulturellen Wertes hergestellt beziehungsweise gegründet und funktionsfähig erhalten werden sollen.

Dazu sollten in der Logik der kulturellen Marktwirtschaft zunächst Stiftungen, von privaten Initiativen getragen, zum Einsatz kommen, welche vom Staat mit steuerlichen Begünstigungen unterstützt werden müßten. Erst wenn solche Initiativen nicht stattfinden oder nicht genügen, sollten Gemeinden, Provinzen, Länder, Staaten und die Europäische Gemeinschaft mit direkten Interventionen oder mittels öffentlicher Institutionen (wie der Comédie Française oder dem Bolschoi-Theater) eingreifen.

"So viel Markt wie möglich, so viel Intervention wie nötig" und dies im Geiste des Subsidiaritätsprinzips (was unten geleistet oder geregelt werden kann, soll nicht nach oben zur Entscheidung weitergegeben werden). Dies sind die Grundregeln der kulturellen Freiheit. Es kann keine Demokratie ohne Freiheit, ohne freie Wahl und freie Auswahl geben.

Allen Kulturpuritanern und Kulturpessimisten, ob sie Kommunisten oder Christen oder Anhänger Khomeinis sind, ist das Mißtrauen gegen die Freiheit und gegen die Einsicht der Bürger gemeinsam, auf denen die Demokratie gründet, welche, wie bekannt, das schlechteste politische System ist - nach allen anderen.

Gasteyger

Zu der Diskussion mit Herrn Cisar; möchte ich nur anmerken, daß es eine ganze Reihe von Lehrbüchern gibt, die sich mit dem Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus beschäftigen, aber kaum Darstellungen, wie man vom Kommunismus zu einer Art sozialer Marktwirtschaft gelangt, um den Begriff Kapitalismus hier zu vermeiden. Das ist sicher eines der großen Probleme, mit denen Sie sich jetzt auseinanderzusetzen haben.

In diesem Zusammenhang dürfte die Militarisierung der Gesellschaft eines der ganz großen Hindernisse sein, gerade auch in diesem Lande, wenn es um den Übergang vom jetzigen zu einem neuen Regime geht. Diese Militarisierung geht ja erheblich über das Politische hinaus und wirkt bis weit in das kulturelle und gesellschaftliche Leben hinein. Mit anderen Worten: Unabwendbar wird ein Prozeß der Entmilitarisierung der kommunistischen Gesellschaft, ihre Befreiung von den disziplinierenden Strukturen eines straff reglementierten und überwachten öffentlichen und privaten Lebens und, damit verbunden, eines stets neu aufgefrischten Feindbildes sein.

Frau Fohrbeck hat vorhin auf die Entwicklung in der Sowjetunion hingewiesen, die wir hier meines Erachtens nicht genügend in Rechnung gestellt haben. Dazu habe ich zwei Fragen. Erstens: Wie können wir die Sowjetunion in dieses sich neu gestaltende Europa mit einbeziehen? Und zweitens: Nachdem sich insbesondere viele osteuropäische Regime bisher allzusehr auf die Sowjetunion verlassen haben- nicht zuletzt auch 1968;- , wie weit ist auf die Sowjetunion in der neuen Phase überhaupt als wirtschaftlicher Partner und notfalls sogar als politische Ordnungsmacht noch Verlaß?

Zur ersten Frage. Zweifellos haben die Reformbewegungen in Osteuropa, vor allem in der Sowjetunion, unter dem Schlagwort "Glasnost" Energiepotentiale freigesetzt, die in diesen Ländern jahrzehntelang durch die Zwangsjacke des Konformismus eingeengt waren. Das gilt nicht nur im kulturellen Bereich, sondern auch für die Wieder- oder Neuentdeckung der Geschichte. Das geht von Stalin über Katyn bis hin zu 1968. Hier steht mit anderen Worten eine Revision der Geschichte ins Haus, die ja auch ein Teil der europäischen Geschichte ist. Auch im kulturellen Bereich sehe ich einen enormen Nachholbedarf in allen osteuropäischen Ländern, auch in der Sowjetunion, Herr Zapewalow. Wenn Sie das Bolschoi-Theater als ein Beispiel russischen Kulturlebens anführen, dann dürfte gerade dies für den neuen kulturellen Aufbruch kaum repräsentativ sein. Das sowjetische Ballett und auch manches, was an konventionellen Formen in vielen, nicht allen Theatern der Sowjetunion anzutreffen ist, gilt inzwischen als weit überholt.

Ein anderer Aspekt betrifft die neue Rolle der Kirche, nicht nur der orthodoxen, sondern auch beispielsweise der ukrainischen katholischen Kirche. Wenn jetzt an die fünf Millionen Gläubige in den Schoß der katholischen Kirche zurückkehren wollen, bedeutet dies für Gorbatschow eine weitere Herausforderung. Denn damit erfahren ja die zentrifugalen, auf größere Unabhängigkeit von Moskau oder, wenn man so will, dem russischen Kernland abzielenden Strömungen eine zusätzliche, nun auch religiös gefärbte Verstärkung. Gorbatschows Besuch beim Papst hat bestimmt auch diese Dimension mit eingeschlossen.

Was hier und in so vielen anderen Bereichen sichtbar wird, ist ein ungeheurer Nachholbedarf an nationalem kulturellem Selbstbewußtsein. Seine Befriedigung wird auch in Osteuropa nicht ohne Turbulenzen abgehen. Ich las gestern in der "International Herald Tribune" die Äußerung eines Franzosen, die deutlich macht, wie sich die Perspektiven für ein kulturelles, aber auch politisches Europa plötzlich verändern können. Dieser Franzose stellte fest, die Beseitigung der Berliner Mauer und damit die Aussicht auf ein neues Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten habe Frankreich vom Zentrum an die Peripherie Europas verwiesen. Er meint damit, daß Deutschland wieder in das angestammte Zentrum des Kontinents zurückkehre und damit ganz neue Gewichtungen im politischen Leben und Denken der Europäer zum Tragen kommen. Unabhängig davon, ob diese Beobachtung richtig ist oder nicht, sie zeigt doch deutlich, wie sehr die Veränderungen in Mittel-Osteuropa bisherige Perzeptionen beeinflussen können.

Meine zweite Frage war, wieweit sich die osteuropäischen Länder noch auf die Sowjetunion verlassen können. Das betrifft zweifellos vor allem die kommunistischen Parteien in den östlichen Ländern, die ja bislang die tragenden Pfeiler der kommunistischen Herrschaft und damit auch der verlängerte Arm der sowjetischen Politik waren. In gewissem Sinne sind sie heute zu politischen Waisenkindern geworden, nachdem sie aus der schützenden Hülle des ideologischen Wahrheitsmonopols plötzlich in die Geschichte und damit in die Wirklichkeit des politischen Pluralismus und Konkurrenzkampfes entlassen worden sind. Da stellt sich dann doch die Frage: Wie glaubwürdig können diese Parteien überhaupt noch ihre Rolle spielen? Werden sie zunehmend in die Isolation oder an den Rand gedrängt, wo sie nur noch eine marginale Rolle spielen können, oder werden sie versuchen, ihre politische Erfahrung und erprobten Methoden der Machterhaltung einzusetzen?

Es ist ja möglich, daß Gorbatschow den Osteuropäern eine Art politischen Freipaß gegeben hat, solange sie wenigstens noch im Warschauer Pakt verbleiben. Als Gegenleistung für diesen politischen Freipaß bedeutet Gorbatschow dem Westen, er möge doch die hauptsächliche Verantwortung für die osteuropäischen Wirtschaften übernehmen. Das würde es der Sowjetunion erlauben, sich von der schweren Bürde Osteuropa zu entlasten und sich auf ihre eigene Wirtschaftsproblematik zu konzentrieren.

Wenn dem so wäre, würden wir uns in der Tat in einem Prozeß am Beginn einer Entwicklung hin zu einer neuen wirtschaftlichen Interdependenz befinden. Es wäre nicht mehr ausschließlich eine auf westeuropäische Industrieländer begrenzte Interdependenz, sondern auch eine zwischen West- und Osteuropa. Dieser Vorgang ist nicht zuletzt deswegen so bedeutsam, als die Osteuropäer im Grunde genommen während der ganzen letzten vierzig Jahre kommunistischer Herrschaft kulturell und in ihrem Geschichtsverständnis unverändert auf Westeuropa ausgerichtet blieben, während die Westeuropäer Osteuropa eigentlich mehr oder weniger als verloren abgeschrieben hatten. Das heißt, daß auch für uns Westeuropäer nun ein Lernprozeß zu beginnen hat über das, was Osteuropa für uns geographisch, geschichtlich, kulturell und damit letztlich politisch bedeutet. Wir sollten uns also davor hüten, in eitler Selbstgefälligkeit anzunehmen, in diesem Prozeß der Annäherung seien wir die Gebenden, die Osteuropäer die Nehmenden.

Zapewalow

Bei dem, was Sie sagen, Herr Gasteyger, ist mir doch ein wenig kalt geworden. Sie sind aber nicht der erste, der uns totzusagen versucht. An Ihren Ausführungen habe ich nicht ganz verstanden: Sind Sie bereit, der Sowjetunion ein kleines Plätzchen auf dem europäischen Kontinent einzuräumen? Ich hatte den Eindruck, daß das noch nicht feststeht.

Gasteyger

Dann haben Sie mich mißverstanden. Meine erste Frage war, wie wir die Sowjetunion in das sich neugestaltende Europa mit einschließen können. Die Sowjetunion hat ja stets selbst betont, daß sie nicht nur eine europäische Macht sei. Was ihre westlichen Republiken angeht, so sind diese zweifellos ein Bestandteil europäischer Kultur und Politik. Aber wie wir uns zur Sowjetunion als Ganzem, als Großmacht verhalten und sie in das "Europäische Haus" einbringen sollen, darauf weiß ich im Augenblick noch keine Antwort. Dies um so weniger, als wir das Ende des Prozesses, der sich derzeit in der Sowjetunion vollzieht, noch nicht abzusehen vermögen.

Zapewalow

Man sollte vielleicht etwas aufmerksamer lesen, was Gorbatschow dazu in der letzten Zeit gesagt hat, obwohl wir auch nicht alle Antworten auf alle Fragen haben. Was mir aber nicht schmeckt, ist die Tatsache, daß hier jemand für uns entscheiden will, ob es uns erlaubt ist, uns entweder als Europäer oder als Asiaten zu fühlen beziehungsweise uns so zu nennen.

Im übrigen: Was das Bolschoitheater angeht, so haben Sie recht, wenn Sie dieses Theater nicht zur Avantgarde zählen. Aber Gott sei Dank haben wir außer Theater à la Beate Uhse noch Bolschoi und MCHAT. Anderenfalls würden sich viele westliche Gäste in Moskau ganz arm fühlen.

Schmidt

Herr Gasteyger, Sie sollten vielleicht nicht nur nach der Zukunft des Warschauer Paktes fragen. Die Architektur der Sicherheit, die wir gegenwärtig in Europa haben, basiert ja nach wie vor stark auf militärischen Mitteln. Wenn diese militärischen Potentiale in Zukunft zurücktreten sollten, berührt das natürlich beide Bündnissysteme und die europäische Sicherheit insgesamt. Deshalb muß jeweils auf beiden Seiten geprüft werden, inwieweit eine gewisse Funktionsfähigkeit des anderen Bündnisses auch im eigenen Interesse liegt, angesichts der Wandlungen, die sich zur Zeit in Europa, besonders in Osteuropa, vollziehen. In dieser Hinsicht verändern sich ja auch die Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa und das Verhältnis der westeuropäischen Staaten untereinander, wenn ich an den gemeinsamen Binnenmarkt denke und anderes mehr.

Zum Warschauer Vertrag will ich drei kurze Bemerkungen machen. Erstens wird dieser Pakt nicht länger durch die in den einzelnen Mitgliedsländern herrschenden kommunistischen Parteien dominiert, die ja bisher die Führungskonferenzen im Grunde allein bestritten haben. Das heißt, der stark parteipolitische Zuschnitt dieses Bündnissystems ändert sich.

Daraus folgt zweitens, daß dieses Bündnis zu einem Bündnis von gleichberechtigten Staaten werden muß. Das setzt einen Transformationsprozeß voraus, an dem ich interessiert bin, weil er zu einer Stabilisierung des Gesamtsystems in Europa beitragen kann.

Drittens dürfte in diesem Bündnissystem die militärische Seite zugunsten einer stärker politischen Funktion allmählich zurückgehen.

Zu der Frage der wirtschaftlichen Kooperation möchte ich betonen, daß es dabei nicht nur um bilaterale Beziehungen, sondern auch um die Ost-West-Zusammenarbeit im ganzen geht. Die

Europäische Gemeinschaft hat ja bereits gewisse Ansätze zu einer Ostpolitik entwickelt, die sich bisher aber eher auf einzelne osteuropäische Staaten konzentriert, vornehmlich auf Polen und Ungarn; jetzt kommt auch die DDR hinzu und über kurz oder lang die CSSR. Worauf es meiner Meinung nach für die EG ankommt, ist, eine Osteuropapolitik insgesamt unter gesamteuropäischen Aspekten zu entwickeln. Das bedeutet auf der anderen Seite auch für die sozialistischen Länder - ersparen Sie mir jetzt eine Diskussion zum Thema Sozialismus-, daß sie ihre Interessen in irgendeiner Weise zu bündeln gezwungen sind, und zwar sowohl ökonomisch als auch politisch.

Was wir ökonomisch brauchen, ist eine Art Aktionsprogramm zur Erneuerung des RGW mit dem Ziel, die bürokratischen und stark zentralisierten Strukturen abzubauen und in allen Mitgliedsländern zu einer gewissen Stabilisierung der Wirtschaften zu gelangen. Das ist auch im Hinblick auf Verhandlungen, die die einzelnen Länder separat mit der EG oder anderen Einrichtungen führen, wichtig.

Herr Gasteyger fragte dann: Wie stehen die osteuropäischen Länder zur Sowjetunion? Was die DDR anbetrifft, so haben wir unsere Beziehungen zur Sowjetunion im Grunde selber belastet, weil der Kern dessen, was Gorbatschow mit seiner Politik verfolgt, bei uns nicht begriffen wurde. Es ging nicht darum, jetzt auf neue Art und Weise zu sagen: Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen, sondern um die Einsicht, daß der Sozialismus die Demokratie braucht, wie die Luft zum Atmen. Diese Vorstellung einer Demokratisierung der Gesellschaft war unserer Führung unangenehm, und sie wollte sie nicht mitvollziehen. Insofern begrüße ich, daß sich in der DDR hier eine Korrektur vollzogen hat.

Das ist auch wichtig unter Bündnis Gesichtspunkten. Denn wir sind noch für einen längeren Zeitraum sowohl ökonomisch wie politisch und militärisch auf dieses Bündnis angewiesen. Das Bündnis befindet sich jetzt in einem Prozeß starker Veränderungen. Es haben bereits einseitige Truppenabzüge begonnen. Und wenn wir nach Abschluß der ersten Phase der Wiener Verhandlungen darangehen, unsere Position für die zweite Phase zu formulieren, dann muß die Frage zum Beispiel eines weiteren Abzugs der sowjetischen Truppen von unserem Territorium nicht nur bilateral, sondern im ganzen Bündnis genau unter dem Gesichtspunkt der Sicherheitsbedürfnisse der einzelnen Länder erörtert werden.

Lasky

Eine Frage an Herrn Schmidt und unsere tschechischen Freunde. Wie sehen Sie die Erneuerung Ihrer Gesellschaften? In den nächsten Jahren werden Milliarden von Dollars, Pfund Sterling oder DM in Ihre Länder fließen, um die man hier gebeten hat. Befürchten Sie, daß diese Mittel nicht ausreichen werden, um einen entscheidenden wirtschaftlichen Wandel in diesen Ländern zu bewirken? Oder sind Sie mehr darüber besorgt, daß diese Form westlicher Hilfe, die notwendigerweise kapitalistisch ist, Ihre Länder dazu bringen wird, das aufzugeben, was sie für sozialistische Strukturen halten, und statt dessen zu kapitalistischen Formen überzugehen in Richtung Privateigentum, privaten Profit, Rentabilität, Effizienz und Produktivität? Diese Länder wollen genauso effizient und produktiv sein, aber "der Privatkapitalist droht". Wenn Ungarn in diese Richtung geht, werden mehr Joint-ventures nach Budapest kommen. Wenn die DDR in ihren alten Strukturen steckenbleibt, etwa die HOs weiter den Einzelhandel dominieren, werden sie weniger bekommen.

Was meinen Sie, wird passieren? Welche Befürchtungen haben Sie? Welche Maßnahmen können Sie ergreifen, oder welche Ideen sollten wir verbreiten?

Spáčil

Sie fragen, Herr Lasky, ob westliche Formen der Hilfe, falls wir sie erhalten, die Entwicklung in unserem Lande beeinflussen werden. Zunächst, ich glaube nicht daran, daß Milliarden von Dollars, DM und so weiter fließen werden. Sie fließen ja nicht einmal in jene Länder, die sie viel nötiger haben als wir. Selbst Lech Walesa war nicht übermäßig erfolgreich in seinem Bemühen, Geld für Polen lockerzumachen. Deshalb haben wir in der Hinsicht keine großen Illusionen.

Natürlich braucht ein Land wie die Tschechoslowakei Kooperation. Möglicherweise werden dazu auch Anleihen gehören. Aber wir würden mit Ihnen lieber in Jointventures und anderen neuen Formen wirtschaftlich zusammenarbeiten. Natürlich wird auch dies die innere Entwicklung unseres Landes beeinflussen, ohne daß ich befürchte, wir würden dadurch von einer Erneuerung unserer sozialistischen Konzeption in der Tschechoslowakei abgelenkt.

Fohrbeck

Herr Gasteyger weist zu Recht darauf hin, daß wir uns bei unserer Diskussion über Europa viel zu sehr auf Rußland konzentrieren. Die Sowjetunion ist aber nicht mit Rußland identisch. Rußland ist ein klassisches europäisches Land. Das gilt aber nicht für alle anderen Republiken.

Wir sollten auch nicht übersehen, daß das, was Gorbatschow in seinem Lande gemacht hat, eine Revolution von oben ist, während in all den osteuropäischen Ländern im Grunde eine Revolution von unten durch die Menschen stattfindet. Diese Revolution von unten bahnt sich jetzt auch in der Sowjetunion an, und zwar in den Republiken außerhalb Rußlands. Mit den Konsequenzen einer solchen Entwicklung haben wir uns bisher nicht befaßt. Da spielen Kultur und Religion - sowohl der Islam als auch die Rückkehr der christlichen Kirche - eine ganz große Rolle.

Diese Dinge werden wir nicht so leicht integrieren können, weil sie zum Teil außerhalb des gesamteuropäischen Erbes liegen. Da kommt eine Vielfalt zum Tragen, die unsere Außenpolitik bisher noch überhaupt nicht in den Blick genommen hat.

Meyer-Landrut

Ich finde es immer fabelhaft, wenn Leute, das gilt auch für hochgestellte politische Persönlichkeiten, die mal ein paar Stunden oder Tage in der Sowjetunion gewesen sind, hinterher der Presse große Erklärungen abgeben in der Art: Herr Gorbatschow werde den Winter nicht überleben. Die Problematik ist so vielschichtig und weist so viele Facetten auf, daß wir darüber sehr eingehend diskutieren müßten.

Und was die Möglichkeiten der Politik anbetrifft: Was glauben Sie, wie schwer es ist, in einem seit Jahrzehnten vollkommen zentralistisch regierten Land auch nur in die Republiken zu gelangen. Das war doch nicht ein Mangel unserer Politik.

Wenn Sie die orthodoxe Kirche erwähnen, Frau Fohrbeck, möchte ich doch betonen, daß auch die Orthodoxie aus europäischen Wurzeln hervorgegangen und nicht eine uneuropäische Kirche ist. Und die Unierten sind ein wichtiges Element Europas in den Osten Europas hinein.

Sie sagen, wir würden nur von Rußland sprechen, aber nicht von den anderen Teilen der Sowjetunion. Nun, Rußland hat sich bis nach Wladiwostok kolonial betätigt. Der Ural als europäische Grenzscheide ist ganz und gar unsinnig; denn die russische Kultur reicht natürlich bis nach Wladiwostok. Die tatsächlichen kulturellen Grenzen liegen im Süden zu den islamischen und zentralasiatischen Republiken.

Hier wird so vieles vermischt, und es ist so schwierig, ein halbwegs realistisches Bild von diesem riesigen Reich, das 1/6 der Erde ausmacht, heute zu zeichnen, daß wir alle mit unseren Schlußfolgerungen ungemein vorsichtig sein sollten. Auch in Rußland bildet sich zur Zeit eine nationalistische, zum Teil recht chauvinistische Tendenz heraus, als Gegenposition zu den nationalen Entwicklungen in den Randstaaten. Sprechen Sie einmal mit bestimmten Gruppierungen; da kann Ihnen angst und bange werden.

Wie das alles zusammenpaßt und in eine vernünftige politische Konstruktion hineingebracht werden kann, ist ein riesiges Problem, vor dem Gorbatschow und die Reformer stehen, zumal ja auch die wichtige Frage der künftigen Führungsstrukturen überhaupt noch nicht geklärt ist. Der Oberste Sowjet zum Beispiel nimmt heute eine viel bedeutendere Position ein als die kommunistische Partei und kann keineswegs als Claque von Gorbatschow angesehen werden. Die Diskussionen in den Kommissionen sind zum Teil äußerst schwierig; oft ist Gorbatschow zu Kompromissen gezwungen, die ihn in seiner Reformpolitik behindern. Aber es zeichnet wohl gerade das politische Genie dieses Mannes aus, daß er auch aus solchen Kompromissen es verstanden hat, wieder die Initiative zu ergreifen, um seine Politik durchzusetzen.

Zapewalow

Herr Meyer-Landrut hat die Situation in meinem Land kurz, aber treffend analysiert, die in der Tat außerordentlich schwierig ist. Ich mache mir dabei weniger Sorgen um die Zukunft von Gorbatschow. Denn bei aller Kritik, die auch an ihm außerordentlich heftig geübt wird, es gibt im Grunde keine vernünftige Alternative zu ihm. Das wissen offenbar auch die Leute, die ihn stark kritisieren. Varianten wie Jelzin oder andere sind einfach nicht ernst zu nehmen. Die Entwicklung, die sich gegenwärtig in unserem Lande vollzieht, verläuft so stürmisch, daß es kein Zurück mehr zu den alten Zeiten gibt. Das beweisen auch die Veränderungen in den anderen sozialistischen Ländern. Diese Veränderungen sind aber gleichzeitig eine Garantie dafür, daß es zu keinem Zurück kommt.

Und was noch wichtiger ist, wir, die Vertreter sozialistischer Länder, wurden hier des öfteren gefragt, wie es bei uns weitergehen soll, wie wir dies und jenes machen wollen. Sie haben gesehen, daß es nicht leicht ist, auf alle Fragen konkret zu antworten. Wir haben zu Beginn der Perestroika Fehler begangen, als wir versuchten, auf sämtliche Fragen sofort endgültige Antworten zu geben. Allmählich hat bei uns ein tiefergehender Umdenkungsprozeß eingesetzt, und ich meine, es wäre besser für alle, wenn der Westen aufhörte, uns auf schnelle Antworten zu drängen. Der Erneuerungsprozeß in unseren Ländern und in unseren Herzen braucht Zeit. Die grundlegende Orientierung ist bereits vorhanden. Das ist die Quintessenz der Gorbatschowschen Politik. Es geht um einen demokratischen Sozialismus, für den die gesamten menschlichen Werte Geltung haben.

Muskens

Ich stimme Herrn Meyer-Landrut voll zu, daß wir die Situation in der Sowjetunion sehr sorgfältig analysieren müssen, und ich möchte Ihnen ein Beispiel aus der Praxis der kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit geben, um zu unterstreichen, wie schwierig die Dinge trotz Perestroika und Glasnost sind.

Zweifellos ist der Austausch auf den Gebieten Kultur und Wissenschaft für die kulturelle und wissenschaftliche Entwicklung in Europa für beide Seiten von außerordentlicher Bedeutung. Aber wenn wir einen solchen wissenschaftlichen Austausch mit der Sowjetunion praktizieren wollen, sind wir noch mit zwei großen Problemen konfrontiert. Zum einen gibt es keine Telekommunikation. Briefe brauchen zur Zeit etwa sieben Wochen, obgleich der KGB absolut keine Kontrolle mehr über die Post hat. Doch stellen Sie sich das einmal vor: Ein Brief nach Moskau benötigt sieben Wochen und in die Sowjetrepubliken an die zehn bis 14 Wochen! Telefonisch kommen Sie nach Moskau nur durch, wenn Sie mitten in der Nacht anrufen. Ich hoffe deshalb, daß in der Sowjetunion vor allem Investitionen im Bereich der Telekommunikation stattfinden, wenn möglich mit westlicher Hilfe.

Das andere Problem betrifft den Umstand, daß man bei Kontakten in den Sowjetrepubliken und mit den Universitäten mit mächtigen zentralisierten Institutionen der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften konfrontiert ist, die alle dezentralisierten Kontakte überwachen. Sie sind zwar auch an einem Austausch mit westlichen und östlichen Partnern interessiert, ohne daß sie aber bedauerlicherweise auf ihre Machtspiele verzichten oder verzichten können.

Filipec

Ich meine, die Chancen der Gorbatschowschen Politik sind eng mit dem Erbe der Oktoberrevolution verbunden, die Antonio Gramsci einmal als eine Revolution gegen das Kapital bezeichnet hat, und zwar in einem doppelten Sinne, nämlich zum einen eine Revolution gegen das internationale Kapital und zum anderen - was vielleicht noch wichtiger ist - eine Revolution gegen das "Kapital" von Karl Marx. Die Oktoberrevolution fand ja in einem Land statt, das im Sinne von Marx überhaupt nicht die Voraussetzungen dafür bot, etwa aufgrund seiner sehr rückständigen Infrastruktur. Dennoch hat die Oktoberrevolution zweifellos zur Europäisierung Rußlands und auch der Randgebiete beigetragen. Auf der anderen Seite haben aber sowohl die ökonomische Rückständigkeit des Landes als auch die spezifisch russischen, ja sogar asiatischen Kulturtraditionen zu einer Entartung der ursprünglichen sozialistischen Idee und Praxis geführt.

Von daher stellt sich nicht nur die Frage nach der Rolle Gorbatschows und seiner Leute, sondern vor allem: Welche Möglichkeiten bieten die inzwischen weiterentwickelte Infrastruktur im breitesten Sinne des Wortes und die unterschiedlichen Entwicklungsstufen der gesellschaftlichen Subjekte in Rußland und in anderen Sowjetrepubliken für die Verwirklichung eines Sozialismus mit menschlichem, das heißt mit demokratischem Antlitz?

Spáčil

Zu der Diskussion über die Frage, ob Gorbatschow durchhält oder nicht, möchte ich nur sagen: Liebe Freunde, helfen Sie uns, Gorbatschow nicht in Zweifel zu ziehen. Er muß bleiben; denn zu ihm gibt es keine Alternative. Er hat diesen Impuls des neuen Denkens gegeben, und wir alle, die wir in etwa realistisch eingestellt sind, müssen dieses neue Denken, das auch uns geholfen hat, unterstützen. Natürlich hat Gorbatschow große Schwierigkeiten, aber wie Herr Meyer-Landrut zu Recht gesagt hat, die Situation in der Sowjetunion weist viele Facetten auf, und man muß dort mit sehr unterschiedlichen Problemen fertigwerden. Ich bin ganz sicher, daß das sowjetische Volk die Hauptintention des neuen Denkens genau so empfindet wie wir.

Pflüger

Gorbatschow unternimmt den Versuch, die Sowjetunion durch den Gedanken des europäischen Hauses zu europäisieren, um auf diese Weise das europäische Element in der Sowjetunion zu stabilisieren. Insofern sollte man ihm, ganz im Sinne dessen, was Herr Spáèil sagte, volle Unterstützung geben. Schon aus unserem eigenen Interesse müßten wir alles tun, um der Sowjetunion diesen Weg nach Europa zu erleichtern, und dürfen die europäische Rolle der Sowjetunion nicht in Zweifel ziehen.

Die Sowjetunion hat schon zu Zeiten Peters des Großen und dann im 19. Jahrhundert immer wieder den Versuch unternommen, nach Europa zu wirken und von Europa Impulse aufzunehmen. Natürlich ist die orthodoxe Kirche ein europäisches Element, und wenn Gorbatschow die orthodoxe Kirche seit Beginn seiner Politik wieder anerkennt und gefördert hat, dann ging es ihm dabei in erster Linie nicht nur um die Gewährung der Religionsfreiheit, sondern um die Stärkung des europäischen Elements. Ich meine, wir sollten die Sowjetunion nicht ständig auf ihre asiatischen Anteile verweisen und nicht immerzu fragen, ob sie überhaupt richtig zu Europa gehöre. So drängt man sie ja geradezu weg.

Rovan

Die kulturelle Zugehörigkeit Rußlands und der Sowjetunion zu Europa ist nach meiner Meinung ebensowenig in Frage zu stellen wie die Amerikas. Ich habe noch vor einigen Jahren den damaligen Leiter des "Kommunist" in Moskau sagen hören, die Franzosen, Russen und Deutschen müßten sich zusammenfinden, um unsere Kultur gegen die amerikanischen Barbaren zu verteidigen. Aber so sehr Rußland ebenso wie Amerika zur europäischen Kultur gehört, so wenig können beide Teile eines zukünftigen gemeinsamen Europas sein. Die Sowjetunion bleibt sicher noch für lange Zeit eine Großmacht, und das gemeinsame europäische Haus entspricht in diesem Sinne wohl kaum dem, was die Westeuropäer bisher - unter Zustimmung der Völker Osteuropas - angestrebt haben. Die Völker Europas wollen eine Gemeinschaft bilden, die in der Lage ist, die Werte, für die wir eintreten - die bei uns entstanden sind, die aber auch alle anderen angehen-, zu verteidigen, damit unsere Kinder und Kindeskinde nicht fremdbestimmt leben müssen.

Ich wünsche mir also eine enge Verbindung zwischen einem demokratischen Europa, einem demokratischen Amerika und einer demokratischen Sowjetunion. Aber auch mit einem demokratischen Elefanten kann man nicht im selben weltpolitischen Bett schlafen. Als demokratische Macht wird die Sowjetunion, wenn sie denn einmal eine sein wird, ihre eigenen Interessen zu vertreten haben und die Europäer die ihrigen. Unterscheiden wir also genau zwischen den kulturellen und den politischen Implikationen des Begriffs Europa.

Biedenkopf

Ich stimme Herrn Rován auch unter einem anderen Gesichtspunkt uneingeschränkt zu. Wenn es eine europäische Friedensordnung geben sollte, die sich aus der jetzigen Struktur der Europäischen Gemeinschaft entwickelt, dann wird sich die Stellung der mitteleuropäischen Länder, also der DDR, CSSR, Ungarn oder Polen, von der Stellung der Nationalitäten innerhalb der Sowjetunion doch wesentlich unterscheiden. Die Sowjetunion als Ganzes würde in dieses Konzept nicht passen; es ginge nur, wenn die einzelnen Teile der Sowjetunion als gleichberechtigte Mitglieder einer europäischen Friedensordnung angehören könnten, sonst nicht. Das würde aber die Auflösung der Sowjetunion voraussetzen.

Lasky

Es gibt eines, was mich stört, das ist dieses ständige Gebet für Gorbatschow, vor allem bei uns im Westen.

Was ich sagen will, ist: Die Freiheit, die wir in Diskussionen wie diesen erleben, ist zweifellos Gorbatschow zu verdanken. Aber niemand in diesem Kreis hat ein Stimmrecht im Moskauer Bezirk. Und selbst wenn wir hier für Gorbatschow votieren, würde es, wie wir gehört haben, sieben bis zehn Wochen dauern, bis die Post dort eintrifft.

Wir müssen in den internationalen Angelegenheiten realistisch sein. Chruschtschow hat diese Entwicklung vorbereitet. Er wurde abgesetzt. Gorbatschow mag auf eine ähnliche oder andere überraschende Weise abgelöst werden. Ich wünsche es mir nicht; aber wir müssen uns überlegen, was wir in dem Falle machen und wie wir darüber denken sollen. Es mag sehr bedauerlich sein, wenn jenes erhebliche Ausmaß an Glasnost und das wenige, das bisher an Perestrojka erfolgt ist, wieder rückgängig gemacht würde. Worauf es aber entscheidend ankommt, ist, ob damit dieser neue historische Liberalisierungsprozeß, der jetzt in der Tschechoslowakei, in Ostdeutschland oder Polen

beginnt, wieder niedergeschlagen wird. Wird sich dann die sowjetische Armee wieder als Instrument der Intervention gebrauchen lassen und die Breschnew-Doktrin erneuert werden?

Der liebe Gott weiß, daß ich das mir nicht wünsche, aber wir müssen unsere auswärtige Politik auf alle Eventualitäten einstellen und nicht auf die Knie fallen und beten. Wir sollten darüber ganz offen und realistisch nachdenken.

Heigert

Bitte erwarten Sie von mir jetzt keine Zusammenfassung unseres Gesprächs. Ich möchte lediglich ein Fazit ziehen: Mein Eindruck ist, daß wir alle viel gelernt haben. Natürlich waren wir nicht imstande, die meisten Fragen, die sich hier aufgedrängt haben, auch gleich zu beantworten. Aber trotz der Skepsis, die immer wieder mitschwang, hat sich insgesamt doch eine optimistische Grundstimmung gezeigt.

Ich schließe nicht, ohne einen Dank auszusprechen; zunächst an die Organisatoren, nämlich Herrn Böhme und Herrn Filipec, die in den letzten Wochen viel Arbeit geleistet haben und auch ein beträchtliches Risiko eingegangen sind. Jedenfalls war bis vor zehn Tagen noch nicht klar, ob der Bergedorfer Kreis überhaupt in Prag würde tagen können. Vor allem aber danke ich dem großen Initiator und Mäzen, Herrn Körber, der ja in den vergangenen Jahren besonders im Ost-West-Dialog viel bewegt hat.

Körber

Zum Abschluß unserer Tagung noch eine kleine Geschichte. Als mir vor Jahren aufgrund eines gewonnenen Patentprozesses plötzlich beträchtliches Kapital zur Verfügung stand, hatte mich der damalige Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg angestiftet, diese Gelder in den Neubau eines Luxusliners zu investieren, der unter Hamburgs Flagge die Weltmeere befahren sollte. Als größter Kapitalgeber des Schiffes, die TS "Hamburg", wurde ich Präsident dieser Schifffahrtsgesellschaft. Als 1973 durch die Ölkrise der Betrieb des Schiffes für die Bundesrepublik unrentabel wurde, habe ich die TS "Hamburg" dann an die Sowjets verkauft. Seitdem läuft sie unter dem Namen "Maxim Gorki".

Sie haben vielleicht heute morgen in den Nachrichten gehört, daß Michail Gorbatschow und George Bush ihre Besprechung vor Malta wegen der stürmischen See nicht wie vorgesehen auf ihren Kriegsschiffen, sondern auf eben dieser "Maxim Gorki" abgehalten haben. Es ist somit anzunehmen, daß sie in der ehemaligen Präsidentensuite des Initiators unserer Tagung zusammensaßen und den Weltfrieden gestiftet haben. Sie sehen also, wie eng verflochten der Bergedorfer Gesprächskreis mit der Völkerverständigung ist.

Doch lassen Sie mich zum Ende unseres Gespräches hier in Prag festhalten, was für mich aus unserer Debatte besonders wichtig ist.

Das, was wir gegenwärtig in ganz Osteuropa erleben, kann man mit den Worten von Valtr Komárek nur als eine historische Wende bezeichnen, die große Chancen für die Entwicklung der gesamten europäischen Kultur und Zivilisation bietet. Daß der Bergedorfer Gesprächskreis genau zu dem Zeitpunkt in Prag weilte, da diese Wende jetzt auch die Tschechoslowakei erfaßt hat, kann ich für unsere Bemühungen nur als einen besonderen Wink des Schicksals bezeichnen. Keinen der hier Anwesenden werden die Ereignisse vor Ort zum Beispiel am Wenzelsplatz oder an jenem Platz der dramatischen Oktober-Ereignisse in der deutschen Botschaft, im Palais Lobkowitz, unberührt gelassen haben. Wir alle hoffen wohl mit dem tschechoslowakischen Volk auf einen erfolgreichen Abschluß der eingeleiteten großen Veränderung, deren Ziele ja noch weit über das hinausgehen, was seinerzeit im Prager Frühling 1968 intendiert war.

Ungeachtet der Auseinandersetzungen auch in diesem Kreis über die Frage, ob denn der Sozialismus überhaupt noch eine Zukunft habe oder sich von der Geschichte verabschieden müsse, wurde hier auch von Teilnehmern aus den bisherigen sozialistischen Ländern nicht bestritten, daß pluralistische Demokratie und soziale Marktwirtschaft die Eckpfeiler einer künftigen humanen und wirtschaftlich effizienten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sind. Für mich heißt das aber in der Tat, daß nicht der Kapitalismus gesiegt hat, sondern die vor uns liegenden globalen Herausforderungen, wie Umweltkrise oder Bevölkerungsexplosion in der dritten Welt, erfordern ganz neue Denkansätze, die in den überkommenen Systemen Kapitalismus oder Sozialismus nicht enthalten sind.

Wir sind heute endlich auf dem Wege, worauf ich im 81. Gesprächskreis 1987 in Moskau hingewiesen habe, nämlich neue Prioritäten zu setzen, damit statt der bisher gegeneinander gerichteten Waffen eine gemeinsame Waffe gegen die Zerstörung unseres Planeten geschaffen werden kann. Der Weg ist frei für eine substantielle Abrüstung, durch die jene Milliardenbeträge freigemacht werden könnten,

die zur Sicherung unseres Lebensraumes, aber auch zum Wiederaufbau der Länder Osteuropas benötigt werden.

Wir haben heute also eine einmalige geschichtliche Chance, die wir aber nur wahrnehmen können, wenn die jetzige politische Entwicklung unumkehrbar gemacht wird. Und dazu gehört ganz wesentlich - auch das haben wir während unserer Tagung von Teilnehmern aus Ost und West immer wieder eindringlich vernommen-, daß wir alles tun müssen, damit Gorbatschow am Ruder bleibt. Denn dessen Perestroika, Glasnost und Demokratisierung in der Sowjetunion haben erst jenen Prozeß in Gang gebracht, den wir heute mit immer wachsendem Erstaunen und wohl auch ein wenig fassungslos, weil gänzlich unerwartet, sich vollziehen sehen. Auf die sowjetische Revolution von oben folgten in Polen, Ungarn, der DDR und jetzt in der Tschechoslowakei die Revolutionen von unten, die getragen werden von den Menschen in diesen Ländern.

Lassen Sie mich nochmals zum Ausdruck bringen: Die größte Entdeckung am Ende dieses Jahrhunderts ist die Erkenntnis:

- daß das Individuum wichtiger ist als das Kollektiv;
- daß die Vielfalt wichtiger ist als die Einheit;
- daß die Freiheit wichtiger ist als die Macht;
- daß der Mensch wichtiger ist als der Staat.